

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Bedingungen
beruht für die sechsgepagelte Kolonelle
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereine...

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 3. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Boerenfrieden.

Am späten Abend des Sonntag traf die Nachricht des Friedens-
abschlusses in London ein. General Kitchener tele-
graphierte:

Das die Bedingungen der Uebergabe enthaltende Schrift-
stück wurde von allen Boerenbelegierten, Milner und
Kitchener unterzeichnet.

Die Bedingungen des Friedens.

Am Montagabend verlas in feierlicher Sitzung des Unter-
hauses Lord Salisbury das geschlossene Abkommen:

Die Boerherren im Felde legen sofort die Waffen nieder,
übergaben alle Kanonen und Waffen sowie die Kriegsmunition, die
in ihrem Besitze sind oder unter ihrer Kontrolle sich befinden. Sie
stehen von weiterem Widerstande gegen die Autorität König
Edwards des VII. ab, den sie als gesetzlichen Souverän an-
erkennen.

Alle Boerherren im Felde außerhalb der Grenzen Transvaals
und der Orange-Kolonie und alle Kriegsgefangenen, die jetzt außer-
halb Südafrikas sich befinden und Boerherren sind, werden, sobald
sie ihre Annahme der Stellung als Unterthanen König Edwards
erklärt haben, zur Rückgebracht, sobald die notwendigen Ver-
sorgungs- und Subsistenzmittel beschafft und gesichert sind.

Die auf diese Weise sich ergebenden und zurückkehrenden
Boerherren werden ihrer persönlichen Freiheit und ihres
Eigentums nicht beraubt. (Weisfall auf den Oppositions-
banken.)

Weder ein Civil- noch ein Strafverfahren wird gegen sich
erhebende oder zurückkehrende Boerherren eingeleitet für Hand-
lungen im Zusammenhang mit dem Kriege. Diese Klausel bezieht
sich jedoch nicht auf gewisse Handlungen, welche den Kriegs-
gebräuchen widersprechen. Diese sollen sofort nach Schluß der
Feindseligkeiten vor einem Kriegsgericht verhandelt werden.

Die holländische Sprache (Aardialekt) wird in den öffent-
lichen Schulen Transvaals und der Orange-Kolonie gelehrt, wo die
Eltern dies wünschen, und ist auch vor den Gerichtshöfen ge-
stattet, wenn es für eine wirksame Ausübung der Rechtspflege
nötig ist.

Der Besitz von Gewehren ist in Transvaal und in der Orange-
Kolonie den Personen gestattet, die sie zu ihrem Schutz
bedürfen, wenn sie einen gesetzlichen Erlaubnischein dafür
erhalten.

Die militärische Verwaltung soll sobald wie möglich durch
die Civilverwaltung ersetzt werden, und sobald die
Umstände es gestatten, sollen repräsentative In-
stitutionen, die zur Selbstverwaltung führen, eingeführt
werden.

Die Frage, ob den Eingeborenen das Wahlrecht zu gewähren ist,
soll erst nach Einführung der Selbstverwaltung entschieden
werden.

Eine spezielle Steuer zur Zahlung der Kriegs-
kosten soll auf den Grundbesitz in Transvaal und in der Orange-
Kolonie nicht gelegt werden.

Sobald die Verhältnisse es gestatten, wird in jedem Distrikte
eine Kommission ernannt werden, in welcher ein Beamter
den Vorsitz hat und die Einwohner des Distrikts vertreten sind, um den
Leuten bei der Wiedereinsetzung in ihren Heim-
stätten zu helfen, und denen, die infolge von
Kriegsverlusten außer Stande sind, sich damit zu versehen, Ackerbau,
Obdach, Saatgut und anderes, was zur Wiederaufnahme normaler
Beschäftigung nötig ist, zu liefern. Die englische Regierung wird der
Kommission 3 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung stellen. Außer der
Dotations von drei Millionen wird die Regierung bereit sein, Vor-
schüsse als Darlehen für denselben Zweck zinsfrei auf zwei Jahre
zu gewähren, die hernach mit 3 Proz. Zinsen rückzahlbar sein
sollen. Kein Ausländer oder Hebel wird berechtigt sein, von dieser
Klausel zu profitieren. (Weiter Weisfall auf den Banken der
Ministerien.)

Die Aufnahme der Friedensbotschaft in London.

London, 2. Juni. Die Bekanntmachung des Friedensschlusses
wurde von der Bevölkerung mit der größten Begeisterung auf-
genommen. Die Straßen wurden den ganzen Abend von einer zahl-
reichen Menschenmenge durchzogen, welche patriotische Lieder sang.
Von den Türmen der Kirchen erklangen die Glocken.

Die Morgenblätter besprechen den Abschluß des Friedens
mit Genugthuung und zollen den Boeren sowohl wie den englischen
Soldaten Anerkennung. „Standard“ nennt die Boeren den tapfersten
Feind, dem entgegenzutreten den britischen und Kolonialtruppen jemals
zugefallen sei. „Daily News“ sagen, es liege eine größere Aufgabe als der
Krieg vor dem britischen Volke, nämlich die Aufgabe, Eintracht und Wohl-
fahrt in das zerrüttete Land zu bringen und den Boeren zu zeigen, daß
England sich im Frieden ebenso wie im Kriege angezeichnet hätte.
Einige Blätter fordern ein strenges Regiment in Südafrika,
damit die Boeren jeden Versuch einer neuen Erhebung aufgeben.
Die Mehrzahl der Zeitungen wünschen eine Politik der Ausöhnung.
Das erste Glanzvoll-Telegramm am 1. Juni traf, wie
verlautet, vom deutschen Kaiser ein.

Ein Rückblick.

Nach zweiunddreißig Monaten gewaltigen Ringens zwischen dem
Britischen Weltreich und dem kleinen Geldentroll der südafrikanischen
Republik ist endlich der Frieden herbeigeführt worden. Ein Frieden
unsterblichen Ruhmes für die der Uebermacht Erlegenen und ein
Denkmal der Erniedrigung für die Sieger!

Die Menschheitsgeschichte, die die Sieger zu Heroen zu erheben
pflegt, wird mit Englands Staatsmännern strenger und gerechter
verfahren. Sie wird sie unparteiischer prüfen und ihr südafrikanisches
Schicksal als das Werk des Hochmuts, der Thorheit, der Unmensch-
lichkeit verurteilen. Denn dieser Krieg war nicht unvermeidlich.
Staatsmännische Weisheit, politische Einsicht in die wirtschaftlichen
Kräfte Südafrikas hätte den Gegensatz zwischen Boeren und
Briten ausgleichen können. Ihn mutwillig geschürt und zu einem
vernichtenden Flammensturm entfacht zu haben, ist die Schuld Rhodes',
Chamberlains und der Johannesburg-er Kapitalisten.

Der Interessengegensatz zwischen Boeren und Briten in Süd-
afrika war historisch unvermeidlich. Er war das naturnotwendige
Erzeugnis der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse und deut-
weisen der beiden Völker. Der Boer war Ackerbauer, Schafzüchter
und Geflügelzucht. Der Brit war Händler, Kapitalist, Stadtbewohner
und der Beherrscher. Die Boerenrepubliken waren landwirtschaft-
liche Demokratien mit den Licht- und Schattenseiten, die dieser
Kulturstufe eigen sind. Die Bürger waren frei, unabhängig,
aber infolge ihrer Entfernung vom europäischen Lebens-
strom auch rücksichtslos und misstrauisch. In ihre Mitte kam der
Brit mit dem materiellen und geistigen Rüstzeug der Zivilisation
des neunzehnten Jahrhunderts. Es entstanden in Südafrika nicht
nur zwei entgegengesetzte Interessensphären, sondern auch zwei
entgegengesetzte Weltanschauungen, die von zwei verschiedenen
Klassen getragen wurden. Schon die erste Frage: die Behandlung
der Eingeborenen, gab Anlaß zu einem tiefen Konflikt. Der
landwirtschaftliche Boer wollte sie zu patriarchalisch beherrschten Leuten
machen. Der kapitalistische Brit wollte sie in freie Lohnarbeiter
verwandeln. Der Boer strebte noch in der Naturalwirtschaft, die der
Brit durch die Geldwirtschaft zu ersetzen strebte. Der Brit hatte
den Schutz Englands und der Boer verließ seine Ansiedelung in der
Kapkolonie und zog nach Natal. Auch dorthin folgte ihm der Brit
mit seiner Zivilisation und der Boer „trekkte“ gegen Norden und
gründete sich eine neue Heimat am Orange und Vaalflus. Diese
Konflikte, die beinahe ein Jahrhundert umhinfuhren, hinterließen in
Boerenherzen einen tiefen Groll gegen seinen englischen Verfolger,
unsonst, als sie zuweilen zu gar blutigen Zusammenstößen geführt
hatten. Im Jahre 1884 glaubten sich die Boerenrepubliken in ihrer
Existenz endlich gesichert, als zwei Jahre später in Transvaal Gold
entdeckt wurde. Und diese Goldentdeckung waren es, die den
Boeren ihre Unabhängigkeit kosteten.

Richtig aufgefaßt, waren die Goldentdeckungen in Trans-
vaal besonders geeignet, den Gegensatz zwischen Boeren
und Briten auszugleichen. Denn nur das Gold war
im Stande, die Boeren aus dem agrarischen Leben heraus-
zureißen und sie zu Kapitalisten zu machen; nur die Früchte des
Reichtums hätten sie auf die Kulturstufe der Briten heben können.
Und tatsächlich sahen wir im letzten Jahrzehnt in Südafrika ein
Geschlecht von progressiven Boeren heranzuwachsen, die Englisch lernten,
englische Sitten annahmen und auf englischen Universitäten ein
modernes Wissen sich aneigneten. Es bedurfte nur der Weisheit,
der Geduld und Einsicht der englischen Regierung, um den wirtschaft-
lichen Prozeß Südafrikas anzuknüpfen zu lassen und die Angliederung
der Boeren nicht gewaltsam zu unterbrechen. Vielleicht hätte
die englische Regierung unter normalen Umständen diese
Methode auch gewählt. Sie ist ja der englischen Diplomatie
als Killing with Kindness (Erschlagen durch Freundlichkeit) wohl
geläufig. Aber die seit Jahren empfundene Enttächtung der eng-
lischen Handelswohlfahrt hatte die imperialistische Stimmung hervor-
gerufen, die die herrschenden Klassen Englands in das Reg der
Johannesburger Revolution trieb. Von den Mitgliedern der könig-
lichen Familie bis herab zum einfachen Kommissar beteiligte sich alles
am „Kaffern-Cirkus“, an den Börsenspekulationen in südafrikanischen
Aktien. Die Phantasie des englischen Volkes beaufachte sich an den
Goldschätzen Transvaals und diesen Geisteszustand nützten die
Johannesburger Millionäre aus, mit Hilfe von Rhodes und
Chamberlain und einer feilen Presse das englische Volk gegen den
bedrohten Boerenstamm aufzuhetzen.

II.

Der südafrikanische Konflikt verschärfte sich dann noch weiter.
Und zwar aus folgenden Gründen: Die Goldentdeckungen von 1886
brachten Regionen von Ausländern nach Transvaal. Die Mehrzahl
dieser bestand aus britischen Bürgern, der Rest aus Juden und
Amerikanern. Seit 1892 wurde die Einwanderung noch stärker, so
daß die Zahl der Ausländer die der Boeren bald überstieg. Den
Einwanderungsstrom zu bannen, war der Boerenregierung auf Grund
des Vertrags mit England vom Jahre 1884 verboten. Um aber
nicht von den Fremden überwältigt zu werden, beschloßen die Boeren,
das Bürgerrecht erst nach 14-jährigem Aufenthalt in der Kolonie zu
gewähren. Auch die Ausbeutung der Arbeit wurde beschränkt und
die Besteuerung der Goldfelder erhöht. Diese Maßnahmen riefen
unter den Ausländern große Unzufriedenheit hervor und eine Reform-
bewegung entstand. Anfangs unbedeutend, nahm sie eine drohende
Haltung an, als sich Cecil Rhodes und Alfred Beit an ihre Spitze
stellten. Rhodes war damals Premierminister der Kapkolonie,
Direktor der Chartered Company und der Consolidated Goldfields.
Die Bewegung der Ausländer gewann auf diese Weise Anschluß an
den historischen Konflikt zwischen Boeren und Briten (Lokalisten).
Im Jahre 1895 fanden in England Parlamentswahlen statt, die
Mr. Chamberlain als Kolonialsekretär ins Kabinett brachten,
und da seine imperialistischen Sympathien in Südafrika
bekannt waren, beschloßen Rhodes und seine Johannes-
burger Freunde, eine Revolution zu inszenieren, um die Boeren-
regierung zu stürzen und Südafrika unter die englische Flagge zu
bringen. Sie rechneten, es würde ihnen billiger kommen, die Boeren
zu unterwerfen, als ihnen Steuern zu zahlen und sich von ihnen

Beschränkungen gefallen zu lassen. „Wir gehen nicht in den Krieg“,
sagte Rhodes, „zur Belustigung von Dynastien wie einst, sondern
um realer Geschäfte willen“ („Daily Mail“, 14. August 1900). Und
Mr. Hayes Hammond, einer der Interessenten der Consolidated
Goldfields, sagte in London in einer Versammlung der Aktienbesitzer,
die Compagnie hoffe, unter englischer Regierung werde es ihr
möglich sein, die Löhne um die Hälfte herabzusetzen, was den
Rentenprozent um 2 100 000 Pfund Sterling steigern würde („Financial
Review“, 21. November 1899). Die Hauptbeschwerde der Kapitalisten
bestand darin, daß ihnen die Boerenregierung die absolute
Herrschaft über die Arbeitskraft der Eingeborenen verweigerte.
Denn die Beschwerden gegen die Beschränkung des Bürgerrechts wurde
nur erhoben, um die Massen der ausländischen Arbeiter als Annonen-
futter für den Staatsstreich zu gewinnen. Bekannt ist der Ausruf
Dionel Philipps, eines der Hauptführer der Reformbewegung: „Wir
schießen uns den Teufel um das Stimmrecht.“ Sie gingen in die
Revolution, um geringe Steuern und Ausbeutungsfreiheit zu er-
langen. Das war das Motiv des Jameson Raids, des Einfalles von
Dr. Jameson in Transvaal am 29. Dezember 1895. Daß Chamber-
lain von Rhodes Plänen allgemeine Kenntnis hatte, kann heute
gar nicht mehr bezweifelt werden.

Der Raid mihlang schmachlich. In wenigen Stunden wurden
Jameson und seine Leute von Cronje bei Mersdorp aufs Haupt ge-
schlagen und zu Gefangenen gemacht. Aber auf den greisen
Präsidenten von Transvaal, der von Jugend auf unter britischen
Verfolgungen zu leiden hatte, hinterließ der Raid einen tiefen
Eindruck. Der Gedanke an einen letzten Vergewaltigungskampf
setzte sich bei ihm fest. Inmitten dieser kritischen Erwägungen
kam das Telegramm Kaiser Wilhelms II. Es ent-
schied für den Krieg. Am die Mitte April 1902 schickte eine
Pariser Korrespondenz der „Times“ den überwältigenden Eindruck,
den das kaiserliche Telegramm auf den bedrohten und hart
geprüften Boerenstamm gemacht hatte. „Das Telegramm war
nicht nur ein Besprechen auf Intervention, es war die
Intervention selbst. Jeder von uns Transvaalern
erlebte vor Freude und alle sagten sich, es sei die
Intervention Deutschlands und komme seinem Schutz gleich.“ Das ist
übrigens psychologisch sehr begrifflich. Daraus hin begannen die
Kriegsvorbereitungen der Boeren. Die Ausgaben für Kriegszwecke im
Budget von Transvaal stiegen von 87 308 Pfund Sterling im Jahre 1895
auf 357 225 Pfund Sterling im Jahre 1898. Und Grund genug hatten
die Boeren für ihre Rüstungen. Drei Wochen nach dem Raid labelte
Mr. Chamberlain an den südafrikanischen Statthalter Sir H. Robinson,
das Kabinett berate über die Entsendung einer großen militärischen
Macht nach der Kapkolonie, um auf alle Eventualitäten vorbereitet
zu sein. Als der Statthalter vor einer derartigen Expedition abriet,
labelte Chamberlain: „Die Gefahr, der die Boerenregierung forden
entging, war eine reale und wenn die Ursachen, die zu ihr führten,
nicht beseitigt würden, so kann sie sich wiederholen, obgleich in einer
anderen Form.“ Auch der enthusiastische Empfang, der Jameson
und seine Leute in London zu teil geworden, war geeignet, Kräfte in seinem
Misstrauen gegen England zu bestärken. Diefelbe Wirkung mußte auf
ihn die Komödie der parlamentarischen Untersuchung
gegen Rhodes und Genossen machen, die gerade im Momente abbrach, als
die Mission der englischen Regierung an der Auiborenenverschönerung
sichtbar zu werden begann. Aber dieser moralische Bankrott Englands
hatte noch eine andre Wirkung. Der Orange-Freistaat, der seit
Jahren die Transvaalregierung im progressiven, englischen Sinne
zu beeinflussen gesucht hatte, sah nunmehr die Gefahr, in der die
Unabhängigkeit der Boerenstaaten schwand, und die Folge war ein
Schutz- und Trugbündnis zwischen den beiden Republiken.
Auch in England geriet jetzt die südafrikanische Frage in ein
schweres Tempo. Das Jubiläumjahr 1897 befestigte den Gedanken
des britischen Volkvereins, der Eisenbahn Kapstadt-Kairo und der
angefährlichen Verbindung. Der bedürftige Sir H. Robinson trat
von seinem Amte zurück und der Prokonsul Milner ging nach Süd-
afrika und trug in den Falten seiner Toga den Krieg an den greisen
Boerenpräsidenten. Milner, ganz im Banne von Rhodes, war von
Anfang an entschlossen, mit der südafrikanischen Frage auszuräumen
und Südafrika unter die englische Flagge zu bringen.“ Unter diesen
Umständen konnten die Unterhandlungen zwischen ihm und Krüger
betreffend die Reform des Wahlrechts zu keinem befriedigenden
Ergebnisse führen. Krüger machte Konzessionen, die den Kolonial-
sekretär nur zu weiteren Forderungen ermutigte. Die schmerzhaft
Eugenität, die Krüger im Vertrage von 1884 anerkannt haben
sollte, diente als diplomatischer Stützpunkt. Am die Mitte 1899
schickte England militärische Verstärkungen nach Natal, die den Boeren
den letzten Rest des Glaubens an die Aufrichtigkeit der Briten
raubten. Am 9. Oktober 1899 schrieb Mr. Keir, der Staatssekretär
Transvaals: „Iregesührt vom Kolonialsekretär, beillte sich die
englische Regierung, militärische Verstärkungen nach Südafrika zu
schicken und droht und beschimpft uns. Sie scheint anzunehmen, wir
würden so einsältig sein und ruhig warten, bis sie genug Truppen
an unsere Grenzen hat, um uns die Bedingungen diktieren zu können.
Obwohl ihr alle Nachmittel, die ein Weltreich aufbieten kann, zur
Verfügung stehen, werden wir nicht länger warten, auch auf die
Gefahr hin, als die Angreifenden angeklagt zu werden. Noch heute
werden wir von ihr verlangen, daß sie ihre Truppen zurückzieht.
Ja fürchte, dies würde den Krieg bedeuten, aber wir haben ihn
nicht provoziert.“

Und am selben Tage labelte er das verhängnisvolle Ultimatum
nach London. Mr. Chamberlain lehnte es ab, den Empfang des
Ultimatums zu bestätigen, und am 11. Oktober nahm der Krieg
seinen Anfang.

III.

Der militärische Verlauf des Krieges ist zu bekannt,
als daß er an dieser Stelle noch einmal recapituliert werden

...wusste. Man weiß, wie es kam, daß die Boeren trotz ihrer anfänglichen glänzenden Siege nach der Ankunft des Lord Roberts und den kolossalen Verstärkungen der englischen Truppen im großen Kriege unterlagen und zum Kleinkriege gezwungen wurden, den sie zwei Jahre lang, zum Teil mit glänzendem Erfolge, weiterführten. Es ist bekannt, welche außerordentliche strategische und militärische Leistungen die Boeren zu Beginn vollbrachten, bis die unverzeihliche Sorglosigkeit Cronjés Lord Roberts' zehnfacher Uebermacht zu einem leichten Siege auf dem westlichen Teile des Kriegsschauplatzes verhalf. Dieser Schlag warf den ganzen Defensivplan der Boeren über den Haufen. Die Belagerung Labymiths mußte aufgegeben werden, man mußte sich auf der ganzen Linie rückwärts konzentrieren, da man ja jetzt Gefahr lief, im Rücken durch Lord Roberts' Umgangen zu werden. Die Zeit der großen Operationen, der Feldschlachten war vorbei, aber damit nicht der Krieg. Lord Roberts' zwar schiffte sich, nach dem er die Hauptstädte des Landes „erobert“ und die Republiken „annectiert“ hatte, nach England ein, um sich als Sieger feiern zu lassen, allein für den zurückgebliebenen Kitchener begann eine gar schwere Zeit. Die Boeren organisierten den Kleinkrieg, während dessen Verlauf sie den Engländern zahllose größere und kleinere Schlappen beibrachten und einen Mut, eine Ausdauer, und ein taktisches Geschick bewiesen, die diesem denkwürdigen Volkskrieg ein Ehrenblatt der Kriegsgeschichte sichern. An die Stelle der alten Führer, die ihrem Renommee nur teilweise Ehre machten, traten jüngere Kräfte, wie Louis Botha, De Wet, Delarey, Kruginger, deren Thaten den Glanz der alten Namen bald erlöschen ließen.

Vergebens sandte England dreihunderttausend Soldaten ins Feld, um die heldenhaften Scharen zu heben, ihre taktische Geschmeidigkeit und Zähigkeit spottete aller Treidjagden und Einkreisungsversuche. Auch die barbarischen Grausamkeiten des Staubsrechts vermochte den Mut der Boeren ebensowenig zu brechen, wie die trodene Guillotine der Konzentrationslager, in denen man die Jungen des Volkes dem Würge-Engel der Seuchen preisgab. Selbst das Stachelfaam- und Blockhausystem erwies sich lange Zeit als wirkungslos.

Trotz alledem stellte sich zuletzt der fernere Widerstand als aussichtslos heraus. Die Zahl der Kämpfer schmolz mehr und mehr zusammen, während England in der Lage war, immer neue Erziehungstruppen nach Südafrika zu entsenden. Wohl hätten die Tapferen noch monatelang den Krieg weiter führen können. Aber jede Aussicht auf Erfolg war geschwunden. Die schließliche Niederlage stand außer jedem Zweifel. Wozu sich also bis zum letzten Mann verbitten, ohne auch nur den geringsten Erfolg erhoffen zu können. Die Untertwerfung der letzten paar Tausend ist menschlich und politisch nur zu verständlich; unbegreiflich heroisch fast war schon der so lange aussichtslos geführte Verzweiflungskampf.

Ob England seines Sieges, der ihm so wenig Ehre gebracht hat, froh werden wird? Ob der Erfolg, der ihm fast vier Milliarden und mehr als 20 000 Menschenleben gekostet hat, den Einsatz jemals wiederbringen wird? Es wird das im wesentlichen davon abhängen, ob es England gelingen wird, Südafrika, dessen Bevölkerungselement bis jetzt vorwiegend aus holländischen Abstammigen besteht, derartig zu anglicanisieren, daß eine Wiederholung des gegenwärtigen Unabständigkeits- und Völkerringes unmöglich wird. Ist das nicht der Fall, so könnten sich eines Tages die vereinigten Staaten von Südafrika ebenso von England emancipieren, wie das die Vereinigten Staaten von Nordamerika gethan haben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni.

### Ein Krach im Abgeordnetenhaus.

Eine fidele Postie führte am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus der Reichskanzler Graf Bälou auf. Der schöne Hiet auf der Weide der Agrarier sollte sich klipp und klar äußern, ob er ihnen den wichtigsten goldenen Apfel geben wolle oder nicht. Aber Paris war es offenbar überdrüssig, seine unverbindliche diagonale Liebeserklärung zum hundertsten Male zu wiederholen, und so nahm er seinen Apfel und ging truglich nach Hause. Vermuthlich hatte man den holden Schäfer und Schäfer befehlet, es mache sich sehr gut und imponiere kolossal, wenn er in der Laune des Verliebten gelegentlich einmal den Spröden und Hornigen spiele. Und so behandelte er heute seine intimen Konservativen, wie er seiner Zeit Joe Chamberlain in seiner Brautbeirathung angeknarrt hatte.

Es war ein feillich gefülltes Haus, das dem agrarischen Versuch antwortete, die preussische Staatsregierung zur Entscheidung für die Uebergaberei zu drängen. Wichtig war dem auch pünktlich Graf Bälou zur Stelle, mit ihm Herr v. Rheinbaben und der lange Müller. Noch bevor die Antragsteller ihre Zollanträge begründet hatten, erhob sich der Ministerpräsident und las in einem ziemlich corpulenten Ton eine Erklärung der Staatsregierung vor, in der kurz verkündet wurde, daß die Zollfrage zur Kompetenz des Reiches gehöre, und daß die Regierung es deshalb ablehne, sich über ihre schon des öfteren unabweisend behandelte Stellung zur Tariffrage zu äußern. Sprach's und verließ majestätisch mit seinen Kollegen den Saal.

Graf Bälou wiederholt dieses Demonstrations-Mandier — auch eine Nachahmung eines Bismarckschen Leids — binnen kurzer Zeit bereits zum zweitenmal. Auf die gleiche Weise gingen die Herren im Gänsemarkt hinaus, als sie die Behandlung der Breschener Angelegenheit, weil zur Kompetenz des preussischen Landtags gehörig, im Reichstag ablehnten.

Das Verhalten Bälou's wirkte wie eine starke Ueberrohung; man hatte offenbar wieder eine seiner nichtsagenden Erklärungen erwartet. Und nun diese plötzliche ostentative Inwendung der eleganten Kläse! Von den nationalliberalen Vätern belohnte ein nicht sehr starkes Bravo der Heldenthat des Grafen. Die zuerst verblüffte Rechte brach über diese nationalliberale Zustimmung in ein höllisches Hohnschreien aus, das zwar formell nur den nationalliberalen Bravo-Aufern galt, durch das aber auch der Graf Bälou und die Seinen mitgetroffen werden sollten. Die erregte Unruhe war so stark, daß der Anfang der Rede des Herrn v. Heydebrand der den konservativen Antrag begünstigte, im Sturm verwehte.

Die staatsmännische Klingel dieser Bälouischen Schneidigkeit wird nicht viele Bewunderer finden. Die Ablehnung der Kompetenz hatte nur einen Sinn, wenn Graf Bälou dem preussischen Landtag, dieser erweiterten Landwirtschaftskammer und Zillale des Circus Rusch, überhaupt das Recht bestreiten wollte, als Volksobervertretung zu gelten. Davin würden wir ihm unbedingt beistimmen; denn daß Abgeordnetenhaus ist ja nur das Herbild einer Volksobervertretung. Aber Graf Bälou ist ja im Gegenteil der Meinung, daß der Landtag ein ganz hervorragendes Gebilde konstitutioneller Weisheit sei. Wenn aber der Ministerpräsident nicht die Legitimität des Landtags an sich bestreitet, so kann er selbstverständlich auch nicht leugnen, daß es das Recht des Abgeordnetenhauses sei, auf die Politik der Staatsregierung und ihre Abstimmung in Bundesräte einzuwirken. Dies formelle Recht ist unbestritten, auch wenn seine Anwendung im Einzelfalle sich als ungebührliche Einmischung in Reichsfragen darstellt. Es ist allerdings ein verdientes Mißgeschick, daß einmal gegen die Junker ein Kompetenzverwand erhoben

worden ist, die im Reichstag ihnen unangenehme Erörterungen gern dadurch zu verzögern suchen, daß sie sie als Angelegenheiten Preussens behaupten, und die gerade in der Zollfrage immer aufs neue das Recht der Komunen bestritten haben, gegen die Zollschädigung Einspruch zu erheben.

Trotzdem war Herr v. Heydebrand formell durchaus im Recht, als er für das Abgeordnetenhaus den Anspruch erhob, die Anträge zu debattieren. Der konservative Redner ging mit einer höchst energiegelassen Leidenschaft gegen die Regierung ins Zeug. Das war völlig der junkerliche Rebellenton: „Jochimle, Jochimle, hüte di“. Bis hierher und nicht weiter — rief er der Regierung drohend zu. Die Landwirthschaft, d. h. das Junkertum verzichtet auf sein Vorkaufsrecht nicht!

Die Rechte und das Centrum begleiteten die Rede ihres zornvollen Führers mit stürmischen Beifallskundgebungen, und als er geendet, setzten die schallenden Bravo-Chöre immer aufs neue wieder ein.

Dagegen war der zweite Antragsteller, Herr v. Jeddig, der den freikonservativen Antrag begründen sollte, durch das Verhalten der Regierung geradezu niedergeschmettert. Er behauptete zwar auch in seiner von ihm verlesenen Fehlfachung das Recht des Landtags, solche Angelegenheiten zu erörtern, meinte aber in demselben Augenblicke, es sei „zur Zeit“ inopportun, die Frage in ihren Einzelheiten zu behandeln. Und so lehnte er — eine parlamentarische Ausrüstung ersten Ranges — die Begründung und Diskussion seines eigenen Antrages ab.

Namens der Nationalliberalen belandete Herr v. Eynern in drei Worten, daß Graf Bälou ganz recht habe; die Anträge gehörten nicht ins Abgeordnetenhaus. Die Rechte wand sich in Lauchkrämpfen. Ein anderer Nationalliberaler, der Dr. Sattler, aber beteiligte sich später doch noch an der Diskussion.

Scharf wendete sich der Centrumsredner Dr. Herold gegen das Verhalten der Regierung, und Eugen Richter mußte mit gutem Humor die Komik der Situation, dieses ergötzlichen Zusammenstoßes der Karrieren mit ihrem besten Minister. Richter teilt wenigstens nicht die Illusionen der freisinnig-vereinigten Kollegen Barth und Ehlers, die wieder einmal von ihrem Bälou entzückt sind und sein Verfahren durchaus rechtfertigten — sie hoffen ja immer noch, daß sie den goldenen Apfel kriegen.

Aus der sonst belanglosen Debatte ist nur zu erwähnen, daß Herr v. Wangenheim mit dem Witsch des Volkes der Landwirthschaft von den Hohenzollern drohte, sofern nicht höchster Vortrueher betrieuen werde.

Schließlich wurde der konservative Antrag mit 188 gegen 79 Stimmen angenommen. Die Freikonservativen, deren Antrag abgelehnt wurde, enthielten sich der Stimmen.

So dramatisch die Verhandlung äußerlich war, so wenig bedeutet sie für die Klänge der Zollfrage. Warum die Regierung plötzlich den Weg der Schneidigkeit ging, darüber braucht man nicht zu rätheln; das sind um einmal die staatsmännischen Launen der heute Herrschenden. Was die agrarische Mehrheit anlangt, so vertritt sich der Eindruck, daß die Kluft zwischen ihr und der Regierung kaum noch zu überbrücken ist. Als im Januar 1901 die Konservativen im Abgeordnetenhaus einen ähnlichen Antrag wie den jetzigen gestellt hatten, beilichte sich Graf Bälou, bereitwillig zu erklären, daß die Staatsregierung entschlossen sei, einen erhöhten Zollschutz zu gewähren. Heute bestritt derselbe Graf Bälou die Kompetenz des Landtags. Es scheint, als ob die agrarische Mehrheit bereits mit dem Scheitern des Tarifs rechnet und nun bemüht ist, Wahlpolitik zu treiben; das erklärt ihre demagogischen Oppositionsreden.

Dennoch wäre es sehr verkehrt, dem Schein zu trauen. So lange die Mehrheit der Zollkommission keine Anstalten trifft, die Sache zum Klappen zu bringen, sondern im Gegenteil alles vermeidet, die Entschcheidung zu verschleppen — so lange besteht der begründete Verdacht und die große Gefahr, daß die feindlichen Brüder schließlich doch handelsbeins werden und Graf Bälou doch seinen Apfel los wird.

## Deutsches Reich.

**Kontraktbruch der Landproletarier.** Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat, wie wir schon in unserer letzten Nummer berichteten, eine Interpellation eingebracht, worin die Staatsregierung um Auskunft darüber ersucht wird, weshalb die bereits seit geraumer Zeit gepflogenen Beratungen und Erwägungen über die Frage des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter sich noch nicht zu einem Gesetzentwurfe vertheilt haben.

Da die Agrarier in dieser Woche, die ausschließlich mit agrarischen Fragen parlamentarisch bepaßt ist, nun einmal in Berlin versammelt sind, nutzen sie die Gelegenheit aus, um die Regierung mit ihren Annahmungen zu bombardieren. Die Kontraktbruch-Interpellation wird bereits am Mittwoch im Abgeordnetenhaus verhandelt werden, und die Regierung wird dann sicher nicht das Lokal verlassen, sondern den Agrariern wohlwollende Erklärungen geben, obwohl das Koalitionsrecht und sein Ausbau verfassungsmäßig Reichsangelegenheit sein sollte. Leider befindet sich kein Abgeordneter im Landtag, der bei dieser Gelegenheit den Landproletarier vor den Verfolgungen ihrer Peiniger schützen könnte!

**Auf Null gesunken** seien die Ansichten des Zolltarifs, so erklärte der nationalliberale Abgeordnete Wassermaun auf einer Sitzung seiner rheinischen Parteifreunde in Uderfeld. Er teile, so meinte er weiter, die rosigen Hoffnungen des Grafen Bälou nicht; die Politik der Reichsregierung beim Zolltarif sowie bei der Reichs-Finanzreform sei ein energieloses Fortwursteln. Vor den Augen der Nation werde der Zolltarif nicht zu erledigen sein.

Herr Wassermaun hat anscheinend nur vergessen mitzutheilen, aus welchen Gründen denn bei der Ausichtslosigkeit des Zolltarifs die Beratungen noch fortgeführt werden. Herr Wassermaun weiß sicherlich, daß die Arbeiterpartei von der Absicht geleitet sind, durch Fortberatung des Tarifs mindestens die künftigen Handelsverträge gollwucherisch zu beeinflussen.

**Aus dem Lieberschen Wahlkreis.** Die Centrumpresse erklärt die Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ als unwahr, daß im Lieberschen Wahlkreis dem Centrum angehörige Wacker sich für den Kandidaten des Bundes der Landwirte und gegen den offiziellen Centrums-kandidaten erklärt hätten. Bei Besprechung dieser Angelegenheit wendet sich die „Germania“ von neuem scharf gegen den Wund der Landwirte:

Zur Charakteristik des Bundes der Landwirte ist das nicht nur ein einzelner zufälliger Beitrag, sondern von principieller Bedeutung auch für die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen. Mögen sich andre Parteien, wie die Konservativen und Nationalliberalen vor dem Bunde der Landwirte, der auch im politischen Leben, sogar bei der deutschen Schiffahrt den „Schad in Schad“ spielen möchte, der Mandatsziffer wegen verbeugen oder nachgeben. Die Centrumpartei wird sich dazu nicht hergeben, sondern den Bund der Landwirte in seinen Zielen wie in seiner Taktik richtig erkennen und danach auch zu handeln wissen.

Das Centrum will lieber selbst extreme Vorkrueher-Politik betreiben, als sich von den nicht-katholischen Wählern in seinem Anhang schädigen zu lassen.

**Der liberale Hoftheologe, Professor Harnack,** hat den Orden pour le mérite erhalten.

Als Harnack von Marburg nach Berlin kam, entfaltete der damalige Hoftheologe Stöder eine wilde Agitation gegen den

Lehrer. Jetzt ist Stöder ein toter Mann, und Herr Harnack blüht äppig, nachdem er sich zu einem sehr geschmeidigen Herrn entwickelt.

**Die zweite Lesung der Polenvorlage** soll bereits in dieser Woche stattfinden.

Da kann man sich also nach den Hasen und Kaninchen erkundigen.

**Die „Leipziger Volkszeitung“** erwidert auf unsre Feststellung, daß sie unsre ironische Notiz über die Verhaftung des „majestäts-beleidigenden echten Monarchisten Weigner“ nicht verstanden habe, mit danklichen Anspielungen auf irgend welche geheimnisvolle Urheber-schaft der Notiz.

Wir sind aufs höchlichste erstaunt, daß es ein Parteiblatt für richtig befindet, gegen eine sachlich unangreifbare Notiz nur deshalb zu polemisieren, weil man einen Anstoß an den Haaren herbeizugehen sucht, um auf eine vage Vermutung hin gar nicht zur Sache gehörige private und persönliche Streitigkeiten anzutragen. Wir haben von unsrer Notiz kein Wort zurückzunehmen oder zu ändern.

## Ausland.

### Radikale Vorübung.

**Die französische Deputiertenkammer** ist am Sonntag zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Fast alle Deputierten waren anwesend. Der Alterspräsident eröffnete die Sitzung und hielt eine Ansprache, in der er die Deputierten zur Einigkeit aufforderte und alsdann dem Mißgefühl der Kammer für die Bevölkerung auf Martinique Ausdruck giebt. Darauf wird zur Wahl des provisorischen Präsidenten geschritten. Hierbei wurde Bourgeois mit 303 Stimmen gewählt. Deschanel, der Kammerpräsident in der vorigen Kammerperiode und Kandidat der Radikalen und Nationalisten, erhielt 267 Stimmen. Durch die Wahl des radikalen Bourgeois hat die Kammer die Absicht einer anti-kerikalischen und anti-nationalistischen Politik deutlich bekundet. Der Präsident der Republik wird damit genötigt, ein Ministerium zu bilden, in dem die Radikalen und Radikal-Sozialisten vorwalten.

Zu provisorischen Vizepräsidenten wurden Etienne mit 292 und Maurice Faure mit 281 Stimmen gewählt. Die Wahl Bourgeois' zum Präsidenten wurde von der ganzen Linken mit stürmischen Hochrufen auf die Republik begrüßt.

Bourgeois übernahm darauf das Präsidium, sprach für seine Wahl den Dank aus und schätzte sich glücklich zu dem Erfolg der Reise Loubets nach Petersburg, welche die Bande, die die beiden befreundeten und verbündeten Nationen verblüden, noch enger geknüpft habe. Bourgeois spricht alsdann sein Mißgefühl aus für die Opfer der Katastrophe auf Martinique und verliest die aus verschiedenen Ländern aus diesem Anlaß eingegangenen Adressen. Auf Antrag Gérault-Richard (Soz.) beschließt das Haus eine Adresse, in welcher der Sympathie Ausdruck gegeben wird, an die Bewohner von Martinique zu richten. Hierauf wird die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufgehoben.

**Paris, 2. Juni.** Die radikalen und die sozialistischen Blätter geben ihrer lebhaften Befriedigung über die Wahl Bourgeois zum Präsidenten der Deputiertenkammer Ausdruck. Jaures schreibt in der „Petite République“: Die politische Bedeutung dieses ersten Sitzungstages der Kammer ist so glänzend, so gebietend, daß sie nicht einmal von den Besten geleugnet wird. Die Kammer hat, indem sie sich für Bourgeois gegen Deschanel aussprach, nicht Erwägungen persönlicher Art nachgegeben, sondern sie hat einen politischen Akt vollzogen und dem Präsidenten der Republik einen sehr deutlichen Fingerzeig für die Zusammensetzung des nächsten Ministeriums gegeben. — „Petit Parisien“ sagt, die Wahl Bourgeois' beweise, daß die wichtigsten Elemente des neuen Ministeriums aus der radikalen und der sozialistischen Gruppe genommen werden müßten. — Die nationalistischen und die gemäßigten republikanischen Blätter geben zu, daß die Wahl Bourgeois' einen Sieg der Radikalen und Antikerikalen bedeute.

Als zukünftiger Ministerpräsident wird besonders genannt der radikale und anti-kerikale Senator Combes; der bisherige Kriegsminister André und der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten De Cassé sollen, so verlautet, im neuen Ministerium wieder erscheinen.

### Schweiz.

**Die Basler Regierung** hat beschlossen, im Hinblick auf die kommenden Integrationswahlen Wahlen für den Nationalrat im nächsten Herbst von der Bormahme einer Erziehungswahl für den zurückgetretenen Genossen Wulfschläger abzusehen. In unsern Parteikreisen hofft man, daß im Herbst Genosse Wulfschläger wiedergewählt werden wird, um so eher, als dann Basel sechs statt der bisherigen vier Vertreter in den Nationalrat zu wählen hat. Der Wiederertritt des Genossen Wulfschläger in den Nationalrat ist aber nur dann möglich, wenn einer der beiden bürgerlichen Nationalräte in der Regierung auf seine Wiederwahl als Nationalrat verzichtet oder aber es sich zulässig erklärt würde, daß drei Mitglieder der Regierung den eidgenössischen Räten angehören dürfen.

Eine recht heitere Entscheidung hat der Basler Arbeitersekretär, unser Genosse Dr. Wafflioff gemacht. Danach hat der Bankrot in den mit der berühmten Basler Bauergesellschaft abgeschlossenen Vertrag betr. die Herstellung des neuen Kantonal- (Staats-) Bankgebäudes eine Streiklausel aufgenommen, wonach ein Streik als eine „außergewöhnliche Verhinderung“ angesehen und die Bauarbeiten entsprechend verlängert werden! — Wirtschaft, Sozial, Wirtschaft!

### England.

**Die „Times“ und die materialistische Geschichtsauffassung.**

London, 29. Mai.

Die „Times“, das Organ des englischen Großkapitals, hat einen Leitartikel-Schreiber, der mit der materialistischen Geschichtsauffassung wohl vertraut zu sein scheint. Er schreibt in der Regel nur über auswärtige Politik und über allgemeine wirtschaftliche Fragen. Mitte dieses Monats hatte er einen vom bürgerlichen Standpunkte verfaßten Artikel über Rußland und am 22. Mai einen über den internationalen Schiffsahrtstrust. Nebenbei bemerkt, erinnert dieser Artikel an die Notiz im „Vorwärts“ vom 30. April über denselben Gegenstand. Der Leitartikel enthält u. a. folgende Bemerkung: „Der Schiffsahrtstrust illustriert eine Wahrheit, die zwar in unsrer Geschichtslehre nicht zu finden ist, nichtdestoweniger aber von der ganzen Geschichte gelehrt wird, wenn man sie nur zu lesen versteht. Diese Wahrheit besteht darin, daß die großen Schicksale der Völker hauptsächlich von ökonomischen Kräften ausgeübt werden, — von Aristen, die von unsrer Politik selten verstanden und noch seltener beherrscht werden können. Der Schiffsahrtstrust bezeichnet eine Vertheilung des ökonomischen Schwerpunkt. Er ist nicht der Einfall von Dr. Morgan. Er ist nicht die Laune amerikanischer Geschäftleute. Er ist auch nicht der Ausdruck irgend welcher Feindschaft gegen England. Er ist vielmehr der Ausdruck und die Folge von Bedingungen und ökonomischen Bewegungen, die vor unsren Augen sich vollzogen. Wir beachten derartige Dinge nicht. Unsre Politiker sind beschäftigt mit Parteigankereien und endlosen Wortgefechten im House of Commons. In ihrem Englich: unser Publikum ist nicht erzogen genug, um derartige Bewegungen beobachten zu können. Aber Bewegungen stehen nicht deshalb still, weil die Leute sie nicht sehen wollen; was sich gewöhnlich ereignet, ist dies, daß das Publikum erschreckt auf-

fährt, wenn die Thür, die sich langsam dem Verschließen näherte mit einem Getöse ins Schloß fällt."

Zu den von Modikalen geschriebenen und für Arbeiter bestimmten Blättern findet man natürlich derartige Gedanken nicht. Da wimmelt es von Eitel und stiltlicher Enttäuschung.

### Norwegen.

Das Storting, das am Donnerstag nach achtmonatiger Dauer seine Session beendete, hat sich nicht durch eine arbeiterfreundliche Politik ausgezeichnet. Das, was die Arbeit der Abgeordneten das besondere Gepräge giebt, ist die fortgesetzt erhöhte Beträgung von staatlichen Mitteln für unproduktive Zwecke und in erster Linie für das Militärwesen, schreibt "Socialdemokraten". Ferner die ausgeprägte Auserfernheit gegenüber den ökonomischen Forderungen, die die Lebensbedingungen der Arbeitermassen erleichtern sollten, sowie der Unwille, diese gegen die Uebergriffe und die Uebermacht der Kapitalisten durch die Gesetzgebung zu schützen. Es sei daran erinnert, daß der äußerst bescheidene Vorschlag zur Unterstützung der tausende Arbeitsloser nur eine Stimme, und zwar die des Antragstellers, erhielt. Es sei daran erinnert, daß ihnen statt Arbeit und Brot nur das Versprechen gegeben wurde, daß eine statistische Uebersicht über die herrschende Noth hergestellt werden solle. Und es sei daran erinnert, daß bei der Debatte über das Fabrikaufsichts-Gesetz die "freistimmigen" Elemente sich über das bisherige Schutzwesen, das die Arbeiter jetzt schon durch die Gesetzgebung erreicht haben. Es soll ihnen aber nicht gelingen, ihre vielen Sünden hinter den durchsichtigen Kalkül einer "Ministerkrise" zu verbergen. Bei den demokratischen Regierungsformen in Norwegen würde es übrigens in den Händen der Arbeiter liegen, der Politik eine andre Richtung zu geben.

### Asien.

Schwierigkeiten in der chinesischen Zollreform. Aus Peking wird vom 31. Mai durch das Deutsche Bureau gemeldet: Die chinesischen Mitglieder der internationalen Kommission in Shanghai, welche damit beschäftigt ist, den Wertoll-Tarif in einem spezifischen Tarif auf der Grundlage von 3 Prozent des Wertes umzuwandern, sind von der Regierung angewiesen worden, ihre Thätigkeit einzustellen. Die Kommission hatte die Zollfestsetzungen unter der Voraussetzung der Zahlung in Silber vorgenommen, und es verlautet nun, die chinesische Regierung beabsichtige, die Entrichtung der Zölle in Gold zu verlangen, da die Mächte auf der Zahlung der Entschädigungssumme in Gold bestehen. Sir Robert Hart hat seine Meinung zu Gunsten des Entwurfs der fremden Kaufleute abgegeben und wird sich dem Plan der chinesischen Regierung entschieden widersetzen; wahrscheinlich wird auch diplomatischer Protest erhoben.

### Amerika.

Santiago de Chile, 1. Juni. Der Kongress ist heute vom Präsidenten eröffnet worden. Die Eröffnungsrede erwähnt mit Befriedigung die Hilfe, welche England dem Lande bei der Beilegung der internationalen Streitfrage mit Argentinien gewährt habe, und betont, daß diese Beilegung wesentlich dazu beitragen werde, bedeutende Ersparnisse im Budget zu ermöglichen. Ferner werden innere Reformen und der Bau einer Eisenbahn über die Anden in Aussicht gestellt.

## Partei-Nachrichten.

Kritisches. Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich Genosse Bebel in der neuesten Nummer (35) der "Neuen Zeit" mit der politischen Wahlreform und mit Schippels Reichs-Handbuch. Zur ersten Frage giebt Bebel zuerst eine Darstellung der Sachlage und tadelt dann scharf die Zustimmung untrer bayerischen Landtagsfraktion zu der Resolution. Auch an dem Reichstags-Handbuch läßt Bebel scharfe Kritik. Seine Ausführungen bewegen sich in der Richtung, daß das Buch über die Thätigkeit untrer Partei nicht genügend unterrichte, während es Reden der Gegner, Motive zu Gesetzesvorlagen der Gegner vielfach in überflüssiger Ausführlichkeit gebe. Bebel führt eine ganze Anzahl Beispiele aus älterer und neuerer Zeit an, wo die Thätigkeit untrer Vertreter im Parlament teils gar nicht erwähnt, teils zu kurz behandelt sei.

Partei-Presse. In die Redaktion der Chemnitzer "Volkstimme" tritt der Genosse Roske ein, der bisher an der "Volktribüne" in Königsberg thätig war. Da Roske auch Stadtverordneter in Königsberg war, verlieren die dortigen Genossen durch seinen Weggang einen Vertreter.

Parteitag für Meiningen. Der Kreis-Vertrauensmann giebt bekannt, daß der 1. gemeinschaftliche Parteitag für die beiden meiningischen Wahlkreise auf Sonntag, den 15. Juni nach Schollau einberufen ist. Reichstags-Abgeordneter Reichhaus und Landtags-Abgeordneter Wächter werden über die Reichstagswahl und Neuwahl des Meiningen Landtages im Jahre 1908 referieren.

Reichstags-Kandidaturen. Eine Kreis-Parteierversammlung für den Wahlkreis Solingen, die in Ohligs stattfand, proklamierte als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl ihren bisherigen Kandidaten, den Genossen Philipp Scheidemann, jetzt Redacteur des "Offenbacher Abendblattes". Für den 11. hannoverschen Wahlkreis (Northeim-Einöden-Osterode) wurde Genosse Adolf Hoffmann aus Berlin aufgestellt. Eine Parteierversammlung für den 8. hannoverschen Wahlkreis proklamierte ihren alten Kandidaten Wetters-Oberlin wieder.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Die Arbeitslosenbewegung in Halle führte den dortigen Genossen Stejskal unter der Anlage der Beilegung des Oberbürgermeisters und der Polizei vor das Schöffengericht. Der Oberbürgermeister hat damals bekanntlich in Beziehung auf die Arbeitslosen den Ausspruch Lattacher (Zuhälter) angewandt. In der Protestversammlung, die die begrifflichweise über die Beschimpfung erregten Arbeitslosen abhielten, soll Stejskal gesagt haben: "Bei untrer Polizei findet ein Arbeiter wenig Gehör; wenn man eine Beschwerde anbringen will, wird sie entweder nicht angenommen, oder sie wandert in der Papierkorb", während er den Oberbürgermeister "Oberlatter" genannt haben soll.

Genosse Stejskal bestritt die Beilegung der ersten Aeußerungen auf die Polizei in Halle; er will die Polizei im allgemeinen gemeint haben. Hinsichtlich des Oberbürgermeisters stellte er nicht in Abrede, den Ausspruch "Oberlatter" gebraucht zu haben. Er betriebe neben seinem Restaurant noch sein Glaserhandwerk, und da er damals, als der Oberbürgermeister die Rede hielt, keine Arbeit hatte, habe er sich durch die Lattacherrede beleidigt gefühlt. Nur in bedingter Form habe er das Wort Oberlatter gebraucht, indem er gesagt habe: "Wenn ich als Bürger ein Lattacher bin, dann muß der Oberbürgermeister als das Oberhaupt der Stadt ein Oberlatter sein." Auch als Arbeitsloser sei er Bürger von Halle.

Das Gericht erlaubte am 30. M. Geldstrafe; 30 M. für die Polizei, 20 M. für den Oberbürgermeister, den obersten Vorgesetzten der Polizei.

## Aus Industrie und Handel.

Friedensschluß und Börsenspekulation. Von allen großen Börsenplätzen meldet heute der Telegraph ein Steigen der Kurse. Die Spekulation schied sich an, nachdem sie so lange schweren Herzens auf flotte Kursstrebereien verzichtet mußte, wenigstens etwas von dem Bekannten nachzuholen. An der hiesigen Börse, die, wie bereits im letzten "Wirtschaftlichen Wochenbericht" dargelegt wurde, schon in der ganzen vorigen Woche unter dem Einfluß der erwarteten Friedensnachricht stand, stiegen heute Bankaktien, vornehmlich Dresdener Bankaktien und Handelsaktien, um 1-2 Proz. und zugleich

zogen die wichtigeren Spekulationswerte der Montanindustrie um mehrere Prozente an.

Noch weit intensiver gestaltete sich bereits am Sonnabend, da der Friede in den Börsenkreisen als völlig gesichert galt, die Kursstreberei an der Londoner Stock Exchange. Die Kauforders, besonders auf Konsols, strömten in endloser Fülle herbei, und auf dem Kaffeemarkt, den der Vorkrieg mit dem treffenden Namen "Kaffern-Cirkus" belegt hat, wurden die furiossten Kurs-Vorfortouren geritten. In älteren Minenwerten, in deren Kursen seit langem die durch den Friedensschluß sich bietende geschäftliche Aussicht vorweg eskompliziert ist, sind die Umsätze gering, desto größer aber in neuen, öfters erst in den letzten Monaten herangekommenen Werten, die rein spekulativen Gründungen entstammen, von denen man häufig absolut nicht weiß, wo die Goldfelder, die sie angeblich erworben haben, sich befinden, noch ob sie überhaupt existieren. Galt das Treiben länger an, können schwere Rückschläge nicht ausbleiben, bei denen die "Kleinen", die sich durch die schwindelhafte Melame zum Spekulieren verleiten lassen, wie immer, die Genasführten sein werden.

Auch heute begann die Londoner Börse zunächst wieder mit wilden Kursstrebungen, doch trat später eine Geschlaffung und Abschwächung ein, die schließlich verschiedene Mineralaktien wieder ziemlich auf den Schlupkurs des Sonnabends zurückbrachte.

Norddeutscher Lloyd und Morganischer Schiffstraß. Nunmehr veröffentlicht auch die Verwaltung des Bremer Norddeutschen Lloyd ihre Anträge für die auf den 23. Juni einberufene außerordentliche Generalversammlung. In allem Wesentlichen decken sich die beantragten Statutenänderungen wie auch der mitgeteilte Auszug aus dem mit dem Morganischen Schiffsbüro getroffenen Abkommen mit den Anträgen und dem Vertragstext der Hamburg-Amerika-Linie. Auch der Gewinnbeteiligungsplan ist der gleiche, obgleich der Durchschnitt der Dividenden, die während der letzten 10 Jahre der Lloyd verteilt hat, sich beinahe um 1 Proz. niedriger stellt, wie bei der Hamburger Linie. Es kam diese Normierung als Anzeichen dafür gelten, daß die Leiter des Trusts auch beim Lloyd auf eine starke Steigerung der Erträge und der Dividenden rechnen.

Interessant ist es im übrigen, wie der Lloyd in der Darlegung der Motive, die ihn zur Aufhebung des Vertrages bestimmt haben, sich direkt in Widerspruch zu den Ausführungen der Zeitung der Hamburg-Amerika-Linie setzt. In deren Bericht war ausgeführt, daß wesentlich die Befürchtung einer rindischen Konkurrenz von Seiten des Trusts Vorstand und Aufsichtsrat der Hamburger Linie veranlaßt hätten, das Kartellverhältnis mit dem Trust einzugehen; und auch in der Generalversammlung bezeichnete Generaldirektor Ballin auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hahn die Verabschiedung der beiden deutschen Linien mit dem Trust als eine gebieterische Notwendigkeit. Dagegen leistet sich die Verwaltung des Norddeutschen Lloyd in ihrem Bericht folgende seltsame Auslassung:

"In dem der Generalversammlung am 10. April d. J. erstatteten Bericht haben wir bereits der Verhandlungen Erwähnung gethan, welche wir mit den uns befreundeten englischen und amerikanischen Dampfergesellschaften geführt haben, um unter Schaffung einer gewissen Interessengemeinschaft die Einhaltung konstanter Raten im Nordatlantischen Verkehr für einen längeren Zeitraum zu sichern und gleichzeitig die einzelnen Gesellschaften in ihrem bisherigen Geschäftsbetriebe gegen die Konkurrenz der übrigen Gesellschaften zu schützen. Die zwischen der Mehrzahl der amerikanischen und englischen am Nordatlantischen Verkehr beteiligten Gesellschaften in der nämlichen Richtung geführten Verhandlungen haben inzwischen zu der Bildung einer organisierten Vereinigung dieser Gesellschaften geführt, welche eine vollständige Interessengemeinschaft zwischen ihnen herstellt. Zu einem Anschluß an diese neue Organisation lag für die deutschen Gesellschaften, deren Wettbewerb mit den englischen und amerikanischen Linien sich im wesentlichen auf das Gebiet des Postgeschäftes der 1. Klasse beschränkt, von vornherein keine Veranlassung vor; die Frage eines derartigen Anschlusses ist daher auch niemals Gegenstand der von uns in Gemeinschaft mit der Hamburg-Amerika-Linie geführten Verhandlungen gewesen. Ebensovwenig haben wir in der Entschaltung der neuen Organisation, welche die uns für geschäftliche Verhandlungen so außerordentlich unbequeme Vielköpfigkeit der englisch-amerikanischen Interessengruppe durch eine einheitlich organisierte Gesellschaft ersetzt, oder in den bealeitenden Umständen eine Gefahr für die Existenz oder die Unabhängigkeit der deutschen Dampferlinien erkennen können, so daß Erwägungen nach dieser Richtung untre Entscheidung nicht beeinflusst haben."

Eines kann nur richtig sein: entweder die Erklärung der Hamburg-Amerika-Linie oder des Lloyd, und zwar entspricht zweifellos die Darlegung der ersteren Linie weit mehr den Thatsachen. Kupf scheint es, als hätten die Lobbykredite über das patriotische und geschäftliche Verhalten der Leitungen beider Linien es dem Vorstand des Lloyd angebracht erscheinen lassen, sich noch als weit geschäftsfischerer und unantastbarer hinzustellen, wie die Leitung der Hamburger Konkurrenzlinie, indem er so thut, als hätten nicht irgendwelche Befürchtungen, sondern lediglich kaufmännische Geschäftserwägungen ihn dazu bestimmt, sich zum Abschluß eines Kartellvertrages mit dem Trust herbeizulassen. Stolz liebe ich den Lloyd!

Die Cunard-Linie und der transatlantische Schiffahrtstrakt. Vor Wochen hieß es, daß auch mit der Cunard-Linie Verhandlungen über den Anschluß an den Morganischen Schiffahrtstrakt geführt würden, dann wieder wurde von einem Gegenstrich der Cunard-Linie und einer Reihe anderer Reedereien gegen die Morganische Kombination gesprochen. In einem Telegramm wird darüber der "Voss. Zig." aus Liverpool gemeldet:

"Ein am Sonnabendabend an die Aktionäre der Cunard-Linie erlassenes Rundschreiben, das von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats Lord Jurechde unterzeichnet ist, sagt: "Verhandlungen, welche die zukünftige Stellung der Cunard-Linie beeinflussen, sind im Gange. Es ist nicht möglich, gegenwärtig oder bis auf diesen Verhandlungen beruhende Vorschläge der Regierung unterbreitet worden sind, bestimmte Mitteilungen zu machen. Sollten die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen, so werden die Aktionäre sofort davon unterrichtet werden."

Zur Bondsandgabe des Stahltrusts meldet die "Morning Post" aus New York vom 1. Juni: Inhaber der Stammaktien der United States Steel Corporation befinden die Direktoren des Trusts daran zu verhindern, daß sie weitere Bonds ausgeben, und behaupten, daß der gegenwärtige Zinssfuß dies nicht rechtfertige. Da sie sich in der Minderheit befinden und nicht im Stande sind, eine gegen die Direktoren des Trusts entscheidende Abstimmung herbeizuführen, so haben sie sich an das Bundesgericht (Circuit Court) gewandt, daß es eine Verbotserfügung erlassen möge.

Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft. Bei der hiesigen Direktion der Gesellschaft ist die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß am 1. Juni die erste Hauptstrecke der Bahn mit der Eröffnung der bei Kilometer 194 liegenden Station Weibsen vollendet und dem Betriebe übergeben worden ist. Mit der Eröffnung dieser Linie ist auch der in der Nähe des Kilometer 170 liegende erste Förderschacht der Schantung-Bergbau-Gesellschaft mit Tsingtau verbunden.

## Sociales.

Verflechtung des Arbeiterschutzes. Unter dieser Ueberschrift besprechen wir in der Nr. 128 die neueste Verordnung des Bundesrats für die Walz- und Hammerwerke. Wir tabelten dabei als eine Keuerung die Bestimmung, daß Arbeitsunterbrechungen von

weniger als einer Viertelsstunde auf die Pausen angerechnet werden dürfen. Dazu schreibt die "Berliner Korrespondenz":

"Thatsächlich hat es mit dieser behaupteten Verflechtung des Arbeiterschutzes folgende Bewandnis: Die als eine labelswerte Keuerung bezeichnete Vorschrift war bereits in der früheren Verordnung enthalten; sie ist aus dem Text der letzteren, wie aus der Bekanntmachung des Reichsanzlers vom 1. Februar 1895 hervorgeht, wörtlich übernommen."

Wir müssen zugeben, daß wir in der Uebersicht von Verordnungen, Bekanntmachungen, Abänderungen u. dgl. durch die bei uns "systematischer" Arbeiterschutzes betrieben wird, übersehen haben, daß die größte Verflechtung der Verordnung von 1892 schon 1895 vorgenommen worden ist. Die "Berl. Korr.", die das ganz genau weiß, erwähnt davon natürlich nichts, sondern redet schlangelweg von der "früheren Verordnung", die nicht einmal eine selbständige Verordnung, sondern nur eine Abänderung der Verordnung von 1892 war.

An der Thatsache, daß die einschlägige Pause der jugendlichen Arbeiter in 5, 6 und mehr Teile getrisen werden darf und an untrer sachlichen Kritik dieses Zustandes wird dadurch natürlich nicht geändert.

## Litterarisches.

### Die Genosse Schippel berichtigt!

In Nr. 124 des "Vorwärts" vom Sonnabend, den 31. Mai, wendet sich Genosse Schippel gegen meine Kritik seines Handbuchs, die am 25. Mai im "Vorwärts" erschien. Soweit er dabei zu erklären verliucht, weshalb die von mir getadelten Mängel vorhanden sind, aus welchen Gründen er z. B. den Stoffkreis des Buches beschränkt usw., bestätigt er nur, was ich in meiner Kritik schrieb: "Hier haben wir es also mit einer absichtlichen Selbstbeschränkung des Autors zu thun."

Dagegen versteigt sich Schippel bei Besprechung meiner Kritik seines Kapitels: "Arbeitswilligengesetz" dazu, unrichtige Thatsachen zu behaupten, mit Hilfe deren er dann die Unrichtigkeit und "Uebereiltheit" meiner Kritik beweisen will. Infolge dessen bin ich gezwungen, ihm zu erwidern:

In meiner Kritik hatte ich geschrieben: "Beim Kapitel 'Arbeitswilligen-Gesetz' wird eine Rede Liebers mehr als eine Druckseite lang wiedergegeben, die socialdemokratische Kritik aber mit zehn Zeilen, die aus dem Protokollbericht, der 1900 an den Parteitag erstattet wurde, geschritten sind."

Auf dem Gipfel der kritischen Verlogenheit findet sich unser Genosse E. W. jedoch bei der Besprechung des Artikels "Arbeitswilligen-Gesetz". Zur Orientierung diene ihm das Folgende. Des inneren Zusammenhangs wegen sind alle Angriffe gegen das Koalitionsrecht historisch (und kritisch) unter Koalitionsrecht, Arbeitsgesetz und so fort behandelt. Den von ihm vermischten socialdemokratischen Koalitionsentwurf anlässlich der Zuchttausbildung findet er so im Wortlaut abgedruckt Seite 750/751, allerdings unter "Koalitionsrecht", wo er auch an der einzig richtigen Stelle steht! Der überlässige E. W. hätte sich ebensogut entrüsten können, daß er unter "Arbeitswilligen-Gesetz" nicht einmal — das Gesetz selber finden konnte! Wahrhaftig, es "fehlt"! Es steht nämlich gleichfalls unter Koalitionsrecht, S. 747-749, wiederum aus leicht erkennlicher Absicht. Somit war unter "Arbeitswilligen" nur noch der äußerliche Hergang der damaligen Aktion festzuhalten; unter welchen Besonderheiten sie sich einleitete, weiterentwickelte, und unter welcher parlamentarischen Konstellation es schließlich zum Klappen kam. Daher, verehrter E. W., die gewählte Art der Darstellung!

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen — schade nur, daß die Thatsachen sich nicht den Erläuterungen entsprechend umformulieren lassen!

Wie der Wortlaut meiner Kritik zeigt, hatte ich erstens gar nicht geschrieben, daß ich meinen Koalitionsentwurf vermisse, sondern "die socialdemokratische Kritik" der Zuchttausbildung.

Zweitens: Beim Artikel "Koalitionsrecht", auf das Schippel in seiner Abwehr hinweist, steht über den Streifen und das Zuchttausbildung auf Seite 347 wörtlich nur folgendes:

"Am 11. Dezember 1897 richtete der neue Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky sein vertrauliches Rundschreiben für 'erhöhten Schutz gegen Mißbrauch der Koalitionsfreiheit' an die Regierungen."

Damit war der vorläufige letzte Feldzug gegen die Arbeiterkoalitionen eingeleitet. Das unrichtliche Ende, das er kurz vor und nach der Reichstags-Vertagung von 1899 fand, dürfte noch auf geronne Zeit abschredend nachwirken."

Ausführlich über das letzte Vorgehen unter "Arbeitswilligen-Gesetz" S. 154. — Dort ist auch der Wortlaut des Rundschreibens Posadowskys (S. 156) mitgeteilt. Zur Gleichsetzung der Bezeichnungen fügen wir aber an dieser Stelle den Wortlaut des Gesetzes "zum Schutze des gewerlichen Arbeitsverhältnisses" ein.

Nun folgt der Wortlaut — aber keine Silbe der Kritik des Arbeitswilligen-Gesetzes! Im Gegenteile — von Schippel selbst wird, wie sich aus dem oben mitgeteilten Text ergibt, auf das Kapitel "Arbeitswilligen-Gesetz" hingewiesen, wo ein "ausführlicher" Bericht zu finden sein soll. Selbstverständlich hatte ich, bevor ich mir erlaubte, Schippels Behandlung des Kapitels "Arbeitswilligen-Gesetz" zu kritisieren, sein Kapitel: "Koalitionsrecht" gelesen. Und eben weil von letzterem Kapitel auf das erstere verwiesen wurde und dann dort nur 10 Zeilen Kritik, die dem Protokollbericht entstammten, standen, gerade deshalb hob ich die ungenügende Behandlung dieses wichtigen Gegenstandes hervor.

Beim Kapitel "Arbeitsgesetz", auf das sich Schippel in seiner Abwehr noch bezieht, sieht ebenfalls keine Silbe Kritik des Arbeitswilligen-Gesetzes, sondern es wird wieder nur auf jenes Kapitel "Arbeitswilligen" hingewiesen! Wörtlich heißt es nämlich auf Seite 94 des Handbuchs:

"Die folgende Session 1897/98 war eine vollständig tote: das Posadowskische Rundschreiben über den Schutze der Arbeitswilligen (vergl. 'Arbeitswilligen-Gesetz') beherrschte die socialpolitischen Debatten."

Somit keine Silbe über dieses Thema!

Wie aber wünscht der Verfasser des Handbuchs, daß sich der Leser über dieses Thema orientieren soll? Man schlage doch das Register auf! Dort heißt es: Zuchttausbildung — siehe Arbeitswilligen! Bei Koalitionsrecht ist als Unterabteilung angegeben: Arbeitswilligen-Gesetz S. 154 bis 163, 747, bei Arbeitswilligen stehen die Unterabteilungen: Entwurf 154-163, Wortlaut 747, Kaiserreden 155, 158, Posadowskys Rundschreiben 156, Denkchrift 159, 162, Vuedorische 314 ff. Die letzteren sind späteren Datums als die Debatten um die Zuchttausbildung, kommen hier also nicht in Betracht, sondern einzig und allein das Kapitel: Arbeitswilligen, auf das Schippel bei Koalitionsrecht wie bei Arbeiterschutze hinweist.

Wie darf Schippel da behaupten, daß ich "übereilig" kritisiert und bei besserer Orientierung beim Kapitel Koalitionsrecht die von mir vermischte Kritik gefunden hätte! Schippel hat in seiner Entgegnung Thatsachen behauptet, die vollkommen unrichtig sind.

Daselbe ist bezüglich meiner Remita der allzu langen Wiedergabe gegnerischer Reden der Fall. Schippel thut so, als hätte ich behauptet: "So streicht ein Socialdemokrat einen schwarzen Arbeiterfeind heraus!"

Das kann nur auf denjenigen Leser Eindruck machen, der meine Kritik vergessen oder nicht zur Hand hat. Ich setze voraus, daß es so auch Schippel erging, sonst würde er seine Abwehr gewiß nicht geschrieben haben!

Wörtlich heißt es in meiner Kritik: "Die Länge (mancher Artikel) ist dadurch verursacht, daß Schippel eine große Anzahl Kritiken und Reden der Gegner vorgetragen bringt, während eine referierende Wiedergabe nicht nur Raum erspart, sondern auch die Vermittlung des Buches erleichtert hätte. Aber bei all diesen Abdrücken von Reden und Zeitungsschmitten ist untre Partei gar sehr ins

Hinterfragen geraten! Gewiß soll und muß das Handbuch zeigen, wie die Gegner denken, aber da es ein socialdemokratisches Handbuch ist, hat es über die Reden und Ansichten unserer eignen Partei mindestens in ebenso ausführlicher Weise zu berichten wie über die der Gegner, ja, mit Recht können wir fordern, daß in dieser Linie diejenige Kritik steht, die wir an den Gegnern üben, denn aus dieser Kritik ergibt sich ja auch, welche Anschauungen jene haben.

Man vergleiche damit, was Schippel in seiner Abwehr über diesen Punkt schreibt („Aber die Rede des Dr. Lieber“ — bis „politischen Handbuchs“) — und man wird seine Verwunderung vor Schippels Kunstfertigkeit im — Scheingefecht nicht gering bemessen dürfen! — Doch ich glaube, wir haben alleamt, Schriftsteller wie Leser, Besseres zu thun als uns mit Fehertumstücken zu beschäftigen! Hätte Schippel meine Kritik nicht als eine überflüssige, das heißt unsachliche und leichtfertige gerügt, ich würde mich auf keine Erwiderung eingelassen haben. Daß meine und seine Ansichten auch bezüglich des Inhalts eines socialdemokratischen Handbuchs auseinandergehen, ist ja durch sein Werk wie meine Kritik deselben genügend konstatiert. Wer von uns beiden recht hat, das wird sich bei Benutzung des Buches durch die Genossen im Laufe der Zeit deutlich genug ergeben.

Emanuel Barm.

### Bewerkschaftliches.

#### Internationaler Textilarbeiterkongress in Zürich.

Zürich, 1. Juni. Zur Eröffnung des internationalen Textilarbeiterkongresses fand sich heute vormittag im kleinen Tonhalleaal ein zahlreiches Publikum ein, das in der Hauptsache aus organisierten zürcherischen Arbeitern bestand. Der Regierungsrat war durch sein Mitglied, Herrn Dr. Stöckel, der zürcherische Stadtrat durch Herrn Stadtrat Hasler vertreten. Vertreten sind durch Delegierte außer der Schweiz, Deutschland, Italien und England, auch Oesterreich, Belgien, Frankreich und Holland.

Um 10 Uhr begrüßte der socialdemokratische Sängerbund mit zwei Gesangsvorträgen den Kongress. Sodann folgte die Begrüßungsrede des Genossen Arbeitersekretär Grealich. Er teilte hierauf mit, daß der Kanton und die Stadt Zürich offiziell vertreten seien. Es folgte die Vereinnung der Geschäftsordnung.

Am nachmittag fand im „Eidhof“ in einer lustigen Festhalle zu Ehren der Delegierten der Festkommers statt. Genosse Pfarrer W. Flügel hielt eine Festrede. Es überbrachten dann noch die Grüße ihrer Landesorganisationen Delegierte aus Italien, England, Holland und Oesterreich. Für die deutsche Delegation sprach Genosse Wandert-Apolda.

#### Berlin und Umgegend.

Die derzeitige Arbeitsvermittlung in Berliner Fleischergewerbe, die bekanntlich nur in den Händen privater Stellenmacherer und einiger Meisterkorporationen ruht, gestaltet sich jetzt, infolge der schlechten Geschäftslage und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit, immer mehr zu einer stark drückenden Last für die Fleischergehilfen und bei der privaten Vermittlung sogar zu einer unerhörten Ausbeutung der Not der Stellenlosen. Die Fleischergehilfen-Organisation, der Centralverband, hat in seiner letzten Versammlung den Beschluß gefaßt, die kostenlose Stellenvermittlung wieder ins Leben zu rufen. Mit den Vorarbeiten wurde die Berliner Ortsverwaltung des Centralverbandes betraut. Als Lokal für die Vermittlung soll das jetzige Bureau des Centralverbandes, Berlin O. 22, Dragonerstraße 15 (Telephon Amt III. Nr. 5028) dienen. Die Gesellen-Organisation, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, erwartet von der obigen organisierten Arbeiterkraft die kräftigste Unterstützung. Etwaige Anfragen werden an obestehende Adresse erbeten.

#### Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe Hamburgs. Da die Baugewerks-Zimmern von Hamburg, Altona, Harburg und Wandsbeck beschlossene haben, sämtliche Arbeitnehmer auszusperren, falls bis Dienstag die Arbeit auf den gesperrten Bauten nicht wieder aufgenommen wird, so erscheint es angebracht, auf die Ursache des gegenwärtigen Vorgehens der Arbeiter hinzuweisen. Es handelt sich bei der Lohnbewegung im Hamburger Baugewerbe nicht eigentlich um die Durchsetzung von Forderungen der Arbeiter, sondern um das Verlangen, daß ein von den Unternehmern gegebenes Versprechen erfüllt werde. Bei der Festsetzung des bisherigen Lohnsatzes haben die Baugewerksmeister ausdrücklich zugesagt, daß bei günstiger Konjunktur für das Jahr 1902 die neunstündige Arbeitszeit und 70 Pf. Stundenlohn eingeführt werden soll. An die Erfüllung dieses Versprechens hat aber keiner der Unternehmer gedacht, obgleich nach den Angaben unternehmerfreundlicher Blätter zur Zeit tatsächlich eine günstige Konjunktur im Hamburger Baugewerbe herrscht. Die Arbeiter suchen nun durch Streik die Unternehmer ernstlich an die Erfüllung ihres Versprechens zu mahnen, während diese durch den Ausberungungsbeschluß bedrückt, daß sie dem schändlichen Wortbruch noch einen brutalen Gewaltakt hinzufügen wollen.

Anlässlich des Maurerstreiks in Jena ist gegen 42 Ausständige bei dem Gewerbegericht Klage wegen Kontraktbruch erhoben worden. Die Verhandlungen fanden am 30. und 31. Mai statt. Durch ihren Vertreter, den Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates, ließen die Beklagten einwenden, daß eine Kündigung im hiesigen Baugewerbe nicht bestünde; soweit nicht besondere Abmachungen vorlägen, müsse diese Regel als orts- und gewerkschaftlich gültig gelten. Die Klage wurde abgewiesen, da das Gewerbegericht hielt diesen Beweis nicht für erbracht; wo nicht ausdrücklich die Kündigung ausgeschlossen sei, gelte die gesetzliche Frist von 14 Tagen. Das Gericht kam infolgedessen zur Verurteilung; gemäß dem Klageantrag wurden 37 Maurer zu einer Entschädigung von je 15 M. verurteilt, gegen 2 erging Verfallurteil, gegen 3 war die Klage zurückgezogen worden.

Wie aus dem vorstehenden Bericht hervorgeht, ist es sonst im Baugewerbe in Jena nicht üblich, daß ein Arbeiter kündigt oder gekündigt wird. Das Arbeitsverhältnis wird gewohnheitsmäßig ohne Kündigung gelöst. Nun aber, wo die Arbeiter insgesamt diesen Versuch zu ihren Gunsten ausübten, bestimmen sich die Meister darauf, daß die Gewerbe-Ordnung eine Kündigungsklausel vorschreibt.

Gefährliche Kennzeichnung von Arbeitern. Die Gewerbe-Ordnung verbietet zwar den Arbeitgebern ausdrücklich, die Zeugnisse der Arbeiter mit Merkmalen zu versehen, die den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise kennzeichnen. Diese klare Gebotsvorschrift hindert aber die Bauunternehmer in Koblenz nicht, ein wohl überlegtes System geheimer Kennzeichnung gegen die Arbeiter zur Anwendung zu bringen. Der Lokalverband der Baugeschäfte von Koblenz und den Nachbarorten hat nämlich einen Beschluß gefaßt, wonach jedes Zeugnis mit einer Nummer zu versehen ist. Die Nummern haben diese Bedeutung: 1: Raum jederzeit zum selben oder höheren Lohn eingestellt werden. 2: Desgleichen zum selben Lohn. 3: Desgleichen mit Abzug von mindestens einem Pfennig pro Stunde. 4: Darf erst nach einer Woche und mit einem Abzug von mindestens zwei Pfennig pro Stunde eingestellt werden. 5: Darf erst nach einem Monat, am besten aber gar nicht eingestellt werden und mit einem Abzug von mindestens fünf Pfennigen pro Stunde. — Arbeiter, welche freieren oder drei Tage von der Arbeit fern bleiben, erhalten nach dem Beschluß des Unternehmerverbandes unbedingt die Nummer 5.

Die Arbeiter haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, derart gekennzeichnete Entlassungsscheine nicht anzunehmen und dadurch die sauberen Pläne der Gesetzgeber zu scheitern zu machen.

Die Bauarbeiter in Remscheid haben ihren Beschluß ausgeführt und einmütig die Arbeit niedergelegt. Eine Anzahl Maurer

konnten infolgedessen ihre Arbeit nicht fortsetzen und mußten gleichfalls ausfahren. Es ist wahrscheinlich, daß auch die Maurer in den Streit eintreten.

Der Weberstreik bei der Firma Aug. Hoffmann Söhne in Frankenberg (Sachsen) ist beendet. Die Firma hat ihre Absicht, die Löhne zu kürzen und an Stelle der männlichen weibliche Arbeitskräfte einzustellen, fallen lassen. Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

#### Ausland.

Tabakarbeiter-Ausstand in Paris. Nach vorliegenden telegraphischen Meldungen sind die Arbeiter der staatlichen Tabak-Manufakturen am Montag in den allgemeinen Ausstand getreten. Auch in den umweit Paris liegenden Fabriken ist die Arbeit nicht aufgenommen worden.

Der Streik in der Raimö-Wollwarenfabrik ist beendet. Der Direktor hat nachgegeben und alle Arbeiter, die am Generalstreik teilnahmen, wieder eingestellt.

Steinhauer-Konflikt in Schweden. In der Provinz Halland im südwestlichen Schweden wollen die Unterhauer einen neuen Tarif für das Behauen von Plastersteinen einführen. Die dortigen Abteilungen des Steinhauer-Verbandes haben sich sämtlich gegen den neuen Tarif ausgesprochen.

Streiks in Spanien. Es wird telegraphisch gemeldet: Die Mehrzahl der Arbeiter der Elektrizitätswerke in Barcelona sind in den Ausstand getreten.

Ausständige Angestellte der Straßenbahn in Badajoz griffen die Gendarmen an, welche drei ihrer Genossen verhaftet hatte. Es kam zu einem Handgemenge, in welchem Schüsse gewechselt wurden. 36 Personen wurden verhaftet, drei, darunter ein Gendarm, wurden verwundet.

### Aus der Frauenbewegung.

Die Kreis-Vertrauensperson für Teltow-Beeskow berichtet in der „Gleichheit“ über ihre Thätigkeit, die im Januar 1901 begann, bis Mitte April d. J. Es wurden in der Zeit zur politischen Aufklärung der Frauen und zur Agitation 21 Versammlungen abgehalten, die alle guten Erfolg hatten. Das vom Parteitag zu Lübeck beschlossene Frauenflugblatt gegen den Zollwucher wurde von den Genossinnen im Kreise in 25000 Exemplaren verbreitet und fand überall gute Aufnahme. Die Genossinnen beteiligten sich auch an der Agitation für die Stadtverordneten- und Gemeindevahlen und an den Agitationsstunden im Kreise. Ihre Mitarbeit war überall willkommen. Die unpolitischen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine des Kreises zählten über 300 Mitglieder und suchten durch belehrende und wissenschaftliche Vorträge die Frauen zu bilden.

Die Entnahmen der Richterflatterin, die durch Sammlungen aufgebracht wurden, betrugen 398,36 M. Davon wurden 316,81 M. für Agitation ausgegeben, während der Rest in Kasse verblieb.

Einen schweren Verlust hat die Parteibewegung in Dresden erlitten. Dort starb am Montag, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, nach langjährigem Leiden die Genossin Auguste Eichhorn. Die Verstorbene war die Witwe des vor mehreren Jahren verstorbenen Steinmehlers Hermann Eichhorn, der der Arbeiterbewegung in Sachsen alle seine Kräfte zur Verfügung stellte und dessen Name zuletzt in dem Prozesse wegen Vorklatsch der Wahlhelfer-Veranstaltung im Kreis in Dresden bekannt geworden war. Auguste Eichhorn, die ihren Mann eine treue Gefährtin war, folgte diesem nach der Ausweisung aus Leipzig nach Dresden. Hier kämpfte sie bald an der Seite ihres Mannes tapfer für die Interessen ihrer Klasse als eine der ersten Frauen, die in Dresden eine lebhaftere Parteithätigkeit entwickelten. Ihre opferwillige und unermüdete Thätigkeit in der Partei verdient umso mehr Bewunderung, als sie 13 Kindern das Leben gab, die beim Tode des Mannes noch nicht alle für sich sorgen konnten. Mehrmals wurde sie von den Dresdener Genossen zu deutschen Parteitagen delegiert. In der Organisation der Frauen hat sie in Dresden das Beste geleistet. Nur ihre Kränklichkeit zwang sie in der letzten Zeit, sich etwas mehr Ruhe zu gönnen. Ihr Andenken wird ebenso unvergessen bleiben, wie das ihres Mannes.

### Versammlungen.

Die Steinarbeiter hielten am Sonntag im Englischen Garten eine öffentliche Versammlung ab. Zunächst ehrten die Anwesenden das Andenken ihres Kollegen Versterberger, Redakteur am Steinarbeiter-Organ, durch Erheben von den Sitzen. Sodann gab Walter den Bericht vom Leipziger Kongress, der durch Hirtle ergänzt wurde. Die lebhafteste Debatte, an der sich u. a. Reichly und Kehler in ausgiebiger Weise beteiligten, drehte sich hauptsächlich um die Wahl des jetzigen Geschäftsführers sowie des Kassiers und um die Abkündigung des bisherigen Geschäftsführers Oswald. Eine Resolution, die einen Protest gegen das in dieser Sache angewandte Wahlverfahren des Kongresses ausdrückte, wurde jedoch abgelehnt. Im Verschiedenen fand nach ebenfalls sehr ausgiebiger Debatte ein Antrag Annahme, wonach auch in diesem Jahre von den Kollegen, die am 1. Mai nicht mitfahren konnten, wieder eine Mark in Werte von 1 M. geliebt werden soll.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. (Mitgliedsschaft Berlin.) Dienstagabend 9 Uhr, Kollentalestr. 57 bei Bauer: Mitglieder-Versammlung. Statutenänderung.

Wamen, Wämen und Putzeder-Arbeiter und Arbeiterinnen. Heute abend findet im großen Saale der Kramhallen eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Cohen spricht über das Thema: Wie können die Gefangen der Saisnardet befreit werden?

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Bürger-Auswahlgewahlen.

Wforzheim, 2. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heute stattgehabten Bürger-Auswahlgewahlen haben unsere Kandidaten der dritten Klasse glänzend gesiegt.

#### Zum Stuttgarter Straßenbahnerstreik.

Stuttgart, 2. Juni. (Luffan-Meldung.) Die Straßenbahn hat heute nachmittag den Betrieb auf zwei Strecken aufzunehmen versucht, mußte ihn aber heute abend um 7 Uhr wieder vollständig einstellen, da eine mehr als tausendköpfige Menge, in welcher das bürgerliche Element die Arbeiter bei weitem überwiegt, einzelne Wagen auf dem Schloßplatz mit Hohn- und Pfuiens empfangen. Die berittene Gendarmrie schritt ein.

#### Polizei gegen Streikende.

Lemberg, 2. Juni. (W. S.) Zwischen streikenden Bauarbeitern und der Polizei sowie Militär kam es zu wiederholten Zusammenstößen, wobei von der blanken Waffe Gebrauch gemacht wurde.

Nach dem Polizeibericht sind bei dem Zusammenstoß fünf Husaren durch Steinwürfe, zwanzig Arbeiter durch Säbelhiebe und drei Arbeiter durch Gewehrschüsse verwundet worden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist Militär requiriert.

Lemberg, 2. Juni. (W. S.) Nachmittags fand auf dem Krakauer Platz abermals ein Zusammenstoß zwischen den streikenden Arbeitern und einer Militärabteilung statt, welche von der Feuerwaffe Gebrauch machte. Drei Personen wurden tödlich verletzt und sind im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Gegewärtig herrscht wieder Ruhe.

#### Das Lemberger Blutbad im Abgeordnetenhaus.

Wien, 2. Juni. (W. S.) Abgeordnetenhaus. Zur Verhandlung gelangt ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten

geordneten Daszhuski und Genossen, worin die Regierung aufgefordert wird, über die heutigen Vorgänge in Lemberg, bei denen, wie verlautet, 15 Personen erschossen und 10 schwer verletzt worden seien, sofort Aufklärung zu geben. In der Begründung der Dringlichkeit führt der Abg. Daszhuski unter heftigen Ausfällen gegen die Regierung, den Ministerpräsidenten und den Statthalter von Galizien aus, daß sich die ausländigen Bauarbeiter in Lemberg musterhaft benommen hätten. Mit dem Vorkehren der Bajonette und der Schierei auf das Volk müsse es endlich ein Ende nehmen. In Lemberg seien heute vormittag fünf Salven abgegeben worden. Das Blut der gefallenen Arbeiter werde nicht ungesühnt bleiben, und er verlange vor allem, daß der Ministerpräsident über diese Angelegenheit ungezügelt Aufklärung gebe. Redner wird wegen eines die Armees beleidigenden Ausdrucks vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, ebenso der Abg. Ederich wegen eines den Statthalter von Galizien beleidigenden Jurates.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber erklärt: Mir ist von dem Vorfalle, der sich heute vormittag in Lemberg zugetragen haben soll, nicht mehr bekannt, als was ich aus einem Telegramm in den hiesigen Zeitungen entnommen habe. Ich kann ja meinerseits nur bedauern, wenn sich die Notwendigkeit erwiesen hat, mit solchen Mitteln einzugreifen. Da aber die näheren Umstände des ganzen Vorfalles noch völlig unbekannt sind, darf man nicht derartige Vorwürfe gegen die bewaffnete Macht, wie sie insbesondere vom Redner vorgebracht worden sind, ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts erheben. Ich darf versichern, daß seitens der zuständigen staatlichen Behörden gewiß mit aller Vorsicht vorgegangen wird (Zwischenrufe), und daß der Einwurf, daß wir etwa ein Vergnügen daran finden, mit solchen Mitteln die Ordnung aufrechtzuerhalten, haltlos ist. Darauf aber muß die Regierung bestehen, daß dem Geschehene Achtung verschafft werde, und daß derjenige, der sich gegen das Gesetz vergeht, auch entsprechend zur Verantwortung gezogen werde. (Lärm.) Sobald ich über den Vorfalle nähere Nachrichten haben werde, werde ich nicht ermangeln, dieselben zur Kenntnis des hohen Hauses zu bringen. (Zwischenrufe; allseitige Unruhe.) Abgeordneter Fressl verweist auf die Triester Vorfälle sowie auf andre Umstände und erklärt, wenn ein Staat nur durch Bajonette und Flinten gegen die eignen Volksgenossen aufrechterhalten werden könne, so verdiene er nicht aufrechtzuerhalten zu werden. Redner bespricht die traurige Lage der Bauarbeiter, beklagt die Einflußlosigkeit im Parlament und verlangt strengste Verhaftung der Schuldigen sowie Erlass von Instruktionen zur Vermeidung von Wiederholungen solcher blutigen Vorfälle. Der Präsident teilt mit, der Antragsteller habe den Antrag dahin abgeändert, daß die Regierung angefordert werde, „ohne Säumnis“ Aufklärungen zu geben. Abg. Daszhuski erklärt im Schlußwort, der Ministerpräsident sei in derartigen Fällen nie genügend unterrichtet. Aus dem Polizeibericht gehe hervor, daß sechs Husaren durch Steinwürfe verwundet, drei Arbeiter durch Gewehrschüsse schwer und 20 leicht verwundet seien. Es sei also jedenfalls geschossen worden. Das Haus müsse verlangen, daß die Angelegenheit so rasch als möglich geklärt werde. Die Dringlichkeit und das Veritorium des Antrages werden hierauf angenommen. Nächste Sitzung morgen.

#### Explosion.

Lemberg, 2. Juni. In den Erdwachsgruben der Länderbau in Bortolow fand eine Explosion giftiger Gase statt. Hierbei wurden 16 Personen getötet und 10 schwer verwundet. Die Rettung der noch am Leben befindlichen Arbeiter gestaltet sich sehr schwierig.

#### Unterhand.

London, 2. Juni. (W. S. O.) Balfour erklärt: Es giebt gewisse wichtige Punkte, die in dem eben verlesenen Schriftstück (siehe Leitartikel), welches das am Sonnabendabend unterzeichnete Dokument ist, nicht enthalten sind. Milner hat an Chamberlain eine Depesche geschickt, welche das verlesene Schriftstück ergänzt und in der es heißt: Nachdem ich den Vorendbegleiteten eine Abschrift des Entwurfs des Abkommens eingehändig hatte, las ich ihnen folgende Erklärung vor und gab ihnen eine Abschrift derselben, nämlich: Die Behandlung der Kap- und Natal-Kolonien, die im Aufstande waren und die sich jetzt ergeben, wird, wenn sie nach ihren Kolonien zurückkehren, von den kolonialen Regierungen und gemäß den Gesetzen der Kolonie entschieden; britische Unterthanen, die sich dem Feinde angeschlossen haben, werden dem Gerichtsverfahren des Teiles des britischen Reiches entworfen, dem sie angehören. Die britische Regierung ist von der Kapregierung benachrichtigt worden, daß ihre Ansichten hinsichtlich der Bedingungen, die denjenigen britischen Unterthanen, welche jetzt im Felde stehen oder sich ergeben haben oder seit dem 12. April 1901 gefangen worden sind, gewahrt werden sollen, folgende sind: Gewisse Soldaten sollen, nachdem sie sich ergeben und ihre Waffen ausgeliefert haben, vor dem Magistrat des Distriktes, wo die Uebergabe erfolgt, ein Schriftstück unterzeichnen, in welchem sie sich des Hochverrats schuldig bekennen; ihre Strafe soll, vorausgesetzt, daß sie nicht des Todes oder einer Handlung schuldig sind, die gegen die Gebote zivillistischer Kriegsführung verstößt, darin bestehen, daß sie lebenslanglich nicht des Rechts sind, in die Wählerlisten eingetragen zu werden, oder bei Parlaments-, Provinzialrats- oder Municipalwahlen zu stimmen. Friedensrichter, Feldkornets und überhaupt alle Personen, die eine antilige Stellung unter der Kapregierung oder eine autoritative Stellung bezw. ein Kommando bei den Rebellen oder Burgher-Streitkräften hatten, sollen wegen Hochverrats vor die gewöhnlichen Gerichtshöfe des Landes oder vor solche Gerichte gestellt werden, die dafür gesetzlich gebildet sind; ihre Bestrafung soll diesen Gerichten mit der Maßgabe überlassen sein, daß unter keinen Umständen Todesstrafe zu verhängen ist. Die Regierung von Natal ist der Ansicht, daß die Rebellen gemäß dem Gesetze der Kolonie zu behandeln sind. Balfour fährt dann fort: Das Abkommen ist unterzeichnet worden von Milner und Milner im Namen der englischen Regierung, von Steijn, Dewet, Olivier, Hergoo im Namen der Orange-Regierung und von Schall Burger, Reij, Louis Botha und Delarey im Namen der Transvaal-Regierung.

#### Zum Tode verurteilt.

Petersburg, 2. Juni. (W. S.) Der Altkämmerer Leckerl, der bekanntlich den Generalgouverneur v. Wahi verwundet hatte, wurde zum Tode verurteilt.

#### Vom Kohlengrubenarbeiter-Streik.

Aus New York meldet die „Frankf. Ztg.“ vom 2. Juni: Im Streik der Kohlengrubenarbeiter ist heute ein kritischer Tag, da die Frage, ob der Streikbeschuß des Kampens- und Wafmenpersonals allgemein befolgt wird, heute zur Entscheidung kommt. Das Personal der New Yorker Centralbahn beschloß, den Streikenden durch einen Streik zu helfen, sobald jene das verlangen.

Frankfurt a. M., 2. Juni. (W. S.) Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus New York ist der Standort Hochway-Brach halb verbrannt. Drei Personen wurden getötet, viele verletzt. — Der Vulkan Colima in Mexiko ist derzeit thätig, daß voraussichtlich die gegenwärtig im Bau begriffene Verlängerung der Mexikaner-Centralbahn eine Aenderung der Route notwendig macht.

Athen, 1. Juni. (W. S. O.) Berichtsweise verlautete, daß sich auf dem heute vormittag in Piras eingetroffenen Dampfer „Cherbourg“ die Familie Humbert befinde. Der Dampfer „Cherbourg“ kam von Liverpool. Die Polizei in Piras stellte die genauesten Nachforschungen an. Dieselben waren jedoch ergebnislos.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 2. Juni, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Graf v. Bülow, Frhr. v. Rheinbaben, Müller.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Anträge der Abg. Graf zu Limburg-Stirum (L) und Genossen, sowie der Abg. Frhr. v. Hedlich-Neulirch (H.) und Genossen, betreffend Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes.

Der Antrag des Abg. Graf zu Limburg-Stirum, der von Konservativen und Centrums-Abgeordneten unterschrieben ist, lautet folgendermaßen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat dafür einzutreten, daß den von der Mehrheit der Reichstags-Zolltarif-Kommission ausgesprochenen Wünschen, auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes über die Zolltarifvorlage hinaus, entsprochen werde.

Dazu legt vor ein Interimstrat des Frhr. v. Hedlich-Neulirch (H.), der folgenden Wortlaut hat: Den Antrag des Abg. Graf zu Limburg-Stirum in folgender Fassung anzunehmen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat dafür einzutreten, daß eine Verständigung mit dem Reichstage betreffend die von der Zolltarif-Kommission geforderten Verstärkungen des Zollschutzes für die Landwirtschaft über die Sätze der Zolltarifvorlage hinaus herbeigeführt werde.

Es ergreift das Wort

Ministerpräsident Graf v. Bülow:

Zu den vorliegenden Anträgen der Abg. Graf Limburg-Stirum und Frhr. v. Hedlich-Neulirch habe ich namens der königlichen Staatsregierung folgende Erklärung abzugeben: Die königliche Staatsregierung lehnt es ab, an der Beratung dieser Anträge sich zu beteiligen. (Unruhe rechts.) Der dem Reichstage vorliegende Entwurf eines Zolltarifs bildet ein nach langen und mühevollen Verhandlungen unter den verbündeten Regierungen zu stande gekommenes Kompromiß. Nach der Reichsverfassung und insbesondere nachdem der Entwurf eines Zolltarifgesetzes nebst Zolltarif im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt ist und zur Zeit der Gegenstand der Beratungen der zu diesem Zweck gewählten Zolltarif-Kommission bildet, gehört diese Materie zur ausschließlichen Kompetenz des Reichstages. (Sehr wahr! links.) Die gleichzeitige Beratung des Gegenstandes in den einzelstaatlichen Landtagen und namentlich in demjenigen des größten Bundesstaates kann nur den Zweck verfolgen, von den parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten aus eine Beeinflussung auf die Beschlußfassung des Reichstages auszuüben. (Zustimmung links.) Eine solche Tendenz würde der Reichsverfassung nicht entsprechen. (Sehr richtig! links.) Wie der Bundesrat sich bisher von Beratungen über solche Gegenstände im Reichstag ferngehalten hat, welche durch die Reichsverfassung dem Reich nicht zugewiesen sind, also der Zuständigkeit der Einzelstaaten vorbehalten sind, ebenso muß es die königliche Staatsregierung sich ihrerseits versagen, ihren übrigen an zuständiger Stelle wiederholt und unabweislich dargelegten Standpunkt, betreffend der zur Kompetenz des Reichstages gehörigen Zolltarif in diesem hohen Hause näher zu entwickeln. (Beifall links. Große Unruhe rechts.)

Ministerpräsident Graf v. Bülow und die übrigen Vertreter der Staatsregierung verlassen nach Verlesung dieser Erklärung den Saal. Nachdem die Langandauerde Unruhe der Rechten sich gelegt hat, ergreift das Wort

Abg. Dr. v. Seydewitz und der Laß (L.):

Ich bin der Meinung, daß, wenn die Vertreter der königlichen Staatsregierung die Begründung meiner Anträge, die ja noch gar nicht erfolgt ist, gehört hätten, sie vielleicht eine andre Stellung eingenommen hätten. (Sehr wahr! rechts.) Ich kann nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß die Regierungsvertreter nicht wenigstens der preussischen Volksvertretung die Ehre erwiesen haben, die Gründe anzuhören, aus denen die Mehrheit derselben (Sehr richtig! rechts) — die doch auch eine Ahnung hat von dem Rechte des preussischen Staats und seinen Verpflichtungen der deutschen Reichsverfassung gegenüber (Stürmischer Beifall rechts) — zu diesem Antrag gekommen ist. Selbstverständlich kann ich es mir nicht versagen, hier näher auseinanderzusetzen, von welchen Motiven die Unterzeichner dieses Antrages, hinter dem ohne jede Ausnahme meine ganze Partei steht, geleitet worden sind. Wir haben diesen Antrag eingebracht zu einer Zeit, als sich bei den Beratungen der Zolltarif-Kommission im Reichstage zeigte, daß die Vertreter des Bundesrats nicht geneigt waren, über den in der Zolltarif-Vorlage gebotenen Zollschutz hinauszugehen. Die Mehrheit dieses Hauses kann dieses Verhalten der preussischen Regierungsinstanzen vom preussischen Standpunkt aus nicht billigen. Wir hatten gehofft, daß unsere Stellungnahme die preussische Regierung in irgend einer Weise beeinflussen würde; das ist nicht geschehen. Es ist jetzt ein gewisser Abschlus erreicht, nachdem die Zolltarif-Kommission, die die agrarischen Ziele betreffen, erledigt sind. Außerdem stehen wir kurz vor dem Schluß der Session, und die Wähler werden an uns die Frage richten, was wir getan haben zum Schutze der landwirtschaftlichen Interessen? Ich weiß wohl, daß das andre Wähler sind, als die Wähler zum Reichstag (Sehr richtig! links), aber sind Sie denn der Meinung, daß unsere Wähler schlechter sind? (Sehr gut! rechts.) Wir wünschen die Verstärkung des agrarischen Zollschutzes, wie ihn die Mehrheit der Zolltarif-Kommission gefordert hat, und wünschen, daß die preussische Regierung im Bundesrat in dieser Richtung Stellung nimmt. Kommt Herr v. Hedlich eine andre Fassung des Antrages vorgeschlagen. Ich bedauere, daß wir für keinen Antrag nicht stimmen können. Er wünscht eine Verständigung, wie und wo dieselbe aber gefunden werden soll, ist nicht so klar ausgesprochen, daß wir wissen, wohin die Reise geht, und wenn die Reise etwa hinter die Beschlässe der Zolltarif-Kommission zurückgeht, so bedauere ich, daß wir das nicht mitmachen können. (Bravo! rechts.) Wir halten es nicht für richtig, daß zurückgegangen wird hinter jene sehr mächtigen Forderungen die dort aufgestellt sind. Ueber die Haltung des Bundesrats in der Kommission sind wir einigermassen erstaunt gewesen und auch im Lande versteht man diese Haltung nicht. Selbst gegen die Erhöhung der Maximalsätze bei den Getreidezöllen haben die Vertreter der Regierung protestiert. Je höher aber die Maximalsätze sind, desto mehr hat die Regierung doch zu bieten. Es sind sogar Stimmen laut geworden, die behaupten haben, daß Deutschland sich dem Auslande gegenüber auf die Sätze des Tarifs bereits gebunden habe. Eine solche Unterstellung müssen wir als mit der Würde des Deutschen Reiches unvereinbar auf das entschiedenste zurückweisen. (Bravo! rechts.) Der große Staatsmann Fürst Bismarck hatte eine ganz andere und wie uns scheint, richtige Ansicht über das Recht der Einzelstaaten. Ich bedauere, daß kein Vertreter der Regierung anwesend ist, um diese Ansicht des „großen Vorgängers“ zu hören. Er meinte, es gehöre zur inneren Grundlage des föderativen Charakters des Reiches, daß auch die Einzelstaaten in solchen wichtigen Fragen ihre Stimme erheben können. — Wir schließen uns an die Vorlage des Fürsten Bismarck vom Jahre 1857 an, mit der sich die Beschlässe der Zolltarif-Kommission im wesentlichen decken. Seit jener Zeit haben sich die Verhältnisse für die Landwirtschaft nicht gebessert, sondern verschlechtert. Die Landwirtschaft hat kein wesentliches Interesse an langfristigen Handelsverträgen, sie muß es ablehnen, dafür

Opfer zu bringen in einer Höhe, die ihren Lebensnerv durchschneidet. Sämtliche Vertreter der deutschen Landwirtschaft haben betont, daß das, was die Zolltarif-Kommission verlangt hat, noch weit zurückbleibt hinter dem, was eigentlich im Interesse der Landwirtschaft liegt.

Es handelt sich hier für uns wahrlich nicht um eine Kleinigkeit. Wir fühlen die Augen der gesamten preussischen Landwirtschaft auf uns gerichtet. Die Vertreter der Regierung hätten sich doch sagen müssen, wie sehr bereits das Vertrauen der preussischen Landwirte zur Staatsregierung erschüttert ist. (Zustimmung rechts.) Die Regierung sollte doch bedenken, welche wirtschaftliche Bedeutung und welcher großen idealen Wert die Landwirtschaft für den preussischen Staat hat. Wir wünschen nicht in das Land hineingehen, ohne offen vor dem Lande ausgesprochen zu haben, daß wir das Vertrauen der Landwirtschaft nicht säubren und daß wir den ganzen Ernst der Situation zu würdigen wissen. Deswegen bitte ich Sie, nehmen Sie meinen Antrag an! (Stürmischer, anhaltender, sich immer wiederholender Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Hedlich-Neulirch (H.):

Ich habe im Namen meiner politischen Freunde eine Erklärung abgegeben. Unser Antrag beruht auf der Auffassung, daß die verbündeten Regierungen unbedingt den Interessen des Volkes und speziell der deutschen Landwirtschaft mit ihrem Zolltarifentwurf zu entsprechen wünschten und daß nur Meinungsverschiedenheiten darüber beständen, welches Maß des Zollschutzes für die Landwirtschaft mit den Lebensbedingungen der übrigen Bevölkerungsschichten vereinbar ist. Wie die Vorschläge der verbündeten Regierungen das Ergebnis sorgfältiger Erwägungen sind, und nach der Erklärung des Ministerpräsidenten einen Ausgleich zwischen den verschiedenartigen Interessen bilden sollen, so beruhen auch die Beschlässe der Zolltarif-Kommission auf eingehender Erwägung der Frage, welches Maß von Zollschutz der Landwirtschaft zukommt. Die Mehrheit der Kommission hat auf weitergehende Wünsche verzichtet, in dem Vertrieben eine mittlere Linie im Widerspruch der Interessen festzuhalten. Bei dieser Sachlage ist es nicht im Interesse der beiden Faktoren der Reichsgesetzgebung gemeinsamen Zieles, wenn die verbündeten Regierungen nicht zu einem Entgegenkommen gegenüber den Beschlässen der Zolltarif-Kommission bereit wären. Deshalb muß eine Verständigung der leitenden Gesichtspunkt für die weitere Behandlung der Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle bleiben. Der preussischen Regierung, als derjenigen des größten Bundesstaates, kommt es in erster Linie zu, im Bundesrat auf einen Ausgleich zwischen den abweichenden Standpunkten der beiden gesegneten Körperschaften hinzuwirken. Hierin liegt unzweifelhaft unsere Legitimation, uns in dieser Angelegenheit an die Regierung zu wenden. (Sehr richtig! rechts.) Im Verfassungsleben bildet das Kompromiß den regelmäßigen Weg zur Friedigung von Meinungsverschiedenheiten.

Wir halten eine eingehende Erörterung der bestehenden Streitfragen zur Zeit nicht für zweckmäßig. Sie könnte leicht dazu führen — und ich glaube, die Vorgänge des heutigen Tages sprechen nur zu sehr für die Berechtigung dieser Festsetzung —, die Erreichung des gemeinsamen Zieles zu erschweren. Wir wollen uns daher an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen und beschränken uns auf diese Erklärung. Wir werden, falls unser Antrag abgelehnt werden sollte, bei der weiteren Abstimmung uns der Stimme enthalten. Wir bitten Sie, durch Annahme meines Antrages das Schicksal der Vertretung des preussischen Volkes in die Waagschale zu werfen für die Interessen der heimischen Landwirtschaft und des ganzen heimischen Erwerbslebens. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. v. Cohnen (natl.): Ich habe folgende in der heutigen Fraktionsitzung meiner politischen Freunde festgestellte Erklärung abgegeben: Die nationalliberale Fraktion muß es ablehnen, zu den in den vorliegenden Anträgen angeregten Fragen in dem Augenblick, wo diese Fragen der Beratung des Reichstages unterliegen, im preussischen Landtag Stellung zu nehmen. Wir werden deshalb gegen beide Anträge stimmen. (Beifall links; anhaltendes Geschlatter rechts.)

Abg. Herold (C.):

Die ablehnende Haltung, die die Regierung vielen Beschlässen der Zolltarif-Kommission gegenüber eingenommen hat, zieht uns und der konservativen Fraktion das Recht, diese Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen, um der Regierung unabweislich den Standpunkt des preussischen Landtags darzulegen. (Zustimmung im Centrum und rechts.) Wenn sich hier eine geschlossene Majorität in der Frage der landwirtschaftlichen Zölle findet, so kann diese Ausdehnung der Volkstimme der Regierung nicht vollständig gleichgültig sein.

Das Recht des Landtages, die Angelegenheiten des Reichstages zur Sprache zu bringen, kann gar nicht bestritten werden. Dafür gibt es viele Präcedenzfälle. (Sehr richtig! rechts.) Ich brauche nur auf den seligen Finanzminister v. Miquel hinzuweisen, der hier so oft die Reichs-Finanzreform zur Sprache gebracht hat. Die Zolltarif-Kommission hat weitgehende Rücksicht auf die Wünsche der Regierung genommen und auf die Durchsicht eigener Wünsche verzichtet. Die von der Kommission an dem großen Wert vorgenommenen Änderungen sind so ungeschicklicher Natur, daß die Stellung der Regierung kaum zu verstehen ist. Man darf nicht so weit gehen, zu sagen: Handelsverträge unter allen Umständen! Wenn wir nicht gewisse Minimalpreise für landwirtschaftliche Zölle gesichert erhalten, ist es besser, gar keine Handelsverträge! (Zustimmung rechts und im Centrum.) Was wird nun geschehen, wenn am Widerstand der Regierung die ganze Vorlage scheitert? Dann wird die in allen Teilen des Reiches so stark angewachsene landwirtschaftliche Bewegung sich steigern zu einer Erbitterung, die zur Folge haben wird, daß alle gemäßigten Elemente im öffentlichen Leben von der Bildfläche verschwinden. Der Reichstagspräsident sprach bei der Einbringung der Zolltarif-Vorlage im Reichstag von der Notwendigkeit „gemeinsamer Arbeit“. Gemeinsame Arbeit bedeutet doch aber keine Unterwerfung. Wir können von der Reichsregierung Rücksicht auch auf unsere Wünsche verlangen. (Beifall rechts und im Centrum.) In einem späteren Stadium der Verhandlungen betonte der Reichstagspräsident, daß eine Verständigung herbeigeführt werden müsse. Jetzt aber scheint die Regierung diese so nötigem in der Zolltarif-Kommission erzielte Einigung künstlich wieder zerschören zu wollen. Es ist geradezu eine Pflicht des größten deutschen Bundesstaates, in der Frage des Zolltarifs eine führende Stellung zu nehmen. Ich bin fest überzeugt, daß der heutige Beschluß der unzweifelhaft gefaßt werden wird, dem Lande zum Segen gereichen wird. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Seit einigen Tagen scheint sich hier eine eigenartige Sitte herauszubilden: vor einigen Tagen haben die Polen diesen Saal verlassen (Heiterkeit), weil sie sich an der Verhandlung nicht beteiligen wollten, und heute ist die Staatsregierung aus denselben Gründen abgezogen. (Erneute Heiterkeit.) Es ist uns auch im Reichstage einmal passiert, doch Fürst Bismarck mit allen seinen Staatssekretären abgezogen, weil ein Antrag, den wir gestellt hatten, nach seiner Ansicht nur zur Zuständigkeit des preussischen Landtags gehörte. Bei der Kanalvorlage hat man uns als „tertium gaudentes“ bezeichnet. Damals waren wir aber nicht gerade gaudier, im Gegenteil, wir gehörten zu den Leidtragenden. Heute sage ich Ihnen ganz offen: Ein gewisses Gaudium empfinde ich. (Große Heiterkeit links.) Ich bin in der That unteilhaft, weil der Standpunkt des Reichstags in der Zolltarif-Vorlage zwar ebenso mannehrbar ist wie der Standpunkt der Antragsteller. Auf das Schicksal des heutigen

Tages habe ich mich schon seit Monaten gefreut. (Große Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Ich habe es gar nicht erwarten können, bis der Vorhang aufgezoogen wurde. Aber man hörte nichts und hörte nichts. Sollte die Vorstellung abgefeilt sein aus irgend welchem unfaßbaren Hindernis? Nein — plötzlich ist jetzt die Sache in Scene gegangen, ganz unerwartet selbst für diejenigen, die an der Rechte beteiligt sind. So bellagte sich Abg. Graf Kanitz am vorigen Freitag in der Zolltarif-Kommission darüber, daß die nächste Sitzung der Kommission erst am Dienstag stattfinden sollte. Er habe dann nichts zu thun und müsse bis Dienstag in Berlin herumhangeln. (Große Heiterkeit.) Nun ist plötzlich der Arbeitslosigkeit des Grafen Kanitz abgeholfen. Der Antrag beweist, daß die Konservativen vielmehr von der Notwendigkeit einer parlamentarischen Regierung überzeugt sind, als man bisher geglaubt hat. Sie wollen hier die Regierung verantwortlich machen für die Stellung des Bundesrats in einer dem Reichstage vorgelegten Angelegenheit.

Als unparteiischer Dritter kann ich zugeben, daß die Herren von der Rechten über die Haltung des Grafen Bülow etwas verwundert sein können. Bei seiner Antrittsvisite hier im Hause hat er gerade in Verbindung mit der Kanalvorlage auch über die Zollfrage gesprochen und ebenso hat er bei Gelegenheit des Antrages des Grafen Limburg eine Erklärung hier im Hause abgegeben. Andererseits aber finde ich doch auch die Haltung der Herren von der Rechten sehr merkwürdig. Sie haben doch von morgen ab Gelegenheit, jeden Tag den Grafen Bülow im Reichstag zu sprechen. Allerdings ist der Zolltarif in der Kommission. Diese kann aber jeden Tag beschließen, durch Vorbericht die Sache ans Plenum zu bringen. Auch habe ich mich sehr gewundert, daß das Centrum einen solchen Antrag unterschreiben konnte; hat doch der Abg. Spahn erklärt, die Kommissionsberatungen legten in seiner Weise die Partei fest. Er hat sogar der Regierung die staatsrechtliche Befugnis abgeprochen, in der Kommission endgültige Erklärungen abzugeben. Im Centrum gibt es ja einige Herren, die sind gar nicht so wilde Agitatoren, z. B. die Herren Speck und Timborn. Herr Timborn vertritt ja auch den Wahlkreis Köln, der gar kein Interesse an landwirtschaftlichen Zöllen hat. Ebenso hat sein Kollege Fuchs den Antrag nicht unterschrieben. Es ist überhaupt interessant, daß die zehn Centrums-Abgeordnete, welche den Antrag nicht unterschrieben haben, durchweg in industriellen Wahlkreise vertreten. (Große Heiterkeit links.)

Sie wollen, das ist der zweite Zweck Ihres Antrages, hören, wie der Reichstagspräsident eigentlich denkt. Eigentlich müßten Sie das doch schon wissen nach seiner Rede auf dem Festmahle des deutschen Landwirtschaftsrats. Es ist ja allerdings schließlich zu verstehen, daß nach den Vorgängen bei der Kanalvorlage auch die bestimmtesten Erklärungen vom Regierungstisch keinen großen Eindruck auf parlamentarische Vertreterschaften mehr machen. (Sehr richtig! links.) Die Ausführungen des Abg. v. Seydewitz klangen weniger wie eine Rede als vielmehr ein Hornensandbruch. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Aus ihm sprach mehr eine gewisse Erregung, hervorgerufen durch die dramatische Situation, ob aber das Groß der Konservativen im Reichstag an dieser Haltung festhält, das erscheint mir überaus zweifelhaft. Graf Limburg-Stirum hat einmal erklärt, die Landwirtschaft könne keinen besseren Reichstagspräsidenten haben als den Grafen Bülow. Da gebe ich ihm ja durchaus recht. Gehört hat es noch nie einem so agrarischen Reichstagspräsidenten gegeben wie den Grafen Bülow, einen besseren Kameraden finden Sie (nach rechts) nicht, gehen Sie nur im gleichen Schritt und Tritt an seiner Seite, sonst erleben Sie Schaben. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Im Lande lauten die Erklärungen der Vertreter des Bundes der Landwirte ganz anders. Der Vorsitzende des Verbandes dieses Bundes für Westpreußen, Herr von Oldenburg, hat erklärt, er sei kein Unmensche, er nehme keinen extremen Standpunkt ein, sondern er werde sich mit dem begnügen, was zu bekommen sei. (Hört! hört! links.) So wird es auch schließlich mit Ihnen allen gehen. Wenn Sie nicht mehr bekommen vom Grafen Bülow, dann nehmen Sie, was Sie kriegen, denn den besten Reichstagspräsidenten werden Sie doch nicht verlieren wollen. (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Herr v. Wangenheim hat ja in der Zolltarif-Kommission nicht für das Kompromiß gestimmt. Das gehört zum Ganzen. Herr v. Wangenheim muß hohe Forderungen stellen, damit desomehr gehandelt werden kann. (Sehr richtig! links.) Ebenso hat es ja auch der kirchliche Bänder Graf Spee gemacht. Das ist dieselbe Couleur in Schwarz. (Große Heiterkeit links.) Dann können nachher die Konservativen sagen: Was für zufriedene Leute sind wir doch, daß wir uns mit so wenigem zufrieden geben. (Große Heiterkeit.) Wenn es schließlich doch anders käme, wenn das Unbegreifliche Ereignis werden würde, wenn die Waffer zu tief sind, daß Agrarier und Reichstagspräsident nicht zusammenkommen könnten, was wäre denn das für ein Unglück. Dann schließen wir mit den Herren auf der Rechten ein Bündnis und dann verwerfen wir mit Ihnen gemeinsam den ganzen Zolltarif und sind wieder einträchtige Freunde. (Stürmische Heiterkeit.) Noch besser wäre es ja, wenn die Regierung den Entwurf überhaupt zurückziehe. Dann erpökte sie in dieser Gräßliche des Sommers den Ministern und den Abgeordneten mit und ohne 2000 M. die Sitzungen. Sie hätte dann schätzbares Material für die Handelsverträge-Verhandlungen gewonnen und so lange solche nicht zu stande kommen, könnte sie die bestehenden Handelsverträge prolongieren. Ist erst ein neuer Reichstag hervorgergangen aus den nächsten Wahlen, dann werden die Verhandlungen viel leichter zum Abschluß kommen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Fuchs (C.):

Es gilt vor allem, der nationalen Produktion eine entsprechende Verwertung zu sichern. Davon hängt die Höhe des Nationalwohlstandes ab. Die ganze Weiterführung der Sozialreform hängt indes ab von der Höhe des Nationalwohlstandes. Die Agitation gegen den Zolltarif ist nichts weiter als eine Spekulation auf die Dummheit der Massen. Der Antrag will nichts weiter als der Regierung den Rücken stärken. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.): Herr Fuchs hat es so darzustellen gesucht, als ob es sich bei dem Antrag um darum handle, der preussischen Regierung in der Zolltarif-Kommission den Rücken zu stärken. Warum haben das die Herren dem Grafen Bülow nicht vorhergesagt? Du sollst ja keine Verbindung vor den Agrariern machen, sondern gerade eine recht anfechtbare Haltung einnehmen. (Heiterkeit links.) Sehr erkaunt war ich, daß Herr v. Hedlich gegenüber der Erklärung des Ministerpräsidenten vollständig die Sprache verloren hatte. Daß jemand diesen Antrag einbringt und es nicht einmal für erforderlich hält, ihn zu begründen, ist, glaube ich, ein Novum in der parlamentarischen Geschichte. Ich habe es mit Freuden begrüßt, daß die Regierung des größten deutschen Bundesstaates, den Versuch eines Einzelhandlages, sich in die Geschäfte des Reiches einzumischen, klug und klar abgewiesen hat. Die Regierung hat diese Instruktionen zu empfangen von ihrem Parlamenten. In Bezug auf die Reichspolitik hat sie sich allein mit dem Reichstag zu verständigen. Verfolgt man die Ansicht des Abg. v. Hedlich bis in die äußersten Konsequenzen, so bilden die Einzelparlamente eine Kontrollfunktion der Reichspolitik. Ein solches Vorgehen halten wir durchaus für unkonstitutionell. (Sehr richtig! links.)

Die Sozialdemokratie ist hier nicht mit einer Stimme vertreten. Aber gerade ihre mehr als zwei Millionen Wähler stellen jene Massen von Bürgern dar, die durch jede Erhöhung der Lebensmittel vorzugsweise getroffen werden. Daher ist dies Parlament am allerwenigsten legitimiert, über diese Frage ein Urteil von einiger Bedeutung zu fällen. — Die Situation, die sich jetzt infolge des Antrages herausgestellt hat, kann uns ja nur mit Befriedigung

fällen. Die Agrarier können nach ihren bestimmten Erklärungen nicht mehr zurück, es ist also zu hoffen, daß sie die ganze Vorlage ablehnen werden. Unser Kampf richtet sich ebenfalls gegen die Vorlage, nicht etwa gegen die ausschweifenden Pläne der Agrarier. Diese haben uns ja bisher den größten Teil der Agitation abgenommen. Unser eigentlicher Kampf beginnt erst, wenn es schließlich doch zu einer Verständigung zwischen Agrariern und Regierung kommt. (Bravo! links.)

#### Abg. v. Wangenheim (l.):

Der preussische Landtag hat unbedingt das Recht, sich mit seiner Regierung darüber auszusprechen, wie die große Mehrheit unserer Wähler im Lande denkt. Die Haltung des Bundesrats wollen wir nicht beeinflussen, halten es aber für unsere Pflicht, unsere Regierung über die Stimmung im Hause nicht im Unklaren zu lassen. — Nach der Rede des Herrn Barth verstehe ich mir nicht, weshalb die Herren nicht dafür sorgen, daß einige Socialdemokraten in dies Haus einziehen. Sie werden ja kommen, aber über Ihre Leiden (Heiterkeit rechts). Protest einlegen muß ich aber dagegen, als ob die Socialdemokratie Arbeiterinteressen vertritt; bisher hat sie sich als die ärgste Feindin des Wohles der Arbeiter erwiesen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Richter hat ja heute eine seiner besseren Reden gehalten, mit bloßen Witzeln kommen wir aber um die Sache nicht herum. (Unruhe links.) Die Situation ist außerordentlich ernst. Nachdem die Landwirtschaft das vorige Mal die Fische gezahlt hat, sind wir dagegen, daß dies zum zweitemale geschieht. Uns kam es darauf an, Arbeit zu schaffen, und ich freue mich mit Herrn Barth, daß das geschehen ist. Wir haben ja in den letzten Jahren sehr viel schöne Worte von der Regierung gehört. Die Wärme der Erklärungen hat im Gegensatz zur Temperatur draußen mehr und mehr abgenommen. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Bisher hat man im Lande diesen Versicherungen geglaubt, dieser Glaube schwindet mehr und mehr. Ich bin der Überzeugung, daß Deutschland heute wirtschaftlich am Scheidewege steht und zwar zum letztenmal. Kommen Handelsverträge gleich den bisherigen zu stande, dann ist die deutsche Landwirtschaft endgültig fertig. Das Vertrauen zum Hohenzollernhause ist im bedenklichen Schwund begriffen. Wenn es so weiter geht, werden allerdings die Freunde des Herrn Barth, die Socialdemokraten sehr bald hier einziehen. Wir haben unsere Pflicht getan, die weitere Verantwortung fällt auf die Regierung. (Stürmisches Bravo! rechts.)

#### Abg. Dr. Sattler (nall.):

Es ist mir im parlamentarischen Leben bisher nicht vorgekommen, daß, wie heute Herr v. Zedlig es getan hat, ein Antragsteller erklärt, sich an den Verhandlungen über seinen eigenen Antrag nicht weiter beteiligen zu wollen. Fürst Bismarck hätte sich eine solche Einmischung, wie sie heute Graf Limburg vornehmen möchte, entschieden verboten. Warum ist eigentlich gerade der jetzige Zeitpunkt zur Beratung der bereits am 11. März eingebrachten Anträge gewählt worden? Darüber hat uns bisher noch kein Mensch etwas verraten. Die Konservativen behaupten zwar, sowohl die Interessen der Landwirtschaft wie der Industrie zu vertreten. Nun, wie Sie sich der Industrie annehmen, das haben Sie bei der Kanalvorlage gezeigt. (Großer Lärm rechts.) Die Situation ist in der That ernst, zumal wenn infolge der agrarischen Forderungen überhaupt kein Zolltarif zu stande kommt und die Zollfragen zur Parole der nächsten Reichstags-Wahlen werden. Das würde zu einer schlimmen Verengung der verschiedenen Bevölkerungsklassen führen. Ich fürchte, wenn Sie (nach rechts) so fortfahren, so wird es Ihnen trotz oder vielleicht infolge dieses Antrages so gehen, wie dem verführten Lohgucker, dem die Helle weggeschwommen sind. (Heiterkeit und Weisfall links, Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Becker (l.) erklärt, daß das Abgeordnetenhaus durchaus berechtigt sei, die Zollfragen zu erörtern, und daß die Regierung die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern der Vorlage trage.

#### Abg. Ehlers (fr. Bg.):

Die große Kluft der Rechten und des Centrums ist ohne Zweifel mifflungen. (Gelächter rechts.) Herr v. Wangenheim hat nur den Rückzug durch seine Kanonade zu bedenken gesucht. Wie kommt Herr v. Wangenheim zu der Auffassung, daß die Socialdemokraten die schlechtesten Vertreter der Arbeiterschaft sind? Jedenfalls giebt es in Preußen auch Leute, die der Meinung sind, daß der Bund der Landwirte und die Konservativen nicht die geeigneten Vertreter der Landwirtschaft sind. (Große Unruhe rechts.) Es wäre geradezu ein Unglück für die preussische Landwirtschaft, wenn die Forderungen des Bundes bewilligt würden. (Wärmende Jurise rechts.) Die Regierung hat im wahren Staatsinteresse gehandelt, wenn sie eine Stellungnahme zu den Anträgen ablehnt, und alle wahrhaft konservativen Männer sollten daher dem Grafen Wilow für seine heutige Erklärung dankbar sein. (Weisfall links, große Unruhe rechts.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Stimmen der Linken angenommen.

#### Persönlich erklärt

Abg. v. Oldenburg-Januschau (l.): Abg. Richter hat gesagt, ich sei Vorsitzender des Bundes der Landwirte in Westpreußen. Das ist richtig. Herr Richter hat weiter behauptet, ich hätte erklärt: „ich sei kein Unmensch und nähme, was ich beläme.“ Das habe ich niemals gesagt. Herr Richter sagte, er habe das gelesen — Writus sagt es, und Writus ist ein ehrenwerter Mann. Die Zeitung aber hat gelogen wie gewohnt! (Bravo! rechts.)

Abg. Richter (persönlich): Ich habe die citierte Äußerung des Herrn v. Oldenburg aus den Blättern des betreffenden Wahlkreises entnommen. Kein Blatt hat diese Äußerung berichtet. Das war allerdings vor der Wahl.

Abg. v. Oldenburg: Ich habe in einer schriftlichen Erklärung an meine Wähler ausdrücklich gesagt, daß ich nicht für den Regierungsentwurf stimmen würde, und ich stehe noch heute auf diesem Standpunkt. Ich habe diesen Aufruf vor der Wahl erlassen.

Darauf erhält das Schlußwort als Antragsteller

#### Abg. Graf Limburg-Stirum (l.):

Ich halte die Auffassung des Herrn Reichsanwalters, daß die Angelegenheiten des Reichstages hier nicht erörtert werden dürfen, nicht für richtig. Es ist etwas anderes, ob der Reichstag partikuläre Angelegenheiten behandelt oder die Einzellandtage Materien der Reichsgesetzgebung. Das letztere Recht hat die konservative Partei sich stets vorbehalten. (Sehr richtig! rechts.) Es ist psychologisch und politisch richtig, daß die Meinung der Interessententeile, die wir vertreten, hier zum Ausdruck kommen. Dadurch wird ein moralischer Einfluß erzielt. Das Bedenkliche der Situation liegt nicht darin, daß die Regierung heute ihre Meinung noch nicht sagt, sondern darin, daß der Landtag des größten Bundesstaates seine Ansicht über diese Dinge äußert. (Weisfall rechts und im Centrum.)

Der Antrag Frhr. v. Zedlig-Neukirch wird darauf in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Freikonservativen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Graf Limburg-Stirum ist auf Antrag des Abg. Dr. v. Heydebrand und der Laia (l.) eine namentliche. Es beteiligen sich an der Abstimmung 304 Abgeordnete, von denen sich 42 der Stimme enthalten. Von den übrigen bleibenden 262 stimmen 183 Abgeordnete (Konservative und Centrum) für, 79 gegen den Antrag. Der Antrag ist somit angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Zweite Lesung der Main-Rechtshaus-Vorlage; Interpellation Frhr. v. Wangenheim betreffend den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter; zweite Beratung der Anträge Trimbom betreffend die Förderung des Hand-

Werkes.)

Schluß 4 Uhr.

## Prozeß Sanden und Genossen.

Fünfter Tag.

Als ein ahnungsvoller Engel hat sich Herr Heinrich Schmidt erwiesen. Schon in einem Briefe, den er vor 16 Jahren an den damaligen Reichstags-Abgeordneten Robbe richtete, prophezeite er, daß der Weg nach Noabit führen werde. So langsam mahlen die Mühlen der Gerechtigkeit, wenn es sich um Vandalen handelt! Bierzehn Jahre noch nach diesem Eingeständnis konnte das edle Geschäft seine Fortsetzung finden; seine Unternehmungen sind inzwischen zu Geld, Macht, Titel und Orden gekommen und die andern Leute um ihr Geld.

Die Vertiefung des Noabit-Briefes war wohl die Sensation nicht bloß des gestrigen Tages, sondern der bisherigen Verhandlung überhaupt. Die Verteidiger steckten die Köpfe zusammen, der Staatsanwalt schmunzelte, und Herr Eduard Sanden schien sich bedenklich jenem Zustande seelischer Depression zu nähern, in dem er sich bei der Untersuchung in allem und jedem schuldig erklärt hatte. Es scheint ihm eine gewisse Befriedigung zu gewahren, daß sich bei diesem Fall Trojas auch das Schicksal seiner Kassandra erfüllt hat, und daß mit ihm auch sein jetziger Signatär den Weg nach Noabit gefunden hat.

Der Verteidiger Schmidt freilich triumphierte ein Weilschen, und dieser selbst erhob gegen Eduard Sanden die Anklage, daß er hinter seinem Rücken gehandelt habe. Herr Schmidt hat es aber deshalb nicht verschmäht, einen so hinterlädis vierzehn Jahre lang jährlich ein paar hunderttausend Mark in die Tasche wirtschastlich zu lassen. Nach seinem Briefe aus dem Jahre 1886 hat er das allerdings nur, um es nicht zum Skandal kommen zu lassen, getreu dem Grundsatz: Ein Skandal ist's, wenn man erwirbt wird.

Die Verteidigung verfuhr den Sachverstand zu führen, daß „nach Noabit kommen“ eine beliebige Redensart des Vandalen Schmidt sei, die weiter nicht viel zu sagen habe. Demnach sollte man fast annehmen, daß „Du kommst noch nach Noabit!“ ein beliebtes Scherzwort der Vandalenrede wäre. Ueberhaupt wird die Taktik der Verteidiger für die Bankwelt nachgerade ein wenig ungemächlich. Die Verteidiger suchen bei jeder der inkriminierten Handlungen nachzuweisen, daß dergleichen unter Hypothekenbanken allgemein üblich sei. Man weiß aus der bisherigen Verhandlung, daß dieser Prozeß unter einer Art von Sachverständigen-Voyage steht, und vielfach wird die Anklage der Vandalen, die Sache ihres ehemaligen Kollegen zu begutachten, auf die Scheu vor einer indiskreten Fragestellung der Verteidiger zurückgeführt. Mit der Besprechung des Strafs der „Grundvertrags-Gesellschaft für Berlin und Vororte“ begann man den Rattenkönig der kleinen Unterbanken und Vaugesellschaften aufzuwickeln. Hinter allen diesen Gesellschaften steht bekanntlich immer wieder Herr Eduard Sanden. Herr Sanden pumpt Herrn Sanden an, Herr Sanden borgt Herrn Sanden, Eduard Sanden zahlt Herrn Sanden oder zahlt ihm auch nicht. Kommt aber Herr Sanden, der Privatmann, nach Hause, so bringt er immer noch ein schönes Stümchen Geldes mit. Geschäftlichkeit ist keine Hysterie.

Trotzdem jetzt wenigstens der Apparat klappt und es an Sachverständigen nicht fehlt, geht es nur sehr langsam vorwärts. Ein Ende des Prozesses oder auch nur der Beweisaufnahme ist vorläufig noch gar nicht abzusehen.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Heide rich eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Als Sachverständiger ist Bücherrevisor Heide aus Stettin zur Stelle. Die Verhandlung beginnt mit einigen Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und dem Sachverständigen Geh. Hofrat Dr. Heide über einige Punkte der von diesem in voriger Sitzung gemachten Bemerkungen rechtlicher und kaufmännischer Natur. Sachverständiger Dr. Heide tritt der Ansicht der Verteidigung entgegen, daß die Aufnahme einer Hypothek auf ein Hypotheken-Geschäftshaus, wie im Falle der Preußenbank geschehen, einwandfrei sei.

Der Gerichtshof beschließt die von der Verteidigung beantragte Vorladung neuer Sachverständiger abzulehnen, weil vorläufig kein Bedürfnis dazu vorliege. Die Behauptungen bezüglich der Beleihung von Grundstücken der Hypothekenbanken werden als wahr unterstellt.

Als Zeuge wird hierauf Landes-Oekonomierat Robbe, Direktor der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft und bisheriger Vorsitzender des Evangelisch-socialen Kongresses, vernommen. Er war anfangs 1886, als er als Reichstags-Abgeordneter in Berlin weilte, in den Aufsichtsrat der Preussischen Hypothekenbank eingetreten und ebenso Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Grundschuldbank geworden. Er sei vollständig als Laie eingetreten und lediglich von dem Wünsche befehl gewesen, dieses Gebiet kennen zu lernen. Schon nach einem Jahre sei er wieder ausgetreten, weil er aus verschiedenen Vorkommnissen Grund zum Rücktritt und zu der Annahme hatte, daß in der Geschäftsführung der Preußenbank und der Grundschuldbank nicht alles nach soliden Grundsätzen gehandhabt würde. Er müsse dem Angekl. Heinrich Schmidt das Zeugnis geben, daß dieser offenbar mit dem ernstesten Bestreben von Nürnberg nach Berlin gekommen sei, in der Grundschuldbank in Gemeinschaft mit dem Aufsichtsrat etwas Nützliches zu leisten. Er habe aber bemerkt, daß zwischen den beiden Direktoren ein großer Antagonismus herrsche. Schmidt habe die erste Absicht gehabt, ein möglichst klares Verhältnis zwischen sich und Eduard Sanden zu schaffen, es sei ihm dies aber in dem gewünschten Maße nicht gelungen. Der Zeuge verliest ein längeres Promemoria, welches Heinrich Schmidt über diese Verhältnisse seiner Zeit dem Kuratorium unterbreitet hatte. Schmidt klagt darin sehr lebhaft über die selbstherrliche Art und Weise, in welcher Eduard Sanden ihm gegenüber die Geschäfte handhabte. Er selbst werde in seinem Bestreben, die Bank auf absolut solider Grundlage weiter zu entwickeln, fort und fort beengt und beiseite geschoben. Er spricht die Befürchtung aus, daß die damalige Art und Weise der Geschäftshandhabung schließlich noch „nach Noabit“ führen könnte. Aber Herr Sanden habe ja so großen Einfluß bei dem Aufsichtsrat und er selbst müsse sich schließlich fügen, wenn er es nicht zu einem Skandal kommen lassen wolle. In dem Promemoria sind noch zahlreiche Klagen über Herrn Sanden, und Heinrich Schmidt erklärt u. a.: Alles das kann einen

### chlichen Menschen zur Verzweiflung bringen!“

Der Zeuge Robbe erklärt ergänzend hierzu, daß das ganze Auftreten des Heinrich Schmidt etwas Ueberzeugendes für ihn hatte und offenbar das Streben zeigte, in der Deutschen Grundschuldbank ein vollkommen solides Institut zu gründen. Er selbst (Zeuge) sei durch einige Transaktionen, deren Berechtigung ihm nicht einleuchtete, mißtraulich geworden. Er habe unter anderem gesehen, daß immer mehr das Bestreben hervortrat, über ganz wichtige Dinge das Kuratorium nicht in der erforderlichen Weise zu informieren. So wurde in einem Bericht über den Geschäftsgang in einem bestimmten Monat darauf hingewiesen, daß der Einfuhr der Aktien der Grundschuldbank an der Börse Schwierigkeiten erwachsen. Der erste Prospekt sei nicht genehmigt worden. Es sei deshalb in dem zweiten Prospekt angegeben worden, daß die Grundschuldbank 2700000 M. Hypotheken besitze. Nach dem Bericht sei aber der Besitzstand nur 1 Million Mark und um die Angaben des Prospekts zu bewahren, sei von der Preussischen Hypothekenbank der fehlende Hypothekensbetrag übernommen worden. Dies geschah auf dem Wege der Cession ohne Umschreibung in dem Grundbuch. Er habe sich gefragt: wenn das geht, daß eine Bank, die mit ihrem gesamten Aktium für die Pfandbriefe haften muß, einen Teil der Hypotheken weggiebt, um die Papiere einer andern Bank börsenfähig zu machen, so sei dies kein offenes Geschäft. Er habe sich

deshalb gefragt: principis obsta und es vorgezogen, aus den Banken auszuscheiden.

Vorl.: Angeklagter Heinrich Schmidt. Sie sprechen in dem Promemoria davon, daß der Weg schließlich nach Noabit führen könnte. Daraus geht doch eigentlich hervor, daß Sie sich bewußt gewesen sein müssen, bei einem unrechten Thun mitzuwirken?

Angekl. Heint. Schmidt: Nein, durchaus nicht. Eduard Sanden hatte einen großen Fehler — die Schwäche Dränglers gegenüber. Deshalb wollte ich größeren Einfluß in der Bank haben, um für ihn ein Hemmschuh zu sein. Daß Eduard Sanden Unrecht that, habe ich nicht angenommen.

Zeuge Bankier Durgalter-Potsdam war einige Zeit Mitglied des Kuratoriums der Preußenbank. Er habe seiner Zeit die Beziehungen mit Anhalt u. Wagner als gefährlich für die Bank erachtet. Er habe Excellenz Cohn-Deffau darauf aufmerksam gemacht und dieser habe gesagt, er werde mit Sanden sprechen. Er habe, nachdem er mit ihm gesprochen, gesagt: es sei alles in Ordnung. Ferner sei einmal der Aufsichtsrat zu einer Sitzung zusammengetreten und diese schloß, ohne daß gesagt wurde, daß ein Beamter der Bank

### 360 000 M. unterschlagen habe.

Außerdem habe er gesehen, daß eine Zahlung der Rixdorfer Vereinsbrauerei keine Verbuchung gefunden habe. Als er sich danach erkundigte, sei ihm gesagt worden, sie sei aufs Agioconto gekommen, und als er es für notwendig erachtete, sich aus den Büchern darüber zu informieren, habe der Vorsitzende des Kuratoriums, Herr v. Buddenbrock, dies abgelehnt und es wurde die Verbuchung darüber ausgeprochen, „was er denn für ein Mißtrauen gegen den hochverehrten Vorstand habe“. Nach seiner Meinung sei die Grundschuldbank nur eine Ablagerungsstätte für schlechte Hypotheken gewesen. — Staatsanwalt Weck: Ist es wahr, daß der Mann namens Unholz, der die 360 000 M. unterschlagen hatte, später noch längere Zeit in der Bank beschäftigt worden ist? — Angekl. Ed. Sanden: Der Mann ist außerhalb der Bank beschäftigt worden, und zwar wesentlich im Interesse seiner Familie, nachdem die Bank für den Verlust gebüht war. — Angekl. Heinrich Schmidt: Soweit er sich erinnert, hatte Unholz eine schuldenfreie Villa in Lichtersfeld, eine ganze Anzahl Effekten u. und die Bank war gebüht. — Staatsanwalt Weck: Ist nicht der Unholz nach Wegung einer zweiten Unterschlagung nach England entflohen? — Ed. Sanden: Das weiß ich nicht.

Sachverständiger Kommerzienrat Lucas wird beauftragt, nähere Feststellungen über diese Unterschlagungen und ihre Deckung, sowie über die Verbuchung der Zahlung der Vereinsbrauerei zu machen.

Es werden sodann einige Zeugen vernommen, die Auskunft über einige Geschäfte geben, welche nach Ansicht der Anklagebehörde beweisen sollen, daß die Bankgruppe in einer Notlage sich befunden habe. Diese Erörterungen gehen so ins Einzelne, daß es unmöglich ist, sie in Kürze verständlich zu machen. Es handelt sich unter anderem um ein Terrängegeschäft, welches seitens der Aktiengesellschaft mit einem Konsortium gemacht war, und welches auch auf eine besondere Rotlage hindeuten soll. — Der Sachverständige Kommerzienrat Lucas ist dieser Ansicht, die Verteidiger Justizrat Dr. Sello und Dr. Bronker, sowie Rechtsanwält Bernstein treten seiner Ansicht in verschiedenen Punkten entgegen.

Es werden hierauf die Verhältnisse der

### Grundvertrags-Gesellschaft

für Berlin und Vororte m. b. H. erörtert. Sie ist von Buchmüller und Ed. Sanden gegründet worden. Nach Aussage des Angeklagten Buchmüller ist die Gründung erfolgt, weil er und Sanden vielfach Grundstücke, mit denen sie gemeinschaftlich spekulierten und auf denen Restlosgebäude eingetragen waren, bei der Vermögensverflechtung zurückverkauften mußten und ihnen die häufige Remnung ihrer Namen in derartigen Zusammenhänge unangenehm war. Das Grundkapital betrug ursprünglich 300000 M. und wurde 1897 auf 400000 M. erhöht, von denen Buchmüller und Ed. Sanden je 200000 M. gehörten. Eingezahlt sind aber nur höchstens 41728 M. bar, während der Rest von 358274 M. in Hypotheken geleistet ist, die die Anklage für minderwertig hält. Am 29. August 1901 wurde durch Beschluß des hiesigen Amtsgerichts der Konkurs über das Vermögen der Grundvertrags-Gesellschaft eröffnet. Die Gläubiger haben eine Konkursdividende von etwa 16 Proz. zu erwarten.

Der Junge Buchhalter Eugen Görig sagt auf Befragen unter anderem aus, daß nach seiner Ansicht die Gesellschaft nach ihrer ganzen Vermögenslage nicht hätte zum Konkurs gehen brauchen, sondern in aller Ruhe hätte liquidieren können.

Ueber die Vermögenslage wird der Sachverständige Bücherrevisor Heide vernommen. Er erklärt, daß der Zeuge Görig die Situation doch wohl zu optimistisch ansehe. Er habe diese Verhältnisse genau festgesetzt, seine diesbezüglichen Aufzeichnungen lagern jedoch noch sämtlich bei der Reuen Bodengesellschaft und er bitte, ihm zunächst Gelegenheit zu geben, diese Aufzeichnungen bei der Reuen Bodengesellschaft abzugeben. — Staatsanwalt Weck hält es für zweckmäßig, aus diesem Grunde die Erörterung hierüber heute abzubrechen. — Justizrat Bronker betont, daß Buchmüller und Eduard Sanden für den Konkurs der Gesellschaft nicht verantwortlich gemacht werden können, da sie damals schon verhaftet waren. — Rechtsanwält Dr. Volker betont nochmals, daß es doch wesentlich sei, über die ganzen Verhältnisse gemeinsame Gutachten zu erfordern. Wenn bei der Preussischen Hypothekenbank mit 56 1/2 Millionen Mark Unterbilanz eine Konkursverflechtung umgangen werden konnte, so würde das doch bei dieser Aktiengesellschaft auch möglich gewesen sein. — Der Gerichtshof beschließt auf Antrag der Verteidigung, auch noch den geschäftlichen Sachverständigen für Hypotheken Emil Salomon vorzuladen und ihm aufzugeben, die Vermögensverhältnisse in Gemeinschaft mit dem Sachverständigen Heide zu prüfen und festzustellen. Letzterer hatte aus seiner Erörterung u. a. gesagt, daß seines Wissens sich unter den zum Grundkapital hingegebenen Hypotheken verschiedene Schornstein-Hypotheken befunden haben.

Es wird hierauf der Hauptkassierer Rudolf Schlich-Friedenau über einige Verhältnisse in der Preußenbank vernommen. Er bekundet, daß in den 80er Jahren durch die Firma Anhalt u. Wagner ganz enorme Summen der Preußenbank entzogen worden seien und daß letztere gerade dadurch in die Geldverlegenheiten gekommen sei. Ende der 80er Jahre schon seien Verträge im Umlauf gewesen, die ihn an der Bonität der Firma Anhalt u. Wagner zweifeln ließen. Er habe einigen Aufsichtsräten davon Mitteilung gemacht und ihm sei die Auskunft geworden, daß die ganze Summe durch Rückverlegung von Hypotheken gedeckt sei. Mitte der 80er Jahre schon habe die Firma Anhalt u. Wagner Wechsel in sehr großem Umlaufe diskontiert. Es sei dies zur Zeit gewesen, als kurz hintereinander verschiedene Bankbrüche erfolgten, als die Krachs bei Friedländer u. Sommerfeld, Hirschfeld u. Wolff, Raab in Charlottenburg das Publikum in Unruhe versetzten.

Zuletzt wird noch Konkursverwalter Dieckl vernommen, der sich ausführlich über die Vermögenslage der Grundvertrags-Gesellschaft zur Zeit des Konkurses äußert. Letzterer zeigte einen eigentümlichen Charakter, der von anderen Konkursen abweiche. Das begründete sich aus der Personallage. Eduard Sanden und Buchmüller waren Gründer und gleichzeitig Gesellschafter, Gläubiger waren wiederum die Banken, die zum Spielhagens-Konkurs gehörten. Es handelte sich also vielfach nur darum, daß etwas aus der linken in die rechte Hosentasche floß. Weil es sich also eigentlich nur um eine häusliche Angelegenheit handelte, hätte sich der Konkurs wohl umgehen lassen. — Nach weiteren eingehenden Befragungen des Sachverständigen durch die Justizräte Bronker und Dr. Sello wird die Verhandlung auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Am 16. Juni beginnt in Leipzig der Prozeß gegen die vormaligen Direktoren und Aufsichtsrats-Mitglieder der Leipziger Bank. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mindestens zwei Wochen in Anspruch nehmen.

Vermishtes.

Die Vulkanausträge. Eine Depesche aus Fort de France vom 1. Juni giebt bekannt, daß es zweifellos ist, neue Vorräte nach Fort de France zu senden, da die aus Frankreich und Amerika gesandten Vorräte für den Bedarf ausreichen. Die Lage bleibt unverändert. Der Vulkan ist noch immer thätig und wirft Asche aus. — Aus Budapest wird berichtet: Der erloschene Vulkan Straz bei dem Kurorte Warfeld (in den Ost-Besiden nahe der galizischen Grenze) läßt allmählich unterirdisches Geräusch und Geyser hören. In den umliegenden Ortschaften Gergelshaf, Zinta, Lerne ist das Wasser der Brunnen plötzlich verschwunden. Tags darauf kam in sämtlichen Brunnen heißes Wasser zum Vorschein. Diese Naturerscheinungen verursachen bei der Bevölkerung große Furcht. — Aus Athen vom 31. Mai wird gemeldet: Seit einigen Tagen machen sich an verschiedenen Orten Griechenlands Erderschütterungen bemerkbar.

Familien-drama. Wie der „Ostdeutschen Rundschau“ aus Samter gemeldet wird, brachte in der Nacht zum Sonntag der Hingelmeister Krämmer in Szhanowo nach einem Streit mit seiner Frau derselben vier Weisheide auf den Kopf bei, wodurch die Frau lebensgefährlich verletzt wurde. Dann erschoss Krämmer seine fünf Kinder im Alter von einem halben bis zu zehn Jahren mit einer Ruderkanne, schlug Nägel in die Wand und hing die Leichen auf. Der Mörder ist flüchtig.

Ueber einen Raubmord in Altona berichtet der „Hamb. Korr.“: Als am Sonnabendnachmittag 4 1/2 Uhr eine Hafensir. 11 wohnende Frau nach Hause zurückkehrte, bemerkte sie, daß die Wohnungstür einer auf demselben Korridor wohnenden Arbeiterin offen stand. Sie entdeckte, daß ihre Nachbarin mit zerhacktem Schädel in einer Blutlache auf dem Fußboden des Zimmers lag, während

das blutbefleckte Beil, mit dem der Mord ausgeführt worden ist, auf dem Sofa lag. In dem Wohnzimmer waren sämtliche Behälter erbrochen worden. An barem Gelde sind 100 M., ferner eine Taschenuhr und Schmuck die Beute des Mörders geworden. Die Kriminalpolizei vermutet den Täter in einem Seemann, der bis vor kurzem bei der ermordeten Arbeiterin Logis inne hatte. Dieser dürfte in ihrer Abwesenheit in die Wohnung eingedrungen sein, denn das Thürschloß ist erbrochen worden. Die Ermordete ist die Frau des Kohlenarbeiters Wadhaus, sie war 50 Jahre alt. Der Befund der Leiche läßt erkennen, daß die Frau den Eindringling überrascht hat, als sie nach Hause zurückkehrte; denn die Frau war im Auszuge-Anzuge. Der Seemann ist ein noch jugendlicher Mensch, der durch sein hübsches Aussehen und schnelles Auftreten auffällt.

Nach bedeutenden Unterschlagungen ist aus Hamburg, wie von dort gemeldet wird, der 38 Jahre alte Rechtsanwalt Salomon Salvador Kontinho flüchtig geworden und wird behördlich verfolgt. Der Flüchtige ist 1,60 Meter groß, hat dunkles Haar und Schnurrbart und eingebogene Nase, steht blaß und abgeleibt aus und pflegt einen hellen Ueberzieher und einen Kneifer zu tragen. Als besonderes Kennzeichen kann eine Schußnarbe am Gesicht dienen.

— In St. Denis stießen am Sonntagabend infolge falscher Weichenstellung zwei Straßenbahnwagen zusammen. Beide Wagen wurden zertrümmert, 24 Personen erlitten Verletzungen.

Briefkasten der Redaktion.

S. S. Nachdem eine Abrechnung bereits stattgefunden hat, können Sie nunmehr nicht mehr Ihre Forderung geltend machen, die übrigens nur rückwärtig der letzten vier Jahre unversährt war. — Zwei Streitende. Die allgemeine Beweisdarstellung geht dahin: derjenige hat die Richtigkeit einer Behauptung zu beweisen, der aus der behaupteten Thatfache Rechte herleitet. Näheres finden Sie in dem in den öffentlichen Verhältnissen ausliegenden

Arbeiterrecht, S. 345. — S. 171. 1. Ja. 2. Rein. 3. und 4. Ja. — M. S. Elemente für ein nach dem 31. Dezember 1899 an der Ehe geborenes Kind sind bis zu dessen zurückgelegtem 16. Lebensjahre zu zahlen. Die Höhe der Elemente ist nicht gesetzlich festgelegt. Nach dem Gesetz ist der volle für Unterhalt des Kindes erforderliche Betrag zu zahlen. Die Praxis setzt fest, dessen Höhe nur Beitragshöhen zwischen 12 und 18 M. monatlich fest. Mit dieser Praxis sollte sich ein zahlungsfähiger Vater gegenüber der Vormund nicht zuwenden geben. — S. S. I. 1. Keineswegs. 2. Mehrere Monate. Die Zeit richtet sich nach der Fälligkeit der Dividende. — S. S. S. Zehnberg. Rein, falls nicht etwa die Ertränkung selbst zahlendes Mitglied bleiben zu wollen innerhalb einer Woche nach ihrer Entlassung erklärt hat. — P. 2. 72. Ein Recht auf Forderungsbefreiung haben Sie nicht. Sie können aber an das Bezirkskommando ein dahin abzielendes Schreiben richten. — H. H. Ja. — Delmagen. In der neuen Friedrichstraße (jetzt in der Grunerstraße) befand sich die Anwaltskanzlei zur Aufnahme von Klagen und befindet sich noch jetzt das Vormundschaftsgericht. Sie könnten bei dem Vormundschaftsgericht auftragen, wer Vormund ist, damit gegen den Vater geklagt werden kann. Das Antragen anzugeben, ist zweckmäßig. Sie erfahren daselbst durch Ihre Verwandten. — W. G. Mit der Zusammenrechnung von Unfall- und anderen Renten verhält es sich wie folgt: Alters- und Invalidenrente rührt, wird also nicht gezahlt; so lange und so weit die Unfallrente oder Alterspension oder Altersrente den Lebensunterhalt deckt, so weit die Invalidenrente übersteigt, also wenn eine Unfall-, Invaliden- und Altersrente zusammen gerechnet, falls der Bescheid in der I. Lohnklasse verbleibt, mehr als 450 M., falls er in Lohnklasse II verbleibt, mehr als 525 M., falls er in Lohnklasse III verbleibt, mehr als 600 M., falls er in Lohnklasse IV verbleibt, mehr als 675 M., falls er in Lohnklasse V verbleibt, mehr als 750 M. beträgt. Stellen Sie unter Darstellung, daß Sie dauernd erwerbsunfähig sind, den Antrag auf Invalidenrente. Dieser an das Magistratsbüro, Breiterstr. 24, zu richtende Antrag ist schon deshalb nicht überflüssig, weil ja Ihre Unfallrente möglicherweise in der Zukunft in Wegfall kommt und dann die Invalidenrente voll zu zahlen ist. — 0.128. 1. Nicht ganz 1000 Millionen. 2. Besser imitieren. 3. Erst der Bisk. Das Uebrige lesen Sie im Konversationslexikon nach unter „Gefährlich“ und „Gewitter“. 4. Senden Sie sich an Herrn Redakteur Otto Schulz, Bismarckstr. 6. 5. Bitten Sie einen Arzt um Rat. — W. S. 1902. Fragen Sie an bei dem Direktorat des Gewerbevereins.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 3. Juni. Opernhaus. Die Waise. — Die Verlobung bei der Laterne. — Phantasten im Bremer Rathhause. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Im Liebespielhaus: Offenbach's Gynas. Die Zauberhexe. — Vampol und Verinette. — Apotheker und Heiler. Anfang 8 Uhr. Schiller. Unter Monden Bestien. — Der Thor und der Tod. — Bracelhaus. — Post festum. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Räuber. Anfang 7 1/2 Uhr. Festung. Geflohen. Westen. Hoffmann's Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Großstadtluft. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Coralle u. Cie. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Gastspiel der Schliersee. Das Bildniß vom Birkenstein. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr. Zinken. Geflohen. Carl Weh. Die Viper. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmshäufiges. Der lustige Chemann. Anfang 7 1/2 Uhr. Erechthonsbühne. Ein Abenteuer in den Blumenfeldern. Hierauf: Ein geistlicher Schwiegersohn. Anfang 8 Uhr. E. v. Wolzogen's Buntes Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr. Schall und Rauch. Serenissimo-Zwischenspiele. Der Fall Roncel. Schöne Seelen. Kollegen. Anfang 8 1/2 Uhr. Cepheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Metropol. (Romy-Oper.) Rigoletto. Anfang 8 Uhr. Apollo. Hoffmann. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Urania. Tondienst. 18/19. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte. Schiller-Theater (Wagner-Theater). Dienstag abends 8 Uhr: Unter blonden Bestien. Romble in 1 Akt von Max Dreyer. Der Thor und der Tod. Von Hugo v. Hofmannsdahl. Paracelsus. Bestspiel in 1 Akt von Arthur Schnitzler. Post festum. Lustspiel in 1 Akt von Ernst Wichert. Mittwoch abends 8 Uhr: Die schöne Melusine. Donnerstag abends 8 Uhr: König Harlekin. Central-Theater. Dienstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr: 3un 142. Male: Coralie & Cie. Schwanz in 3 Akt u. Minin Bolabohne und Maurice Gennequin. Morgen u. folgende Tage: Coralie & Cie.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr:

Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165. Photographische Aufnahme von der Insel

Martinique

und von den Schlachtfeldern Transvaals.

Im Konzertsaal: Schwedische Künstlerkapelle 4 Damen, 2 Herren.

Passage-Panopticum.

Der weibliche Affenmensch. Die Seejungfer. Der Tigerknabe.

Damen-Ringkampf!

Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5, Ende 11 Uhr. Das vollständig neue Juni-Programm. 16 Elite-Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr nachmittags: Militär-Doppel-Konzert.

Entree 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. — Sonntag und Donnerstag 3 Kapellen.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Morwitz-Oper. Rigoletto.

Mittwoch: Heinrich Bütel. Stradella.

Donnerstag: Irene Abendroth vom königl. Hof-Theater in Dresden. Die lustigen Weiber von Windsor.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten. Um 8 Uhr: Sensationell sind die neuen Juni-Specialitäten!

Um 9 Uhr: Kolossaler Lacherfolg! Die Ausstattung-Operette von Paul Lincke

Lysistrata

mit dem Luftballast „Grigolatis“! Um 7 Uhr: Garten-Konzert.

Schall und Rauch

(Kleines Theater) Unter den Linden 44.

Dienstag, 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Serenissimo-Zwischenspiele. Gastspiel von Emanuel Reicher. Maennacht. Kollegen. Schöne Seelen.

Belle-Alliance-Theater.

Im Garten auf der Sommerbühne um 8 Uhr: Die Dame aus Trouville

Schwanz mit Gefang. u. Tanz in 3 Akten. Vor und nach der Vorstellung: Grosses Konzert. Bei ungünstiger Witterung im Theater: „Gr.“ — Garten-Entree inkl. Vorstellung 30 Pf. — Saisonkarten 3 M. — Duzendkarten 2 M.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr:

Die Viper.

Im Garten: Konzert, Theater und Specialitäten-Vorst. Anfang 8 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Wormenstr. 16. Täglich:

Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Nord und Süd. Operette in 1 Akt von Rob. Lindner. Musik von Richard Döbele. Im Saal: Tanzkränzchen.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11—1 1/2 Uhr.

Das Schloß: „Stückes Pfingstfahrt“

Reichshallen-Garten und Restaurant.

Täglich: Grosses Militär-Konzert.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rödendorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich:

Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.

Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Solree: Tanzkränzchen. Tanz frei! Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Solree 7 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Fröbels

Allerlei-Theater

früher Pahlmann Schönhauser-Allee No. 148. Durchweg glanzvoll erneuert!

Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung. Romane! Sagen! Stenzen! Allabendlich hässlicher Weisheit des erfindlichen Riesen-Programms! Im Brautsaal: Gr. Ball.

Anfang Konzert 5 Uhr, Ball 6 Uhr. Entree 30 Pf., Sperrst. 50 Pf. Vorzeiger dieser Kanone zahlen auf all. Plätzen d. Hälfte. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Eigne Werkstatt.

Elefant-Ordn.-u. Hilfs-Krankentafeln Berlin G., [37624]

30. Finien-Strasse 30.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten. Königsgräberstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

En gros - Rohtabak - En detail

Alle Sorten in großer Auswahl zu den äußersten Preisen. 41089\* Rud. Völcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Neue Welt

Hofenheide 108-114. Direktion: Arnold Scholz. Heute sowie täglich:

Gr. Bothe-Konzert

und Specialität-Vorstellung. Kaffeebrüche täglich geöffnet. 3 verdiente Regelbahnen. Volksbelustigungen. [43143]

Prater-Theater

Rosentien-Allee 7-9. Täglich:

Durch fremde Schuld.

Vollständ. mit Gesang in 3 Akten. Ballettges. Cathrin. Tyrolenne Mary Ellys. Grotesque-Com. Paul Coradini. Brothers Fred, musik. Excentric. Mr. Bartling, leb. Photogr. Fred Marzahn Troupe, Pantom. Musikantenstreiche. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Lichter) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Schweizer Garten

Am Königsthor 42022 Am Friedrichshain Täglich:

Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.

Vollbelustigung. Freier Damentanz. Um 10 Uhr: Enjanne im Bade. An Wochentagen ist die Kaffeebrüche von 3-6 Uhr geöffnet.

Wintergarten.

Das neue Juni-Programm

Besser und interessanter wie je!

Sommertheater

Marienbad

Babst. 35/36, Gesundbrunnen. Täglich:

Gr. Specialität-Vorstellung.

Berliner Wajermädel. Mittwoch und Sonntag: Ball. Entree 20 Pf.

Max Kliems

Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Artischer Leiter: Gust. Beck. Täglich:

Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung

Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm! Donnerstag: Elite-Tag.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Eigne Werkstatt.

Elefant-Ordn.-u. Hilfs-Krankentafeln Berlin G., [37624]

30. Finien-Strasse 30.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten. Königsgräberstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

En gros - Rohtabak - En detail

Alle Sorten in großer Auswahl zu den äußersten Preisen. 41089\* Rud. Völcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Socialdemokratischer

Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

(Süd-Osten.) Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 31. Mai, unser Mitglied

August Rothe

Sociaerstraße 5 verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gumbold-Kirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Codes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Former

Max Kestner

am Sonnabend, d. 31. Mai gestorben ist. Ihre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gumbold-Kirchhofes in Nordend bei Nieder-Schönhausen. 115/17

Kege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- und Begräbnis-Anstalt der Sattler u. Berufsge nossen „Hoffnung“.

Ortsverwaltung Berlin. Nachruf!

Reinhold Maier

Im 35. Lebensjahre am 30. Mai verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Der Vorstand.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Marie Kochmann

sage ich hiermit allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank. Franz Kochmann.

Dankagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und den vielen Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unres. guten Paters, des Metallarbeiter Hermann Schröter, sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Herrn Chef und Kollegen und Kolleginnen der Firma Fischhorn, den Kollegen von Pinter, dem Pflanzerverein „Feldblume“, dem Metallarbeiter-Verein und dem Maschinenmeisern von Dampf meinen innigsten Dank. Marie Schröter nebst Kinder.

Dankagung.

Allen denen, welche meinem lieben Mann, dem Schandwirt

Hugo Köhn

die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem socialdemokratischen Wahlkreisverein, der Norddeutschen Schiffe, dem Personal der Firma Franz Rodgau, den Beihilfsarbeitern, dem Sparverein „Eintracht“, dem „Club der Freunde“, dem socialdemokratischen Wahlkreis Berlin IV (Schöb), der Central-Kranken- und Sterbedesse der Tischler, sagen wir hiermit meinen tiefsten Dank. Witwe Köhn und Tochter. Gustav Schaar nebst Familie.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter

Louise Schulz geb. Urban

am 31. Mai, früh 3 Uhr, nach langem Leiden sanft entschlief.

Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen. W. Schulz, Puder, und Söhne.

Die Beerdigung findet am 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Franzerhause, Bismarckstr. 16, aus statt. 438

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein unvergesslicher Mann, unser herzensguter Vater, der Former

Wilhelm Stein

am Sonnabend früh 4 Uhr 15 Min. nach kurzem schweren Leiden verschieden ist.

Alle diejenigen, die ihn gekannt haben, werden unsern Schmerz zu würdigen wissen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes, Friedrichsstraße aus statt.

Dies zeigen tiefbetriibt an Witwe Stein nebst Tochter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Former

Wilhelm Stein

am Sonnabend, den 31. Mai, nach kurzem Krankenlager durch den Tod aus unserer Mitte entrissen worden ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes zu Friedrichsstraße aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unres. alten und treuen Mitkämpfers ersucht Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Sängerverein „Sängerhort“.

M. des Hrn. Sängers. Nach kurzem schweren Leiden verschied unser braver Sängerkollege

Wilhelm Stein.

Ihre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, am dem Central-Friedhof in Friedrichsstraße statt. — Um zahlreiche Besuch bitten

Der Vorstand.

Am 31. Mai, abends 8 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter

Alwine Hoffmann, geb. Lütte,

im 42. Jahre. 266

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. d. M., nachm. 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes us statt.

Georg Hoffmann und Kinder.

Dankagung.

Für die innige Teilnahme und die schönen Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Paters

August Gesche

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem langjährigen Herrn Chef Emil Quantz sowie den Kollegen des Bezirksvereins von der Hof-Bianofabrikfabrik G. F. Quantz, auch dem Ortsverein und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank.

Frau G. Gesche und Sohn.

Gesichtshaare

etc. ent- formt un- schädli. Das gesetzlich geschützte echte Brünings's Enthaarungspulver. Dose M. 2.- u. 30 Pf. für Porto, 2 Dosen M. 4.- gegen Voreinsendung od. Nachnahme. Carl Reissner, Töngengasse 21 Frankfurt a. M. 7. 101/2\*

Sie sparen viel Geld!

Bei mir kostet Ihr reinigen 1 M. Arbeit mit zwei Weilen. 318

F. Meissner, Uhrmacher,

Staltheimstr. 23, Ecke Mariannenstraße. Schottische Schäferhunde, junge, echte Collie, 8. sehr billig verkauft. Schulte, Vangerstraße 63. Dr. Simmel, Prinzstr. 41. Spezialarzt für 25/17\* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4





Normann-Schumann vor Gericht.

Die Hummerbriefe und die behauptete fabrikmäßige Anfertigung dieser Briefe durch Herrn Normann-Schumann in Luzern beschuldigt gestern wiederum das hiesige Schöffengericht. Herr Ernst Schumann, Rentier in Luzern, der bekanntlich alle Veranlassung hat, das deutsche Reichsgebiet zu meiden, hält die Gerichte mit Privatklagen gegen Redactoren deutscher Blätter fortgesetzt in Atem. Er ist dabei in einer bevorzugten Lage, denn er kann ruhig auf seiner Villa in Luzern weilen, weil auf sein persönliches Erscheinen „verzichtet“ ist, während die angeklagten Redactoren persönlich an Gerichtsstelle erscheinen müssen. — Gestern wurde zunächst der verantwortliche Redacteur des „Verl. Tagebl.“, Dr. Ernst Grüttesien, dem Rechtsanwalt Woffe zur Seite stand, von Herrn Normann-Schumann vor Gericht gefordert. Es handelt sich um einen Artikel, der im Aufschluß an die bekannten Beschuldigungen Webers den Privatkläger als vermeintlichen Verfasser gefälschter Hummerbriefe bezeichnet und darauf hinweist, daß Normann-Schumann seit dem Tauschprozeß in Luzern wohnt und wegen seiner Artikel im „Mémorial diplomatique“ und in der „Libre parole“ ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung schwebt. — Rechtsanwalt Dr. Hahn-Charlottenburg, der den Privatkläger vertritt, gab zu, daß ein solches Verfahren schwebt und erklärte, daß er die Privatklage auf diese Behauptung des Artikels nicht mehr stützen wolle, weil sonst die Privatklage bis zur Beendigung des Verfahrens ausgesetzt werden müsse und dem Privatkläger zunächst darum zu thun sei, nachzuweisen, daß er nicht Verfasser der Hummerbriefe sei. — Rechtsanwalt Woffe hielt damit die Privatklage für erledigt, da eine Teilung eines Strafantrages in einer Privatklage nicht gestattet sei. Im übrigen beantragte er bezüglich der Verfasserschaft der Hummerbriefe durch den Privatkläger die Vernehmung des Herrn D. Finer in Winterthur. Ferner beantragte er die Vernehmung des Generalobersten Grafen v. Waldersee in Hannover und des Kriegsministers v. Söfler darüber, daß deutschen Soldaten auf dem Kriegsschauplatz in China Aufforderungen aus Luzern zugegangen sind, über Greuelthaten der Angehörigen der deutschen Armee in die Heimat zu berichten und daß zu diesem Zwecke Entwürfe solcher Berichte beigelegt waren, daß sämtliche Briefe aus Luzern kamen, und daß sie sämtlich die Handschrift des Privatklägers aufwiesen. Ferner wird beantragt, zum Zwecke der Schriftvergleichung diese von den Soldaten den Vorgesetzten abzugebenen Briefe von dem Kriegsministerium einzufordern. — Rechtsanwalt Dr. Hahn gab anheim, diesen Anträgen zu entsprechen. Auch er beantragte, den Minister v. Söfler und den Grafen v. Waldersee darüber zu vernehmen; daß die amtlichen Ermittlungen des Kriegsministeriums und des Oberkommandos ergeben haben, daß der Privatkläger weder Verfasser noch der Urheber der logen Hummerbriefe gewesen sei, mit denselben überhaupt in keiner Verbindung stehe, daß insbesondere als Verfasser eines in Luzern zur Post gegebenen nach China gesandten Hummerbriefes ein Jean Vättig ermittelt worden ist. — Rechtsanwalt Woffe beantragt die Vorlegung der Akten gegen den Angeklagten: Wenn das wahr sei, was in den Akten behauptet werde, so würde der Privatkläger eine Persönlichkeit sein, die nicht auf dasselbe Maß von Ehre Anspruch habe, wie andere Leute. Im Tauschprozeß habe Herr v. Marschall erklärt, daß es kein Land gebe, in welchem der Privatkläger gewohnt, ohne daß er Spuren von Verbrechen hinterlassen habe. Ein Mann, der als Geheimpolizist in Diensten der hiesigen Polizei stand und das Gehalt eines Polizeirats bezog, der also des „Königs Geld“ nahm und denselben König im Anstande beschimpfte, ein Mann, der für Semiten und Antisemiten gleichgültig, ebenso für sozialdemokratische und Regierungsblätter schreibt, sei ein politisches Chamäleon. Der Angeklagte könne als Deutscher und als Offizier für den Kriegssatz den Schutz des § 193 für sich in Anspruch nehmen, wenn er solche Beschimpfungen der deutschen Armee zurückweise. — Rechtsanwalt Dr. Hahn bestritt die Ausführungen des Verteidigers und beantragte die Vorlegung der Ermittlungsakten gegen Herrn v. Marschall, gegen den Normann-Schumann f. g. den Strafantrag gestellt hatte. Ihm sei vom Staatsanwalt der Bescheid geworden, daß sowohl Herr v. Marschall als auch Dr. Hamann die Mitteilungen in dem Tausch-Prozeß nicht aus eigener Wissenschaft, sondern auf Grund der im Auswärtigen Amt eingegangenen Nachrichten gemacht habe. — Dr. Grüttesien beantragte sich darüber, daß er jetzt schlechter gestellt sei, als wenn der Staatsanwalt die öffentliche Klage erhoben hätte, denn im letzteren Falle wird er im Stande sein, Herrn Normann-Schumann als Zeugen vorzuladen. Im übrigen beantragte er, das persönliche Erscheinen des Privatklägers an Gerichtsstelle anzuordnen und das Verfahren bis nach Erledigung der Majestätsbeleidigungs-Affäre auszusetzen. Der Gerichtshof (Vorstand: Richter König) lehnte die Anträge ab und erkannte in der Sache selbst auf Freisprechung. Er billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu. Er habe als Mitglied der Presse und als Deutscher im allgemeinen das Interesse daran, in der weithin aufsehen erregenden Frage der Hummerbriefe, die der deutschen Armee und den Deutschen überhaupt Grausamkeit und Brutalität vorwerfen, den Verfasser zu ermitteln. In den kurzen Bemerkungen, die der Angeklagte an die Ausführungen knüpfte, in welchen sich der Reichstags-Abgeordnete Weber gegen die Unterstellung gewandt habe, daß er einen Meineid geleistet habe, liegen keine Belegungen.

Die zweite Klage des Herrn Normann-Schumann richtete sich gegen den Redacteur des „Vorwärts“, Karl Leid und den Reichstags-Abgeordneten Weber als Verfasser eines am 12. November im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikels. Gegen letzteren ist das Verfahren bis nach Schluß der Sitzungsperiode des Reichstags ausgesetzt worden. Weber wandte sich in dem Artikel gegen die Kritik, die seine Klage in dem Frankfurter Hummerbrief-Prozesse durch den Staatsanwalt gefunden hat, und ging mit dem Privatkläger Normann-Schumann scharf ins Gericht, indem er dessen Thätigkeit mit drastischen Worten geißelte und ihn beschuldigte, eine Hummerbrief-Fabrikation betrieben zu haben. — Rechtsanwalt Freudenthal als Verteidiger des Angeklagten stellte auch hier die im Vorprozesse angebotenen Beweisanträge und beantragte ferner die Vernehmung des Polizeipräsidenten v. Windheim darüber, daß er noch keinen Agenten gehabt habe, der in solcher Weise gewirkt hätte, wie Normann-Schumann. — Rechtsanwalt Dr. Hahn wiederholte auch seine Beweisanträge. Der Angeklagte sei strafbar auch aus § 186, da Ausdrücke wie „berüchtigt“, „staatsverräthliche Tiefseligen“ etc. beleidigend seien. — Rechtsanwalt Freudenthal beantragte auch in diesem Falle die Freisprechung, da der Angeklagte berechtigte Interessen wahrgenommen habe. Von dem Ausdruck „berüchtigt“ könne ein Mann, der in solcher Weise wie Normann-Schumann aus den verschiedensten politischen Lagern seine Taschen füllt, sich doch auch wirklich nicht so schwer beleidigt fühlen. Im übrigen sei es auch gerichtsmäßig, daß der Privatkläger „berüchtigt“ sei. Ein Mann, der solche Handlungen begehe, wie sie die vorzuliegenden Akten dorthin, habe vollen Anspruch auf diese Bezeichnung. — Der Angekl. Leid wies noch darauf hin, daß zwei seiner Vorgänger in der verantwortlichen Redaktion gerade wegen Veröffentlichung von Hummerbriefen angeklagt und verurteilt worden seien und der „Vorwärts“ das sehr berechtigte Interesse daran hatte, festgestellt zu sehen, ob es sich in diesem Falle um grobe Fälschungen handele. — Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten an sich den Schutz des § 193 zu, verurteilte ihn aber wegen formeller Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe. Der Ausdruck: „Schumann könne

sein altes Handwerk staatsverräthlicher Tiefseligen nicht lassen“, sei zu weitgehend, wenn auch bezüglich des Ausdrucks „berüchtigt“ dem Angeklagten zu gute zu halten sei, daß der Privatkläger wohl allgemein so bezeichnet werde. Die Ehre Schumanns sei infolge seines Verhaltens in dem gegen ihn schwebenden Majestätsbeleidigungsverfahren nicht allzu hoch zu bewerten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beckow-Storow-Charlottenburg. Für Dienstag, den 10. d. M., ist die Abhaltung einer öffentlichen Kreisversammlung geplant. Die örtlichen Wahlvereine und die Gewerkschaften werden ersucht, an diesem Tage möglichst keine Sitzungen einzuberufen. Nähere Mitteilung erfolgt durch Anzeige in der Sonntagsnummer.

Schöneberg. Mit der Stadtverordneten-Rathwahl im vierten Bezirk, die am Dienstag, den 17. Juni, stattfindet, wird sich am Donnerstag im Obfischen Saale eine Volksversammlung beschäftigen. In derselben soll die Auffstellung unsrer Kandidaten erfolgen. Genosse E. D. Bernstein hat das einleitende Referat übernommen. Es dürfte schon jetzt Pflicht der Genossen sein, kräftig zu agitieren, da auch die Gegner nicht müßig sind und vom Haus- und Grundbesitzer-Verein bereits der Wädemeister Polenz, Alazienstr. 15, als Kandidat aufgestellt ist. Der Mieterverein wird jedenfalls an seinem Vorhaben, dem früheren Stadtv. Schmid, festhalten. Es ist deshalb umso mehr geboten, unsren Kandidaten gleich im ersten Wahlgang durchzuführen.

Der Wahlverein für Nowawes-Neuendorf hält am Mittwoch seine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag. 3. Kommunales. 4. Abrechnung von der Meißner.

Tokales.

Immer rein!

Das war wieder einmal ein Hochgenuß! So ein Sonntagsausflug, zu dem man die Eisenbahn benutzen muß, ist wirklich einzig. An „Gedrängel“ fehlt's ja auf unserer Stadt- und Ringbahn sowie den Vorortbahnen auch an Wochentagen nicht, wenigstens zu gewissen Tageszeiten; aber 20-25 Personen in einem Wagenabteil, das auf 10 Personen berechnet ist — das hat man denn doch nicht alle Tage.

Man kennt den Ausdruck jenes Eisenbahndirektors, daß der Berliner kein Sonntagsvergessen nur für vollständig anseht, wenn „ein bißchen Gedrängel“ dabei ist. Na, gewiß doch! Besonders dann, wenn es so hübsch warm ist, wie an diesem Sonntag! Dann dankt man es der Bahnbewirtschaftung doppelt und dreifach, daß die Beförderungsmitel, die sie an Sonntagen bereit hält, nicht zu reichlich bemessen sind.

Es muß übrigens anerkannt werden, daß auch das Beamtenpersonal, das auf den Bahnsteigen Dienst thut, befreit ist, und Berliner unser Sonntagsvergessen, unser „bißchen Gedrängel“, ungeschmäleret zu lassen. „Immer rein!“ heißt es nicht nur bei den Ausflüglern, die die einfahrenden, längst voll und überfüllt besetzten Züge im Sturz nehmen. „Immer rein!“ ist anscheinend auch die Parole der Bahnsteigkassierer und Stationsvorsteher, die zur Befehlshandlung des Verkehrs den letzten der Einsteigenden beifällig sind. Es ist ungemein interessant, zu beobachten, mit welchem Geschick diese Beamten das Publikum kunstgerecht in den einzelnen Wagenabteilen zu veranlassen wissen. Der Sale hat ja gar keine Ahnung davon, wie viel Menschen sich in einem solchen Raum unterbringen lassen, wenn man's richtig anfängt und Übung darin hat. Manchmal scheint es, als sei es bereits unmöglich, die Thür zu schließen, aber mit einigem Nachdruck geht auch das noch.

Zuweilen finden sich allerdings unter den Sonntagsausflüglern Leute, die für alles das kein richtiges Verständnis haben. Sie fangen dann an, zu nörgeln — ja (unter und gefogt) sogar auf die Bahnbewirtschaftung zu schimpfen — und vergällen damit anderen Leuten das Vergnügen einer solchen Fahrt. Einer dieser Nörgler schleuderte am Sonntag auf Bahnhof Treptow dem Stationsvorsteher, der mit Hilfe eines Bahnteilnehmers in ein erst von 20 Personen besetztes Abteil noch eine 21. Person hineinschob, das Wort zu: „Sie sollen ja der Ueberfüllung vorbeugen!“ Der Mann erzählte hinterher seinem Nachbar etwas von einer „älteren“ Verfügung des Eisenbahnministers, die offenbar schon sehr alt ist. Als Antwort hatte er von dem Stationsvorsteher einen Blick bekommen, wie er in einem solchen Falle nur einem preussischen Beamten zur Verfügung steht.

Die ersten Arbeitshäuser in der Mark Brandenburg. Im Anschluß an die vom „Vorwärts“ leghin gedruckte Notiz über das Arbeitshaus und Hospital in Mummelsburg dürfte es vielleicht nicht unwillkommen sein, einige Daten über die ersten Arbeitshäuser in der Mark Brandenburg, ehemals Landarmenanstalten genannt, zu vernehmen. Die erste Anstalt wurde in Strausberg errichtet und am 1. Februar 1792 eröffnet. Die Eröffnung des zweiten Arbeitshauses geschah am 1. November 1793 zu Wittstock, einen Monat später, den 1. Dezember 1793, wurde die dritte Anstalt in Brandenburg der Vernehmung übergeben. Diese drei Arbeitshäuser in der Mark hatten auch je ein Hospital, oder noch damaliger Bezeichnung, Invalidenhäuser. In einem Zeitraum von zehn Jahren (1792 bis 1802) gestaltete sich die Gesamt-Frequenz in den drei Anstalten wie folgt:

Table with 2 columns: Action and Count. Rows include Aufgenommen wurden (2150 Personen, 242 Kinder), Zur Entlassung kamen (1418), Es starben (801), Es verblieben somit 1802 (371), and similar data for Wittstock and Brandenburg.

Ein nettes Sammelbuch für damalige Zeiten, das auf die guten Geschäfte hinweist, welche jene Arbeitshäuser gemacht haben. Was die Fremden, das heißt die nicht in der Mark Geborenen betraf, so mußten diese, wenn sie beim Betteln etc. betroffen wurden und in ein Arbeitshaus kamen, darin zwei (!) Jahre verbleiben. Nach Ablauf dieser Zeit wurden die Eingekerkerten aber auch nur dann entlassen, wenn sie nachweisen konnten, daß sie sich ferner selbst zu ernähren vermöchten. Bei der Entlassung erhielt jeder „Bettler“ etc. ein Belegbuch, das für jede Meile (4 Meilen kamen auf einen Tag) 2 Groschen betrug.

Vorans sich die Unsauberkeit in den Berliner Gemeindeschulen erklärt. In unsren Ausführungen über die Unsauberkeit, die in den Berliner Gemeindeschulen leider immer noch herrscht, ist uns aus den Kreisen der in den Gemeindeschulen beschäftigten Reinigungsfrauen weitere Klage zugegangen. Man bestätigt uns wiederholt, daß die Arbeit, die den einzelnen Frauen zugemutet

wird, zu groß ist, während von den dafür gezahlten Löhnen das Gegenteil gesagt werden muß. Die Versuche mit der Delung der Diefen, durch die die Fußböden sauberer erhalten werden sollen, scheinen nicht zu einer Besserung, sondern eher noch zu einer Verschlechterung der Lage der Reinigungsfrauen zu führen. Die Reinigungsarbeit wird durch die Delung etwas verringert, aber die Verringerung kommt nicht den Frauen zu gute. Eine Reinigungsfrau sagt uns, daß an ihrer Schule die Arbeit für die einzelnen Frauen seitdem noch größer geworden ist, weil nun nicht mehr drei, sondern nur noch zwei Frauen beschäftigt werden. Die Reinigungsfrauen klagen in ihren Zuschriften alle Schuld auf die Schuldner, doch die Schuldner klagen ähnlich. Die Schuldner werden für die Reinigung entschädigt und haben aus der ihnen gezahlten Summe die zur Hilfe angenommenen Reinigungsfrauen zu bezahlen. Der Betrag, der den Schuldner gewährt wird, ist aber von vornherein nicht sehr groß; vor allem ist er in den Gemeindeschulen verhältnismäßig geringer als in den höheren Schulen. Bei den Gemeindeschulen darf es ja nicht viel kosten! Selbst aus den Kreisen der Rektoren ist schon das Eingekündnis gekommen, daß für den Preis, der in den Gemeindeschulen gezahlt wird, eine bessere Reinigung nicht zu verlangen ist. In der Stadtverordneten-Versammlung ist von sozialdemokratischer Seite mehrfach auf diese Mißstände hingewiesen und Abhilfe gefordert worden. Das ist erst im März dieses Jahres wieder geschehen. Der Magistrat erwiderte freilich, die Berliner Gemeindeschulen seien so sauber, daß die Vertreter einer ausländischen Regierung, die die Berliner Gemeindeschulen besichtigt hätten, sich sehr anerkennend über die hier herrschende Sauberkeit geäußert hätten. Ah, wenn doch unser Magistrat sich nicht nach denjenigen Städten und Ländern richten wollte, in denen die Schulen noch unsauberere sind als in Berlin!

Die Wasserschäden vom 14. April. Der Magistrat hat vor einiger Zeit die Angelegenheit betreffend die Regelung der Wasserschäden vom 14. April d. J. einer besonderen Kommission überwiesen, die er gleichzeitig ermächtigt hat, über die eingegangenen Besuche um Beihilfen nach Maßgabe der vorliegenden Berichte endgültig zu beschließen. Auf Grund dieser Ermächtigung sind rund 250 Besuche, im ganzen mit 40 000 M. berücksichtigt worden. Hierzu kommen noch die in den ersten Tagen nach dem Unwetter an die Betroffenen ausgezahlten 4000 M. Einige Besuche stehen noch aus und dürften in nächster Zeit erledigt werden. Mehrere konnten nicht berücksichtigt werden, weil die Voraussetzungen für die Gewährung der Beihilfen fehlen und die Beteiligten in guten Verhältnissen sich befinden. Außerdem liegen noch 3-4 Besuche vor, die sich darauf stützen, daß die Stadtgemeinde für diese Wasserschäden verantwortlich sei. Hierüber zu entscheiden hat sich der Magistrat noch vorbehalten. Ob diese Besuche berücksichtigt werden, erscheint fraglich.

Der Millionenschwindel der Madame Humbert hat den Polizeipräsidenten von Windheim zu einem originellen Schritt veranlaßt. Herr v. Windheim flüchtet sich nämlich vor der nicht ganz einwandfreien Konkurrenz, welche das Scharische Bilderbuch „Die Woge“ der Polizei bereitet, kummervoll in die Öffentlichkeit. In einer der Berliner Presse zugegangenen Zuschrift klagt der Polizeipräsident folgendermaßen über die von der „Woge“ produzierten falschen Humberts:

In den letzten Tagen sind der hiesigen Kriminalpolizei eine Reihe von Anzeigen zugegangen, nach denen Mitglieder der vom Pariser Untersuchungsrichter verfolgten Familie Humbert in Berlin gesehen sein sollen. Die Ermittlungen haben in allen Fällen die Grundlosigkeit dieser Anzeigen ergeben, die anscheinend durch unzutreffende, in der Presse veröffentlichte Abbildungen der genannten Personen veranlaßt worden sind. Um weiteren Verunreinigungen des Publikums und Verdächtigungen unbeteiligter Personen vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, daß die in Nr. 21 der illustrierten Zeitschrift „Die Woge“ vom 24. Mai 1902 auf Seite 945 wiedergegebenen Abbildungen in der Mehrzahl mit den von der Pariser Behörde veröffentlichten Photographien entsprechen. Insbesondere weisen die angeblichen Bilder von Frau Humbert, von Eva Humbert, sowie von Emilie und Marie d'Aurignac keine oder nur geringe Ähnlichkeit mit den amtlich bekannt gegebenen Originalen auf. Dagegen stimmen die in Nr. 21 der Berliner illustrierten Zeitung vom 26. Mai 1902 abgedruckten Photographien der Familie Humbert im großen und ganzen mit den vom Pariser Untersuchungsrichter verbreiteten Bildern überein.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Gasdeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramsau wurde beschlossen, die elektrische Beleuchtungsanlage der Straße Unter den Linden bei der Ummänderung der Straßenanlage zu verbessern. Der Plan geht dahin, die Lichtquelle, d. h. den Stom jeder einzelnen Bogenlampe zu verstärken, von einer Verneuerung der Randselaber aber abzusehen. Die „Linden“ werden danach in Zukunft in ganz besonders hellem Licht erstrahlen. Ferner beschäftigte sich die Deputation mit dem Projekt, den sogenannten Goethe-Steig im Tiergarten, vom Brandenburger Thor bis zur Rennstraße bezw. Kemperplatz, der bis jetzt mit Spiritus-Gläslichkeit erleuchtet wurde, mit einer besseren Lichtanlage zu versehen.

Eine bedeutliche Instruktion ist den Schaffnern der Großen Berliner Straßenbahn — wenigstens auf einigen Bahnstrecken der Gesellschaft — erteilt worden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wurde den Schaffnern in der Instruktionsstunde bedeutet, daß sie, wenn die Wagen bereits vollbesetzt sind, ohne Bedenken noch 4-5 überzählige Personen mitnehmen könnten. Etwaige Anzeigen wegen solcher Uevertretung der polizeilichen Vorschriften brauchten die Schaffner nicht zu fürchten, denn vertraulichen Mitteilungen zufolge würde die Polizei aus diesem Anlaß keine Strafmandate mehr erlassen. Verpflichtet seien die Schaffner jedoch nicht zur Minahme überzähliger Fahrgäste.

Die Befolgung dieser Instruktion ist für die Straßenbahn-Gesellschaft sehr nützlich, denn wenn jeder vollbesetzte Wagen 4 bis 5 Personen mehr befördert als zulässig sind, so bedeutet das für die Gesellschaft eine nicht zu verachtende Mehreinnahme. Auch die Fahrgäste, die noch als Ueberzählige befördert werden, mögen die genannte Instruktion als eine erfreuliche Neuierung betrachten. Besser wäre dem Interesse des Publikums allerdings gedient, wenn die Straßenbahn-Gesellschaft zu verkehrsreichen Zeiten mehr Wagen laufen ließe. Höchst bedenklich ist die Instruktion aber für die vielgeplagten Schaffner. Wenn nun ein Schaffner trotz der angeleglichen vertraulichen Mitteilungen der Polizei wegen Minahme überzähliger Fahrgäste in Strafe genommen wird, so muß er ohne Murren zahlen. Wie nun, wenn infolge von Uevertretung des Wagens ein Fahrgast verunglückt? In solchem Falle hat doch der Schaffner eine Verurteilung wegen fahrlässiger Körperverletzung zu gewärtigen. Wenn bei solchem Anlaß noch ein Schaden am Wagen verursacht, etwa eine Scheibe eingeschlagen wird, so verlangt nach dem bisherigen Brauch die Straßenbahn-Gesellschaft Ersatz des Schadens vom Schaffner. Daß die Gesellschaft die Nachteile, die aus der Befolgung der Instruktion entstehen können, nicht tragen will, das geht aus dem Nachsatz der letzteren hervor: Verpflichtet sind die Schaffner nicht zur Minahme überzähliger Fahrgäste. — Die Schaffner, welche sich vor Schaden hüten wollen, werden sicher diesen Nachsatz zur Richtschnur nehmen.

Die städtische Anstalt für Epileptische „Wuhlgarten“ hatte nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats in der Zeit vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 einen Zugang von 449 und einen Abgang von 414 Epileptischen zu verzeichnen. Der Krankenbestand stieg von 698 Kranken am 1. April 1900 auf 1031 am 31. März 1901. An diesem Tage befanden sich 680 männliche und 401 weibliche Kranke in der Anstalt, und zwar 697 Erwachsene (572 Männer, 365 Frauen) und 94 Kinder (58 Knaben, 36 Mädchen).

Von den 440 im Berichtsjahre neu Aufgenommenen waren 93 unter 20, 105 von 20-30, 87 von 30-40, 63 von 40-50, 55 von 50-60, 14 von 60-70 und 2 über 70 Jahre alt. Unter den 317 neu aufgenommenen männlichen Personen befanden sich: 74 Arbeiter, 151 Handwerker, 24 Kauf- und Handelsleute, 6 Beamte und Schreiber, 5 Landwirte, Gärtner, Diener, 5 Künstler, Musiker, Schauspieler, 13 Künstler und Hofsdiener, 1 Gostwirt, 6 Kellner und 32 ohne Beruf. Unter den 132 neu aufgenommenen weiblichen Kranken waren dem Beruf nach: Arbeiterinnen 17, Dienstmädchen 15, Handwerkerfrauen 26, Arbeiterinnen 6, Almosenempfängerinnen 1, Näherinnen 1, Wägen 14, Prostituierte 1, ohne Beruf 45.

Von den in der Anstalt verplegten Epileptikern sind im Berichtsjahre 51 gestorben, darunter 4 Kinder. Selbstmordversuche kamen bei Männern und Frauen wiederholt vor. Es handelte sich um Erhängungsversuche mit aus dem Strohdach gezogenen Häben oder mit dem Taschentuch, Halsstich, Dolchstich, Kleiderstich oder auch mittels der eignen Haare. Diese Versuche konnten jedoch glücklicherweise mit Ausnahme eines einzigen Falles rechtzeitig verhindert werden. Einer 31-jährigen Kranken gelang es, nach einer geringfügigen Auseinandersetzung mit der Pflegerin, sich der Aufsicht zu entziehen und im nahen Teiche zu ertränken.

Bedauerlicherweise ziehen sich die Kranken recht häufig, wenn auch meist nur leichte Verletzungen bei Sturzgefallen zu. Aber auch schwere Unfälle kamen im Berichtsjahre vor. So fiel ein Kranker, der die Treppe hinunterging, als er von einem Anfälle überfallen wurde, über das Treppengeländer, wobei er sich einen Schädelbruch zuzog und nach 4 Stunden starb. Dies veranlasste die Verwaltung, eine Erhöhung der Treppengeländer anzuordnen. Eine Kranke erlitt einen Bruch beider Unterschenkelknochen des rechten Beines, eine andre einen Knöchelbruch.

Die große Hitze des gestrigen Tages, sowie der enorme Verkehr haben leider eine große Reihe von Unfällen gezeitigt. Einige öffentliche Hilfsstationen hatten den ganzen Tag über zu thun. Am stärksten war die Unfallstation in der Wadstraße beschäftigt, in die vom frühen Morgen bis 1/2 12 Uhr nachts Patienten kamen und gebracht wurden. Diese eine Station hatte nicht weniger als zwanzig erstere Fälle zu behandeln. — Zwei Fälle von Hirschschlag werden vom letzten Sonntagmittag gemeldet. Der 28 Jahre alte Schlosser Max Handke aus der Grenadierstr. 18 stieg nachmittags um 4 Uhr auf dem Bahnhof Bellevue aus einem Stadtbahnzug aus. Gleich darauf fiel er auf dem Bahnsteig um und zog sich eine große Wunde am Hinterkopfe zu. Auf der Rettungswache, die ihm die erste Hilfe leistete, stellte man Hirschschlag und eine schwere Gehirnerschütterung fest. Er wurde mit einem Rettungswagen nach dem Krankenhaus gebracht. — Hier fand auch der zweite Kranke Aufnahme, ein unbekannter, gut gekleideter, gegen 40 Jahre alter Mann, der um 5/2 Uhr in der Nähe vom Schloss Bellevue an der Brücke desumungslos zusammenbrach. Auch in diesem Falle erlaubte der Arzt einen Hirschschlag.

Ein Schmalztransport auf der Stadtbahn führte am Sonntagvormittag zu einem tragischen Unfall. Auf dem Schmalztransport befand sich ein Kasten mit einem 3 Pfund Schmalz enthaltenden Paket, das er aus der Leipzigerstraße geholt hatte und auf einem kleinen Kofferbrett vor sich her trug, einen nach Grünau fahrenden, stark überfüllten Zug. Das Schmalz war infolge der Hitze so weich geworden, daß es bereits aus dem Papier herausfiel, der Junge hatte aber den anfänglichen Widerstand der um ihre Kleidung besorgten Fahrgäste gegen seine Witzfahrt dadurch zu überwinden gewußt, daß er ihnen unter Thränen erzählte, er habe schon eine volle Stunde auf dem Bahnhof gestanden, ohne mitkommen zu können. Zur Vorsicht nötigte man ihn, sein tropfendes Schmalzpaket, das auf seiner eignen Kleidung bereits reichliche Spuren hinterlassen hatte, zum Fenster hinauszuhalten. Als bei der Einfahrt in den Bahnhof Warschauerstraße die Menge an den Zug herandrängte, riß ein Herr die von dem Schmalztransporter besetzte Türe auf und bekam im nächsten Augenblick das Kofferbrett mit dem inzwischen fast völlig geschmolzenen Schmalz auf den Kopf. Ansehend ohne sofort zu erkennen, um was es sich handelte, lief er scheltend nach einem andern Wagen, der Junge aber riefte sein Kofferbrett samt dem Papier und den Schmalzresten, die noch darin geblieben waren, wieder auf und fuhr heulend weiter. Als er in Johannisstraße anhielt, ließ sich nicht mit Sicherheit ermitteln, wieviel Tropfen Schmalz er noch mit nach Hause nahm.

**Diffelhoff gestorben.** Das Geschick des verstorbenen Pastors Johannes Diffelhoff aus Trebbin hat eine überraschende Wendung genommen. Seine Ueberführung nach der Charité erfolgte, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, in erster Linie wegen eines Ueberleidens, das sich der Pastor durch seine Ausdünstungen zugezogen hatte. Dieses hatte sich so gesteigert, daß das Verfahren unterbrochen werden mußte. Mit der Krankenhausbehandlung wegen des Ueberleidens sollte zugleich die Beobachtung des Geisteszustandes verbunden werden. Ein plötzlicher Tod hat nun aber dem ganzen Verfahren ein Ende gemacht. Diffelhoff ist, wie es heißt, in der Nacht zum Montag an seiner Ueberfahrtheit gestorben. Nach anderer Meldung hat Diffelhoff Gift genommen.

Der diebstahlige Fehlgang hat nach einer solchen abgeschlossenen amtlichen Zusammenstellung auch auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn unter der Leitung der Witterung schwer zu leiden gehabt. Unter Ausschluß des Fernverkehrs und unter Nichtberücksichtigung der vielen an den Wochentagen vorher gefahrenen Fahrartenverbindungen stellt sich das Ergebnis wie folgt: Es wurden an den Schaltern der Ring-, Stadt- und Vorort-Stationen verkauft am Karfreitag: 214 850 (gegen 242 700 im Vorjahre), am ersten Osterfeiertage 268 750 (gegen 314 290), am zweiten Osterfeiertage 425 250 (gegen 704 760), am Himmelfahrtstage 514 840 (gegen 611 800), am ersten Pfingstfeiertage 387 950 (gegen 694 290) und am zweiten Pfingstfeiertage 661 510 (gegen 871 170) Fahrkarten. Selbst an den dritten Feiertagen, welche etwas besseres Wetter brachten, hielt sich der Fohrtverkehr in sehr nahen Grenzen, denn Ostern waren es nur 274 240 und Pfingsten nur 300 470 Fahrkarten. Diese Verkehrsstatistik der Eisenbahn-Verwaltung bildet für Berlin überhaupt eine zuverlässige Wetterkarte. Gehen wir auf die letzten zehn Jahre zurück, so ergeben wir daraus, daß Pfingsten, das heiligste Fest, in keinem der Vorjahre von Jupiter Pluvius so protegiert wurde wie 1902; bis 1895 erreichte die Zahl der am zweiten Feiertag verkauften Fahrkarten immerhin noch das höchste Hunderttausend, in den folgenden Jahren überstieg sie sogar das achte (1898 waren es 850 970 und 1899 sogar 893 350); den schönsten und verkehrsreichsten Pfingstsonntag aber brachte das Jahr 1900 mit 985 070 Fahrkarten. Hoffen wir, daß nächstes Jahr die Millionen voll werde.

Ein unheimlicher Vorgang hat sich in der Nacht zum Sonntag im Scheunenviertel abgespielt. Der Vorloshändler Gröndel, welcher die Verwaltung des Hauses Weydingstraße 7 besorgte, hatte erstlich angefangen, mit dem leichlichen Erben der früheren Bewohner aufzuräumen. Dämals war er deshalb schon Gegenstand von Angriffen gewesen. Man hatte vermischt, nachd in seine Wohnung einzudringen, war ihm mit dem Messer zu Leibe gegangen und andres mehr. In der Nacht zum 1. Juni lag er krank zu Bett, als ein Mitglied einer eben gemittelten Familie namens Hermann Bruhn, die Frau des Kranken, die in Erwartung böser Dinge ausgeblieben war und den Laden erluchtet hatte, zu belästigen begann. Eine gleichfalls anwesende Frau Weiser erhielt einen Schlag mit dem Mittel, so daß sie nachher in ihre Wohnung getragen werden mußte. Als Bruhn sah, daß noch andre Hilfe zugegen war, keilte er auf die Straße und ließ einige geliebte Pfeife erlösen. Jetzt kürzest aus der Hirt- und der Wittenstraße ganze Stotten von Hülfleuten und Dienern nach dem Thore und begannen den Laden zu säubern. Ueber 200 Personen hatten sich angesammelt. Auf die Missethäter, die von allen Seiten erlöten, sprang der frange Gröndel aus dem Bett, um, notwendig belästigt, seiner Frau beizustehen. Als er schnell die Rollschalme des Ladens herunterlassen wollte, verlor die Hermann Bruhn ihr daran zu hindern. Als nun B. mit einem Mittel auf den Verwalter einschlug, ergriß dieser seinen Revolver und schoß auf

seinen Angreifer. Tödlich getroffen sank dieser zu Boden. Jetzt erschien auch eine Anzahl Schutze auf der Wadstraße, welche die Menge auseinander trieben. Der Schwerverwundete wurde zunächst nach der Unfallstation Reibelstraße und von dort sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Ein Haischpärchen ist auf dem Anhalter Bahnhof verhaftet worden; es wollte gerade mit nachgemachten ausländischen Wertpapieren, die es sich bei einem hiesigen Steindrucke halte machen lassen, sowie mit dem Stempel zur Nummerierung usw., welche außerhalb bestellt worden waren, das Weite finden. Der Berliner Fabrikant, der mit der Herstellung der Haischpärchen in Höhe einer Million beauftragt worden war, hatte die Polizei benachrichtigt; es war aber durch Verlegung der Zeit der Verhaftung im Hause des Druckers entgangen. Was für Leute die Verhafteten sind, steht noch nicht fest. Der etwa 30 Jahre alte Mann spricht eine ganze Reihe Sprachen. Bald will er ein Südfrauzose, bald ein Spanier, dann wieder ein Italiener sein. Mitunter spricht er gut deutsch, um sich später wieder gar nicht auf diese Sprache zu bestimmen. Auch die Persönlichkeit der jungen Dame ist noch zweifelhaft. Man hat es anscheinend mit einem jener ausländischen Haischpärchen zu thun, die in der letzten Zeit mit Vorliebe nach Deutschland kommen, weil hier besser gearbeitet wird als bei ihnen zu Hause.

Krankheit und Arbeitslosigkeit haben den 40 Jahre alten Buchhändler Emil Doppel aus der Albrechtstr. 1 zu einem Selbstmordversuch veranlaßt. Der Mann war bis vor einem Jahre Buchhändler in einer Maschinenfabrik am Weddingplatz und seitdem ohne Beschäftigung. Obwohl er keine Rot Litt, da von den vier Kindern bereits zwei arbeiten und ihn unterstützen und auch seine Frau durch Nähen verdient, so fühlte er sich doch immer gedrückt. Als nun vor zwei Monaten auch noch Armut eintrat, wurde er sehr aufgeregt. Als gestern, Montagmittag, Frau Doppel sich mit ihren beiden schulpflichtigen Kindern in der Stube befand, schoß sich ihr Mann im Schlafzimmer aus einem Revolver eine Kugel in die Brust. Noch lebend aber schwer verwundet wurde er mit einem Rettungswagen nach einem Krankenhaus gebracht.

Durch einen Sturz vom Gerüst verunglückte gestern, Montagmittag bei den Ausbesserungsarbeiten am königlichen Schloß der 17 Jahre alte Stuccoarbeiter Johann Müller aus der Bremerstraße. Der junge Mann trat fehl, fiel aus einer beträchtlichen Höhe herab, zog sich schwere äußere und innere Verletzungen zu und wurde in bedenklichen Zustände einem Krankenhaus zugeführt.

Vermißt wird seit Mittwoch voriger Woche der 38 Jahre alte aus Schweinfurt gebürtige Dr. phil. Felix Zeiser aus der Karlstraße 25. Dr. Zeiser war seit einem halben Jahre Hilfsarbeiter im kaiserlichen Patentamt und mit der Tochter einer gutgestellten Witwe aus der Auguststraße verlobt. Zum 1. d. M. hatte er im Patentamt die Kündigung erhalten, und auch die Verlobung wurde rückgängig gemacht, da man ihn schließlich über ihn gehört hatte. Seit Mittwoch voriger Woche kehrt nun Dr. Zeiser in seiner Wohnung nicht mehr zurück und ließ auch nichts mehr von sich hören, obwohl seine Witwe noch Warte zu verlangen und außerdem für ihn Bürgschaft geleistet hat. Ob er sich ein Leid angethan hat, steht dahin.

Bei einer Spiritusexplosion verunglückte Montagmittag in der Großen Frankfurterstraße 29 der Kaufmann Fritz Baumgarten. Mitinhaber der Möbelfabrik von F. Baumgarten u. Söhne. Auf nicht ermittelte Weise explodierte ein mit Postulspiritus gefülltes Gefäß und die dabei erzeugte Schlagwelle traf den in der Nähe stehenden Baumgarten, derart, daß er am Körper schwere Brandwunden erlitt und nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Feuerwehre löschte das entstandene Feuer leicht ab.

**Orgelkonzert.** In der Marienstraße werden Mittwoch, den 4. Juni, mittags 12 Uhr, Musikdirektor Otto Diesel, Frau Adele Felm-Ballmann, Fräulein Valerie Zielmann, der Geistl Herr Paul Kemmann und Herr Adolf Woll Kompositionen von Bach, Franz, Schubert, Mendelssohn, Rheinberger, Beethoven, Reinecke, Guitmann, Max Ringe und Diemel aufführen. Der Eintritt ist frei.

**Nachport.** Im Rennen zu Friedenau am Sonntag schnitt Krenn zu allgemeiner Ueberzeugung sehr schlecht ab. Er ließ sich beim ersten Zwischenlauf von v. d. Born schlagen und wurde letzter. Ellegaard und Jacquelin kamen mit diesem in die Entscheidung. In ziemlich unfairer Weise gewann Ellegaard das Rennen, so daß auf den Protest des Publikums noch einmal gefahren werden mußte. Das Resultat war, daß Ellegaard abernals mit großem Vorsprung siegte.

Ueber den Verlauf der einzelnen Rennen unterrichtet der nachstehende Zeitenbericht: Riederrad-Hauptfahren: 1000 Meter: Ellegaard (2: 25,3), Jacquelin 2. van den Born 3. — Riederrad-Vorlauf: 5000 Meter: O. Meyer (6: 46,4) 1. Huber 2. Krause 3. — Hindernis-Fahren: 3000 Meter: O. Meyer (7: 00,3) 1. Krause 2. C. Sackebit 3. — Riederrad-Vorgabefahren: 1600 Meter: Schreiermann (2: 02,2) 1. Geering 2. Althoff 3. — Fallsfahren für Klasse C. 2000 Meter: Wader (3: 55) 1. Reuschel 2. Keller 3. — Tandem-Hauptfahren: 3000 Meter: Ellegaard-Arend (4: 46,4) 1. Huber 2. Seitinger-Meyer 2. Jacquelin-van den Born geben auf.

**Feuerbericht.** Ueber 20 Alarmierungen hatte die Wehr in der Zwischenzeit zu verzeichnen. Die Saison der Pfechoblenbrände ist bei der jetzt herrschenden tropischen Hitze angebrochen. Am Sonntag waren allein deren sechs abzulesen und zwar am Nordbahnhof, am Anhalter Güterbahnhof, Wibelndshavenstraße 17, Oppelnerstr. 6, Frankfurter Allee 5 und Hofenriedbergstraße 25. Auch noch eine andre Erscheinung, die zu Alarmierungen der Wehr führt, hat die Hitze im Gefolge. Sie drückt den Rauch im Schornstein nieder, sülhet dadurch zur Verqualmung der Röhren und Stuben und giebt so Anlaß zu Feuerbeschädigungen. Infolge niedergedrückten Rauches liefen Alarmierungen von der Friedrichstr. 121, Chorinerstr. 12, Kochstraße 34a, Petersburgerstr. 10, Krausstr. 35 und der Welfenstr. 16 ein. Sonntagabend kurz nach 10 Uhr wurde die Wehr nach der Berliner Bodorauerrei am Tempelhofer Weg 6 gerufen. Hier war in dem Maschinenhause durch Kurzschluß an der elektrischen Leitung ein Brand entstanden, der indes weitestens Schaden nicht verursachte. In der Pionierschtr. 3 gingen in einer Wohnung Gardinen und Kleidungsstücke in Flammen auf. In der Nacht zum Montag wurde infolge zweimaliger Meldung ein größeres Lösungsgebot nach der Mantelstraße 126 gerufen. Hier war auf noch nicht ermittelte Weise in einem Bodenverchlage Feuer ausgebrochen, das an Gerümpel, Kisten re. reiche Nahrung gefunden und schon einen Teil der Dachkonstruktion erfaßt hatte. Es gelang indes der Wehr, die Flammen in kurzer Zeit zu erlösen. Nachmittags gegen 2 Uhr waren Haischpärchen Ufer 23 in einem Keller die Schäldecke, Farben und Regale in Brand geraten, dessen Abdichtung jedoch auch bald erfolgen konnte. Durch Unfällen von Petroleumlampen waren in der Wiesenstraße 33 und dem Weidenweg 82 Zimmerbrände entstanden, die in der Hauptsache Decken, Kleidungsstücke und Möbel beschädigten. Einen größeren Wohnungsbrand hatte die Wehr in der Nacht zum Sonntag in der Neuen Alhstraße 62 abzulesen. Hier hatten durch Explosion einer Petroleumlampe die Möbel, Kleidungsstücke usw. Feuer gefangen. Obgleich es nun der in großer Stärke angerückten Wehr bald gelang, die Flammen zu erlösen, so ist doch die Wohnung vollständig ausgebrannt. Außerdem hatte die Wehr im Laufe des Sonntags nach Feuernmeldungen von der Wollstraße 89 und Victoria Louise-Platz 8 zu verzeichnen.

#### Aus den Nachbarorten.

**Charlottenburg.** Der Koulurrenzampf der kleinen Kaufleute zehlet allerbald mischene Erscheinungen, die aus dem Ringen eines in die moderne Entwicklung nicht mehr hineinpassenden Berufs um Erhaltung und Verlängerung seiner notwendigen Existenz zu erklären sind. In die Kapittel gehört auch die Begründung der sogenannten Rabatt- u. Sparvereine, deren Mitglieder den Einkäufern Rabattmarken geben, auf welche bei einer gewissen Höhe des Einkaufs den Käufern Wertgegenstände oder bares Geld ausgeteilt wird. Die betreffenden Kaufleute behaupten, durch

erhöhten Umsatz im Stande zu sein, trotz des Rabatts gute Waren zu liefern. Zum Teil liegt hier bewusste Täuschung des Publikums vor, zum Teil anfangs wenigstens Selbsttäuschung. Sobald die Einrichtung der Rabattmarken einermassen allgemein wird, ist für den einzelnen Verkäufer ein erhöhter Umsatz nicht mehr möglich, er wird also bei Strafe des Untergangs gezwungen, die Preise entsprechend zu erhöhen oder die Qualität der Waren zu verschlechtern, also das laufende Publikum geradezu zu betrügen.

Einen wirksamen Schutz gegen Ueberborteilung im Kleinhandel können sich die Käufer aber verschaffen, indem sie dem Konsumverein beitreten. Dieser ist ja die Organisation der Käufer, die im Kaufmännischen in ihrem eigenen Geschäft, also bei sich selbst einkaufen. Es wird dort zu Tagespreisen verkauft und der größte Geschäftsgewinn wird am Jahresabschluss an die Mitglieder nach Maßgabe ihrer Einkäufe bezahlet.

Leider begreifen namentlich die Frauen immer noch nicht, daß sie die Rabattmarken entweder direkt oder indirekt — indem sie schlechtere Waren erhalten — teuer bezahlen müssen, während der Konsumverein nur ein Interesse daran haben kann, gute Waren zu liefern, und der Geschäftsgewinn den Mitgliedern, eben den laufenden Frauen zufällt.

Am Mittwoch, den 4. Juni, wird unser Genosse, Reichsflag- Abgeordneter v. Elm aus Hamburg in einer Versammlung im Wollhaus, Rosinenstr. 3, die Grundlagen des Konsumvereins, namentlich auch in seinem Unterschied gegen die Rabatt-Markten-Vereine, auseinandersetzen. Jemand welche Zweifel und Unklarheiten können in jeder Ausprache, die dem Vortrag folgt, beseitigt werden. Hoffentlich benutzen die Arbeiter und besonders auch die Frauen diese Gelegenheit zur Aufklärung.

**In der Aufsicht erregenden Testamentgeschichte** des Topograph und Gemeindevorordneten Hugo Seydel in Steglitz werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Erblasserin ist die am 21. September v. J. in ihrer Wohnung zu Berlin, Friedrichstr. 3, in hohem Alter verstorbenen Rentiere Seydel. Nach dem Inhalt des erwähnten Testaments, dessen Herkunft in Dunkel gehüllt ist, sollte die wertvolle Wohnungseinrichtung der Verstorbenen zu Gunsten der Aemmen Berlins veräußert werden und Universalerbe des 70 000 Mark (nicht 100 000 Mark) betragenden, zum größten Teil in Hypotheken angelegten Vermögens ihr Witwe Hugo Seydel sein. Herr Seydel selbst — und dies ist für die Beurteilung der Schlußfrage von Wichtigkeit — ist es gewesen, der die gerichtliche Unteruchung in Fluß gebracht hat, indem er an ihn gerichtete Briefe seiner leer ausgegangenen Steglitzer Verwandten, in denen diese je 6000 M. als Abfindung forderten, andererseits für ihn wegen Testamentsfalschung bezeugen würden, dem Staatsanwalt als Beweismittel für Erpressungsversuche von jener Seite einhandte und gleichzeitig beim Bericht die volle Klarstellung der Authentizität des Testaments beantragte.

**Leerstehende Wohnungen in Charlottenburg.** Mit Hilfe der Polizeidirektion hat das Statistische Amt Mitte Mai wiederum die leerstehenden Wohnungen und Geschäftslotale ermittelt. Wohnungen ohne Geschäftslotale mit 1 Zimmer ohne Küche standen nur 3 leer, mit Zimmer und Küche 16, mit 2 Zimmern und Küche 96, mit 3 Zimmern und Küche 150, mit 4 Zimmern und Küche 137, mit 5 Zimmern und Küche 87, von 6-8 Zimmern 243, von 9-10 Zimmern 40 und von 11 und mehr Zimmern 18. In diesen 790 Wohnungen ohne Geschäftslotale können noch 107 Geschäftslotale mit Wohnungen und 66 Geschäftslotale ohne Wohnungen. Der Vorrat an Wohnungen deckt sich etwa mit dem zu Anfang November 1901 ermittelten Bestand. Gegen Anfang Januar 1902 sind die leerstehenden Wohnungen von 543 auf 790 angewachsen, und zwar verteilt sich der Zuwachs wesentlich auf die kleineren Wohnungen. Demals standen nur 3 Wohnungen mit Zimmer ohne Küche leer, 18 mit Zimmer und Küche, 43 mit 2 und 93 mit 3 Zimmern. Die Einfahrt in die Adressen der freien Wohnungen ist Wohnungssuchenden auf dem Statistischen Amte, Rosinenstraße 12, gestattet.

Ein Waldbrand am Sonntagmittag um 3 Uhr unweit des Bahnhofes Grünau zwischen dem Bahndamm und der Chaussee nach Schmödvitz. Da die Chaussee um diese Zeit sehr belebt war, so wurde das Feuer sofort bemerkt, aber infolge der außerordentlichen Trockenheit erlangte es rasch eine ziemliche Ausdehnung. Den aus Grünau herbeigerufenen Forstbeamten gelang es, den Brand mit Hilfe einer großen Zahl von Kuschflügeln gegen 4 Uhr zu dämpfen. Den Flammen war eine mit Euklen untermischte Niefenschnur zum Opfer gefallen.

Ein bedeutendes Schadenfeuer brach am Sonntagmittag um 6 Uhr in dem bei Potsdam gelegenen Dorf Sankow aus, wo sich bei dem schönen Wetter außer den ständigen Sommergästen auch noch zahlreiche Berliner Kuschflügler aufhielten. Das Feuer entstand in einem der dem Forstbesitzer gehörenden Häuser, die von Tagelöhner-Familien bewohnt werden, und legte es in kurzer Zeit vollständig in Asche, so daß die Bewohner von ihren Habseligkeiten nur wenig retten konnten. Ein zweites Gebäude war bereits von dem verheerenden Elemente ergriffen worden, konnte aber von den inzwischen von allen Seiten herbeigeeilten Feuerwehren der Umgebung gehalten werden.

Einen tödlichen Ausgang hat ein Unfall genommen, der sich am Donnerstag in der Feuerwerk-Laboratorium in Spandau ereignete. Der Schlosser Link war damit beschäftigt, auf einem circa zwei Stockwerk hohen Gerüst stehend, eine elektrische Leitung im Aechthause anzubringen. Er stürzte dabei herunter und schlug mit dem Kopf auf eine eiserne Schiene. Schwer verletzt wurde er sofort nach dem Garnisonlazarett geschafft, woselbst er jetzt seinen Verletzungen erliegen ist. Der Verunglückte hinterläßt vier Kinder im Alter von 7-1 Jahre.

## Gerichts-Beitung.

Ein Röhrenbruch im Milch-Rührapparat sollte davon Schuld sein, daß die von dem Landwirt Fleischer in Beeskow nach Berlin gelieferte Milch mit ungefähr 25 Proz. Wasser verlegt war. Die Kartholizier hatte die von Fleischer an den Berliner Milchhändler Zimmermann geschickte Milch nach festgestellter Wässerung vernichtet, worauf sich Zimmermann beilte, in der nächsten Nacht die Milchsendung aus Beeskow auf dem Bahnhof mit dem gerichtlichen Sachverständigen zu erwarten, Proben versiegeln und untersuchen zu lassen. Die Milch war wieder gewässert. Fleischer hatte sich deshalb geftern vor der 120. Abteilung des Schöffengerichts wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz zu verantworten. Au dem Zufall eines mehrere Tage nicht bemerzten Röhrenbruchs konnte das Gericht schon deshalb nicht glauben, weil eine plötzliche Vermehrung der Milchproduktion um etwa 25 Prozent ohne entsprechende Vermehrung der Röhre dem Angeklagten unbedingt hätte auffallen müssen.

Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf 100 Mark Geldstrafe und Bekanntmachung in einer hiesigen größeren Zeitung.

#### Witterungsübericht vom 2. Juni 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer			Wetter	Temp. u. G.	Stationen	Barometer			Wetter	Temp. u. G.
	hohes	mitt.	nied.				hohes	mitt.	nied.		
Emmerke	760	99,0	4	Nebel	11	Caparanda	770	99,3	4	wolklos	7
Hamburg	764	99,0	2	wolklos	20	Petersburg	767	99,0	2	h. bed.	7
Berlin	763	99,0	2	heiter	23	Gort	769	99,0	4	heiter	13
Frankf. M.	762	99,0	2	heiter	22	Kberden	—	—	—	—	—
München	765	99,1	—	wolklos	19	Paris	766	99,1	1	bedekt	13
Wien	763	99,1	—	heiter	19	—	—	—	—	—	—

Weiter- Prognose für Dienstag, den 3. Juni 1902. Alliter und teilweise wolklos bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.